

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,30 M. einschließlich 80 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lachst“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparativliste 80 Wiener „Klein-Anzeigen“ des „Kriegsmarkt“ „Klein-Anzeigen“ des „Kriegsmarkt“ (Wort 25 Wiener (wollte zwei teurebrachte Worte), jedes weitere Wort 12 Wiener. Stellungsprobe das erste Wort 15 Wiener, jedes weitere Wort 10 Wiener. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Wiener. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Wiener. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags, von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Fernb. 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 558. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontogesellschaft, Depositionskasse Lindenstr. 3

De Brouckère für Rheinlandräumung.

Bestrafung der Spionageintriganten gefordert.

Brüssel, 14. März. (Eigenbericht.)

Im Verlauf der Beratung des Budgets für das auswärtige Amt im Senat erklärte der Sozialist de Brouckère, nie habe eine belgische Regierung jene abscheuliche Politik verfolgen wollen, die ihr von dem Fälscher unterworfen worden sei. Aber es müsse aufgeklärt werden, ob amtliche Stellen ohne Wissen der Regierung Nachbarländer in eine politische Falle locken wollten. Gewisse Bureaus hätten sich auf dieser Methode eingelassen. Die Schuldigen müssten bestraft werden, damit Belgien vor den anderen Völkern mit reinem Gewissen dastehen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede äußerte sich de Brouckère zugunsten der belgisch-deutschen Annäherung. Gewiß habe Belgien ein Recht auf Reparationen. Aber, so fuhr der Redner fort, wir müssen uns bei unseren Forderungen maßvoll zeigen. Wir müssen die Methoden der Gewalt ablehnen, denn sie sind unfruchtbar. Wir dürfen keine astronomischen Zahlen aufstellen, denn sie bereiten uns nur Enttäuschungen. Mit den Gewaltmethoden haben wir nichts erreicht. Die Rheinlandbesetzung ist weder vom moralischen noch vom militärischen Standpunkt zu verteidigen. Sie erzeugt nur Unwillen gegen uns bei einem großen Nachbarvolk. Selbst der belgische General Gallet hat die Besetzung für wertlos erklärt. Die richtige Politik ist, sofort auf die Besetzung zu verzichten und friedliche Beziehungen zu Deutschland zu pflegen. Namentlich ein kleines Land wie Belgien kann nur durch die Förderung einer internationalen Friedenspolitik seine Sicherheit garantieren. De Brouckères Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung äußerte Außenminister Hymans, er sei überzeugt, daß die belgischen Sachverständigen keine Herabminderung der bisherigen Einkünfte Belgiens aus den Reparationen annehmen würden. Ferner, einer der beiden belgischen Sachverständigen, sei beauftragt, mit den deutschen Delegierten über die Einlösung der Papiermark zu verhandeln. Diese Prozedur sei mit dem Reichskanzler Müller vereinbart worden. Für die belgische Regierung werde keine Regelung der Reparationsfrage annehmbar sein, die nicht

gleichzeitig die Frage der Einlösung der Papiermark regelt.

Frank-Heine ein Lockspiegel gegen die Flamen!

Brüssel, 14. März. (Eigenbericht.)

In der sozialistischen Kammerfraktion, die sich am Donnerstag mit der Utrechter Fälschungsaffäre beschäftigte, herrschte die einflussreiche Auffassung vor, daß Frank-Heine in belgischen Spionagediensten gestanden und er nicht nur als Fälscher, sondern auch als Lockspiegel auftrat. Ferner ist die Fraktion der Ansicht, daß der eigentliche Beweggrund der Fälschung und Veröffentlichung auf belgischem innenpolitischen Gebiet zu suchen ist. Sie hatte vermutlich den Zweck, die flämische Volkspartei vor den Wahlen zu diskreditieren, und so den von der katholischen Partei befürchteten starken Abfall flämischer nationalistischer Wähler zu verhüten.

Deutsch-holländische Kohleninteressenten als Hintermänner?

Amsterdam, 14. März. (Eigenbericht.)

Das sozialistische „Het Volk“ schreibt über die Hintermänner der Utrechter Veröffentlichungen, daß eine Clique rings um Beuningen bestehe, den Monopolimporteur des Deutschen Kohlenyndicates und Reistinteressenten an der Verfrachtung deutscher Kohlen über Rotterdam anstatt über Antwerpen. Es gehe außerdem Fingerzeige für Verbindungen dieser Gruppe mit der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, die wahrscheinlich Berührung zu einem deutschen anti-belgischen Spionagezentrum in Rülheim a. Rh. habe. Diese Gruppe habe ferner enge Verbindungen zum „Nieuwe Rotterdamse Courant“, der zu den Veröffentlichungen eingenommen habe. Außerdem beständen Beziehungen zwischen van Beuningen und dem holländischen Ministerium des Auswärtigen. Alle diese Zusammenhänge bedürften dringend der Aufklärung.

Erster Erfolg Poincarés.

Zahlreiche Stimmhaltungen bei der ersten Kraftprobe.

Paris, 14. März. (Eigenbericht.)

Die Regierung ging aus dem ersten Zusammenstoß mit der Opposition am Donnerstag — es handelt sich um die Festsetzung des Datums für die Diskussion der Kongregationsgesetze — mit einem überraschenden Erfolge hervor. Die Majorität, mit welcher die Kammer die sofortige Diskussion beschloß, betrug nicht weniger als 89 Stimmen (323 gegen 254). Von der bürgerlichen Linken enthielten sich zahlreiche Abgeordnete der Stimme.

Ministerpräsident Poincaré begründete die Dringlichkeit der Kongregationsgesetze damit, daß sofort etwas für die Rifflonen geschehen müsse, wenn nicht der französische Einfluß im Nahen und Fernen Osten und auch in Südamerika immer mehr zurückgehen solle. Die Annahme der Vorlage, deren Beratung am Donnerstag nachmittags begann, kann nunmehr als gesichert gelten. Er wurde dabei von Briand sekundiert. Trotzdem wickeln die Radikalsocialisten ihr Obstruktionsprogramm ab. In ihrem Namen stellte im Laufe der Donnerstagsprüfung der Abg. Jaquerie die Vorfrage. Er erklärte, eine Diskussion könne nur stattfinden, wenn nicht Einzelmaßnahmen, sondern die Frage der Zulassung der Kongregationen in ihrer Gesamtheit diskutiert werden.

Sturm um das Massensterben im Rheinland.

Paris, 14. März. (Eigenbericht.)

Das Massensterben von Soldaten der Besatzungstruppen wird noch ein größeres Nachspiel in der Kammer haben, da sich die Interpellanten ebenso wenig wie die öffentliche Meinung mit den mageren Feststellungen der nach dem Rheinland entsandten Untersuchungskommission des Marschalls Petain zufrieden geben wollen.

Es ist danach anzunehmen, daß Kriegsminister Painlevé am Freitag den schärfsten Ansturm der Opposition auszuhalten haben wird, den er bisher erlebte. Dabei dürfte es ihm wenig nützen, wenn seine neue Hilfe, die französische nationalistiche Presse, ihm sekundiert und — in edler Entrüstung — erklärt, die Linke gedente die toten Soldaten zu einem neuen politischen Mandat zu benutzen. In Wahrheit zeigt die ganze Behandlung dieser Angelegenheit nur wieder, welche Rolle in Frankreich nach wie vor die militärischen Kommandostellen spielen,

die über jede Beschwerde der zivilen Gewalten in der Kammer von jeher zur Tagesordnung überzugehen pflegten.

März in Madrid.

Polizei beschießt demonstrierende Studenten.

Paris, 14. März. (Eigenbericht.)

In den Straßen von Madrid ist es am Mittwoch, wie die Blätter von der spanischen Grenze berichten, zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und demonstrierenden Studenten gekommen, in deren Verlauf 10 Manifestanten getötet wurden. Außerdem wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Das Streikkomitee der Studenten hat in Madrid ein Manifest verbreiten lassen, in dem es heißt, daß die Diktatur sich nur durch Lügen und Verheimlichungen behaupten könne. Wenn die alte Generation glaube, dieses Regime ertragen zu können, so werde die Jugend beweisen, daß sie genügend Kraft und Mut besitze, einer Regierung von Schelmen die Stirn zu bieten. Die Regierung droht mit energischen Gegenmaßnahmen, falls die Studentenbewegung, die eine „reine Auffassigkeit und einen Mangel an sozialer Disziplin“ darstelle, nicht sofort aufhöre.

In Salamanca, Valladolid und Barcelona ist es ebenfalls zu Unruhen gekommen. Die Zusammenstöße zwischen Polizei und Manifestanten in Barcelona sollen noch blutiger verlaufen sein als in der Hauptstadt.

Die spanische Diktatur hat den Führer der Partei „Arbeitsdeklaration (christlich-demokratisch)“ Dr. Ambrolaitis wegen heftiger Angriffe auf einer Parteitagung gegen die Regierung verhaftet und für sechs Monate ins Konzentrationslager Barnai bringen lassen!

Der Etat im Reichstag.

Die Verantwortung der Volkspartei.

Im Reichstag hat gestern ein Entscheidungslampf begonnen, dessen Ausgang für die inneren Geschicke der Deutschen Republik von weittragender Bedeutung ist: der Kampf um die Gestalt des Reichshaushaltsgesetzes für 1929. Freilich war es gestern nur ein Vorspiel oder richtiger der Anfang eines Vorspiels. Von den Parteien, in deren Händen die Entscheidung liegt, kamen gestern nach dem Reichsfinanzminister nur die Sozialdemokraten und das Zentrum zum Wort. Die anderen werden erst heute sprechen, und dann erst wird man einigermassen sehen können, was für die weiteren Beratungen im Haushaltsausschuß und im Plenum zu erwarten ist.

Für die Rede des Reichsfinanzministers war taktische Elastizität das entscheidende Kennzeichen. Die Regierung verweist sich nicht auf ihre Vorschläge, aber sie zeigt auch die Grenzen ihres Entgegenkommens auf. Sie liegen dort, wo die Gefahr entsteht, daß im Etat ein ungedecktes Defizit bleibe. Die Verantwortung für eine gewissenlose Finanzpolitik wird die Regierung nicht übernehmen — die überläßt sie den Parteien, die sie etwa zu tragen bereit wären.

Es war für einen sozialdemokratischen Finanzminister sicherlich eine schwere Aufgabe, einen Etat zu begründen, der durch die Politik früherer Regierungen bedenklich vorbelastet und durch das Ansteigen der Reparationen zugleich mit einer ungeheuren Arbeitslosigkeit neubelastet ist. Hilferding hat das Beste getan, was er in dieser Situation tun konnte, indem er die Dinge ganz rücksichtslos so schilderte, wie sie sind. Um so wirksamer wurde infolgedessen die Abwehr gegen die Deutschnationalen, die zu Zwecken ihrer Hege eine verlogene Schwarzmalerei treiben und die Gefahr einer neuen Inflation an die Wand malen.

Wie berechtigt und wie notwendig diese Abwehr war, hat die spätere Rede des deutschnationalen Herrn Obensöhren klar gezeigt. Es ist wirklich der Gipfelpunkt einer sogenannten „nationalen“ Politik, wenn man auf der einen Seite aus der Kassenlage des Reiches eine unmittelbar bevorstehende Finanzkatastrophe prophezeit, auf der anderen Seite aber alle Deckungsvorschläge ablehnt und für die bewußte Schaffung eines Defizitetaats Stimmung macht. Die Deutschnationalen haben sich wirklich alszu unbedenklich demaskiert. Die Finanzkatastrophe, die sie prophezeien, ist zwar noch nicht da, aber sie kommt bestimmt, wenn man nach ihren Rezepten verfährt. Herrn Oberföhrens Finanzpolitik gipfelt in der Verströfung auf die Stunde, in der die Deutschnationalen Deutschland von den Reparationslasten befreien werden! Bis dahin aber mag alles vor die Hunde gehen!

Eine Partei, die in einer Schicksalsstunde ihres Volkes nichts anderes zu tun weiß, als auf solche Weise blödeste Parteimagogie zu treiben, zeigt damit nur, auf welcher Stufe sie gesunken ist. Sie beständig durch ihr Verhalten, daß sie für irgendeine Art positiver Mitarbeit auf absehbare Zeit nicht mehr in Betracht kommt. Aber ihr ungewolltes Verdienst ist es, daß sie damit anderen Parteien, die in ihrer Nähe sitzen, ein Beispiel gibt, das eigentlich abschreckend wirken müßte. Es ist nun einmal so: wer nicht ernst und sachlich daran mitarbeiten will, einen Etat ohne Defizit zustande zu bringen, der treibt unbewußt dieselbe Katastrophopolitik, die die Deutschnationalen bewußt treiben.

Es ist das Verdienst des sozialdemokratischen Redners Dr. Herz, der gleich als erster nach dem Minister sprach, mit nachdrücklichstem Ernst auf diese Zusammenhänge hingewiesen zu haben. Herz hat dem parteigenösslichen Minister nicht nur glänzend sekundiert, er hat ihn auch in manchen wichtigen Fragen — wie z. B. in der Frage der Kapitalbildung — äußerst glücklich ergänzt. Seine Rede war ebenso vom Geist der Verantwortung getragen, wie die seines deutschnationalen Gegenspielers vom Ungeist nationaler Verantwortungslosigkeit.

Auch Herz hat in seiner Rede mit berechtigter Vorsicht Festslegungen im einzelnen vermieden. Aber auch er hat Grenzen aufgezeigt: Grenzen für die Streichungsmöglichkeiten und Grenzen für die Steuerbelastung; sie liegen dort, wo ein Einbruch in das Gebiet der Sozialpolitik droht. Daraus ergibt sich, daß das Defizit im Reichshaushalt weder auf Kosten des Sozialerats beseitigt, noch durch eine Erhöhung der Umsatzensteuer gedeckt werden darf. Innerhalb dieser Grenzen ist die Sozialdemokratie zu einer Verständigung bereit.

Es liegt in der Natur der Sache, daß das, was Herz zu sagen hatte, zu einer Polemik gegen die Volkspartei wurde. Die Volkspartei hat bisher behauptet, daß sie imstande sei, das Defizit durch Streichungen ohne neue Steuern zu beseitigen. Wie das zu machen wäre, hat zwar nicht sie, sondern der Hansabund gesagt — aber daß diese Operation nicht zu vollziehen ist ohne lebensgefährliche Eingriffe in den Sozialerats, liegt auf der

Hand. Mit einiger Spannung erwartet man die Rede, die heute Herr Dr. Cremer halten wird.

Was will die Volkspartei, was kann sie vernünftigerweise wollen? Eine Deckung des Defizits auf Kosten des Sozialtats ist unmöglich, wenn das Zentrum das Wort hat, das gestern Dr. Brüning gegeben hat. Gilt es, dann ist das Zentrum für eine sozialreaktionäre Finanzpolitik nicht zu haben, und dann besteht gegen alle Streichungsanträge, die in der Richtung dieser Politik gestellt werden, im Reichstag eine feste Abwehrmehrheit. Um dieses Versprechens willen sind wir gerne bereit, Herrn Dr. Brüning die kleinen Bosheiten gegen die Sozialdemokratie zu verzeihen, mit denen er seine Rede ausschmücken zu müssen glaubte.

Bleibt im Reichstag gegen sozialreaktionäre Streichungsabstimmungen eine feste Abwehrmehrheit, dann hat es praktisch keinen Sinn, diese Absichten weiter zu verfolgen. Und dann steht die Volkspartei vor der Frage, ob sie unter diesen Umständen an der Gestaltung des Staats positiv mitwirken oder ob sie sich — mit dem Reichsaussenminister Stresemann und dem Reichswirtschaftsminister Curtius — in die Regionen der Herren Oberfahren und der Deutschnationalen zurückziehen will. Auch in diesem Fall wäre die Möglichkeit einer positiven Lösung immer noch gegeben, das heißt also die Bildung einer Mehrheit ohne die Volkspartei.

Ueber diese Möglichkeit mag man denken, wie man will, jedenfalls ist sie viel größer als die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheit ohne die Sozialdemokratie.

Man kann Herrn Dr. Brüning nicht unrecht geben, wenn er für das Zentrum es ablehnt, den Etat der Regierung im Kampf gegen eine Regierungspartei durchbringen zu helfen. Man kann nicht, wie die Volkspartei es in diesem Augenblick tut, mit zwei Ministern in einer Regierung sitzen und zugleich eine Politik treiben, die darauf hinausläuft, der Regierung die Herstellung eines geordneten Haushaltsplanes unmöglich zu machen. Die ganze Last der Verantwortung für das Kommende liegt, wie die gestrige Debatte klar gezeigt hat, auf der Volkspartei.

Schlechte Regie.

Wer hat das Schreckgespenst der Inflation gemakt?

Reichsfinanzminister Hilferding hat gestern unter lauem Beifall die Veruche derer um Hugenberg gebrandmarkt, aus der vorübergehend ungünstigen Kassenlage des Reichs eine Inflationsgefahr zu machen.

Sofort wollen die Leute Hugenbergs es nicht gewesen sein. Der „Sozial-Anzeiger“ stellt sich entristet:

„Diese Behauptung ist, mit Respekt zu sagen, unsinnig. Und wie soll man es nennen, daß Herr Hilferding unterstellt hat, es wäre bei dieser Kritik der Rechten an seiner Finanzgebarung Angst vor einer neuen Inflation gemacht worden.“

Über da lesen wie nun gleichzeitig in der „Deutschen Zeitung“, dem Organ, das Herr Bang bevorzugt:

„Trotz dieser trostlosen Aussichten hielt Herr Hilferding es für angebracht, an Stelle antwortender Selbstkritik gegenüber den ersten Warnungen verantwortungsbewusster Männer zu erklären, es schreie schon ein besonderes Maß verantwortungsvoller Bismilligkeit oder pöblicher Unkenntnis der tatsächlichen Sachlage dazu, diese Gelegenheit zu benutzen, um das Schreckbild der Inflation an die Wand zu malen.“

Aber leugnet man also gar nicht, daß man es gewesen ist, man brüllt sich vielmehr noch mit diesen „ernsten Warnungen verantwortungsbewusster Männer!“

Steuereinnahmen des Reiches 1926/27

Eine Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts.

Das Reichsstatistische Amt veröffentlicht eine neue Erhebung über die Gesamteuereinnahmen des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die sich von 10,1 Milliarden Mark im Jahre 1925/26 auf 10,9 Milliarden Mark im Jahre 1926/27 steigerten. Die Steigerung macht pro Kopf der Bevölkerung 7 Pf. aus. Berücksichtigt man die Sonderleistungen aus dem Londoner Abkommen (Reparationszahlungen der Reichsbahn und die Obligationen der Industrie), so ergibt sich eine Steigerung von 10,6 Milliarden auf 11,7 Milliarden = 9,4 Proz. pro Kopf.

An den Ergebnissen zeigt sich die volle Auswirkung des Gesetzes über Verringerung des Finanzausgleichs vom August 1925, das eine Verringerung in der Verteilung der Erträge von Einkommen, Körperschafts- und Umsatzsteuer zwischen Reich und Ländern herbeiführte, und die Umsatzsteuererhöhung von April 1926. Hierbei machen für das Reich die Mindereinnahmen aus der Umsatzsteuer (= 577,7 Millionen Mark) mehr als zwei Drittel der Mehreinnahmen der in ihren Erträgen gestiegenen Steuern, der Einkommen- und der Körperschaftsteuer (+ 226,9 Millionen Mark), der Vermögenssteuer (+ 80,1 Millionen Mark) und der Zölle (+ 350 Millionen Mark) aus, so daß nur der verbleibende Ueberschuß zur Deckung des erhöhten Zuschußbedarfs verwendet werden konnte.

Bei den Ländern bleibt die Steigerung der Gesamteuereinnahmen (+ 100,8 Millionen Mark) nur unerheblich hinter der Steigerung des Zuschußbedarfs zurück, wobei die Gebäudeversicherung ein schließlich Wohnungsbauteil die bedeutendste Ertragssteigerung (+ 68,8 Millionen Mark) aufweist. Bei der Einkommen-, Körperschafts- und Gewerbesteuer zeigen sich Mindereinnahmen, die durch Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer (+ 42,1 Millionen Mark) ausgeglichen werden.

Bei den Steuereinnahmen der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände zeigt die Gebäudeversicherung ein schließlich Wohnungsbauteil die größte Vermehrung der Erträge (+ 180,9 Millionen Mark). Ferner erzielten die Gemeinden im Gegensatz zu den Ländern eine Steigerung der Realsteuern (+ 207,3 Millionen Mark).

Die Verteilung der Gesamteuereinnahmen auf Reich, Länder und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände und Hansatide ergibt für 1925/26 für das Reich 42,2 Proz. und 41,7 Proz. im Jahre 1926/27; für die Länder 23,7 bzw. 22,9 Proz. und für die Gemeinden 31,7 bzw. 32,8 Proz.

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat auf Grund des Verordnungs 8 Vbl. 1 und 21 des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik das Erscheinen der „Recher“ Tageszeitung „Das Landvolk“ für den Umfang der Provinz Schleswig-Holstein auf die Dauer von vier Wochen vom 14. März bis 10. April d. J. ein schließlich wegen zweier in den Nummern 15 und 16 gedruckten Artikel „Recher der Davesstomnie“ und „Mut zur Verantwortung“ verboten.

Die Lateranverträge.

Der eigentliche „Friedensvertrag“ und das Konkordat veröffentlicht.

In Rom wurde gestern der Wortlaut der Lateranverträge, die am 12. Februar von Mussolini und Kardinal Gasparri unterzeichnet wurden, veröffentlicht.

Diese Dokumente bestätigen im wesentlichen den feinerzeit bereits kurz gemeldeten Inhalt der Vereinbarungen zwischen dem italienischen Staat und der Kurie. Was an Einzelheiten besonders erwähnenswert ist, sind mehr Kuriosa als entscheidende Neuigkeiten: z. B. sind Bestimmungen aufgenommen, wonach Italien alle Vorkehrungen treffen muß, um dem Vatikan den telegraphischen, telephonischen, radiotelegraphischen und radiotelephonischen Verkehr mit der Außenwelt zu sichern. Es sollen noch besondere Bestimmungen für den Verkehr der vatikanischen Automobile und der

vatikanischen Flugzeuge (!)

auf italienischem Gebiet getroffen werden.

Andererseits ist es Bufffahzeugen jeder Art verboten, das Territorium des Vatikans zu überfliegen. Italien verpflichtet sich, keine neuen Bauten auszuführen zu lassen, von denen aus ein Einblick in das vatikanische Gebiet und andere Störungen (!) möglich sind.

Utensile und Beleidigungen gegen den Papst werden in ganz Italien gleich geahndet wie ähnliche Handlungen gegen den italienischen König.

Vergehen und Verbrechen, die auf vatikanischem Gebiete begangen worden sind, müssen auf Verlangen des Vatikan von der italienischen Regierung geahndet werden.

Die Neutralität und diplomatische Bewegungen, Freiheit des Vatikan in Kriegzeiten werden ausdrücklich zugesichert, auch gegenüber solchen Staaten, mit denen Italien Krieg führen würde.

Der Vatikan erklärt sich grundsätzlich entschlossen, sich

außerhalb „weltlicher Händel“

zu halten, behält sich jedoch vor, „seine moralische und geistige Macht in jedem Falle auszuüben“.

Urteile geistlicher Behörden bezüglich geistlicher und religiöser Personen erhalten in Italien juristischen Charakter mit allen bürgerlichen Folgen.

Dieser Bestimmung entspricht der Inhalt und der Geist des ganzen zweiten Vertrages, des

eigentlichen Konkordats

zwischen Italien und dem Vatikan. So wird laut § 5 des Konkordats bestimmt, daß abtrünnige oder der Zensur unterworfenen Geistliche „weder als Lehrer noch in einem Staatsamt fungieren können, wo sie unmittelbar in Kontakt mit dem Publikum kommen“.

Nach § 24 wird durch die kirchliche Trauung zugleich die bürgerliche Trauung vollzogen. Da ausdrücklich betont wird, daß zwar „Trennung von Tisch und Bett von den italienischen Behörden ausgesprochen wird“, aber „gewisse Anfechtungen der Ehe vor den geistlichen Gerichten zu erfolgen haben“, so ergibt sich aus dem in diesem Punkte anscheinend absichtlich unklar gehaltenen Resümee des Konkordats, daß es in Italien

grundsätzlich keine Scheidungen

gehen wird! § 26 besagt: „Italien betrachtet den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen als

Krönung (!) und Grundlage des öffentlichen Unterrichts.“

Dieser Unterricht, bisher auf die Volksschulen beschränkt, wird künftig auf die Mittelschulen ausgedehnt.

Nach § 27 sollen die Sportvereine für Jugendliche gehalten werden, darauf zu achten, daß am Sonntag die Jugend die Messe hören kann.

Diese Stichproben genügen, um den Umfang der vollen Kapitulation des Faschismus vor dem päpstlichen Stuhl zu kennzeichnen. Sowohl durch den Friedensvertrag wie durch das Konkordat zieht sich wie ein roter Faden die restlose Unterwerfung Mussolinis unter die Forderungen des Vatikan hindurch.

Das bedeutet nicht allein einen absoluten Bruch Italiens mit der bisherigen Politik, sondern auch darüber hinaus eine Klerikalisierung Italiens, wie sie, außer vielleicht Spanien und das habsburgische Österreich, kein Staat in den letzten hundert Jahren jemals gekannt hat.

Das ist das Werk Mussolinis. Er, der frühere rabiate Atheist, hat sich zu dieser Rolle hergegeben, weil er die bisherige stille Gegnerschaft der Kirche gegen das faschistische Regime um jeden Preis durch eine Unterstützung des heutigen Systems durch den Vatikan ersetzen wollte. Der Ausdruck „Canossa“ hat seine Bedeutung verloren, seitdem es Lateranverträge gibt.

Selbstverständlich hat sich in der inneren Einstellung des ehemaligen Pfaffenpressers Mussolini zur katholischen Kirche nicht das geringste geändert. Allein die faschistische Zweckmäßigkeit hat ihn dazu veranlaßt, der Kirche in Italien diese beispiellose Revanche zu gewähren. Mit Recht wies kürzlich Ritti darauf hin, daß sich der Vatikan unter dem liberalen Regime niemals in weniger begünstigt hätte, um mit Italien Frieden zu schließen.

Der Vatikan hat aber die innere Schwäche und die Charakterlosigkeit des faschistischen Regimes konsequent ausgenutzt, um unendlich mehr an „Wiedergutmachungen“, Rechten und Vorrechten herauszuholen, als ihm jemals von einer demokratischen Regierung gewährt worden wäre.

Der lange Bericht, den Mussolini zum Gesandtschaftsbericht über die Ratifikation der Verträge verfaßt hat, trägt deutlich die Merkmale seines schlechten Gewissens. Deshalb versucht der Ministerpräsident darin, die italienische Politik seit 1870 zu diskreditieren und ihr allein die Schuld zuzuschreiben, daß die „römische Frage“ ungelöst blieb. Immer wieder versucht Mussolini darin zu beweisen, daß die der Kirche gewährten Rechte gar nicht so groß seien und daß die Souveränität Italiens in keiner Weise angetastet werde usw. Aber er wird damit niemandem täuschen, am allerwenigsten die klerikalen Kreise selbst, die am besten wissen werden, was ihnen die Verträge für Möglichkeiten bieten, und die diese Möglichkeiten um so rücksichtsloser ausnützen werden, als sie wissen, daß der Faschismus von nun an mehr denn je von der Gunst des Vatikan abhängt.

Die übrigen Teile des italienischen Volkes haben sowieso nichts zu sagen. Das neue „Parlament“, das von Mussolini bereits ernannt wird und das am 24. März durch die Karikatur einer Wahlhandlung vom Volk bestätigt werden wird, wird die Befehle unter jubelndem Applaus für den „Duce“ einstimmig ratifizieren; Italien wird künftig nicht nur politisch, sondern auch kulturell das rückständigste Land in Europa sein.

„Kein schöner Tod...“

Eine Entgegnung des Pfarrers Otto Eckert.

Vor einiger Zeit beschäftigten wir uns mit dem Pfarrer Otto Eckert, der aus Anlaß des „Volkstrauertages“ in der „Deutschen Tageszeitung“ unter der Ueberschrift „Kein schöner Tod...“ Sätze wie den geprägt hatte: „Je heißer die Schlacht, um so näher Gott; und je höher Gott, um so schöner der Tod.“ Wir hatten dieser theologischen Kriegsbefestigung einige Abchnitte aus dem Buch Remarques „Am Besten nichts Neues“ gegenübergestellt.

Herr Pfarrer Otto Eckert wendet sich an uns in einer Zuschrift — im Gegensatz zu den Gepflogenheiten seiner Presse —, deren hauptsächlich Inhalt wir hier bekanntgeben wollen:

... „Alle „Vorwärts“-Beser in meiner Gegend (Kreis Jüterbog-Luckenwalde) wissen, daß ich gerade wegen meiner Liebe zum deutschen Volk und Vaterland nur das Beste auch des deutschen Arbeiters will und durchaus nicht der hehrische, kriegstreibende Maulheld bin, als den mich der „Vorwärts“ so liebevoll gezeichnet hat. Sie verübeln mir meinen nichtpassifistischen Standpunkt deswegen nicht, weil Ihnen bekannt ist, daß ich den Krieg von 1914 bis 1918 eben nicht in Heimat oder Etappe, sondern in vorderster Linie mitgemacht habe und mir daher ein kompetentes Urteil über den Krieg, wie er sich dem Frontkämpfer darstellt, erlauben darf. Es wird Ihnen sicher von Interesse sein zu hören, daß ich 1914 noch nicht Pfarrer war, sondern erst mein theologisches Studium beendet hatte. Ich habe die Möglichkeit, mich in Bazaretten zu betätigen, nicht benutzt, weil ich es für selbstverständlich hielt und halte, daß ein deutscher Mann an die Front gehört, wenn das Vaterland bedroht ist. Dieser Selbstverständlichkeit habe ich in vier Kriegsjahren entsprochen und mich bemüht, meine Pflicht zu tun, zwei Jahre als Richtoffizier und zwei Jahre als Offizier. Daß ich dabei Verwundung, Gasvergiftung und Herzkrankheit erlitt, mag Ihnen zum Beweis dafür dienen, daß mir die Remarqueschen Kriegsjahre als nur Frontkämpfer durchaus nichts Neues sind. Dennoch sollen mich die vier schweren Kriegsjahre und die Erinnerungen an sie nicht las Poper der Kriegsdienstverweigerung treiben, sondern in mir immer wieder die Bereitschaft wecken, in trauer Kameradschaft die Reihen der Vaterlandsvorwärtiger denn zu füllen, wenn das Schicksal unseres Staates von Bajonett und Kugel abhängt. Daß das unlichst vermieden wird, ist nicht meine Aufgabe, sondern die der hohen Politik, der jeder wahre Vaterlandsfreund nur von Herzen Erfolg wünschen kann.“

Für uns steht nicht der persönliche Mut des Herrn Pfarrer Eckert zur Erörterung, sondern seine innere Einstellung. Mit einem Manne, der innerlich aus dem Kriegsgewalt nichts gelernt hat, ist eine Debatte zwecklos. Bei Remarque gibt es ein ergreifendes Kapitel: Der Soldat hat im Nahkampf einen Franzosen schwer verwundet, und ist

gezwungen, vierundzwanzig Stunden lang im gleichen Granatrichter den Todeskampf seines Opfers mizuzusehen. Er bricht seelisch daran zusammen. Pfarrer Eckert ist eine robuftere Natur, ihm sind seelische Zusammenbrüche etwas Fremdes, er ist unbekümmert durch alle Kriegsgreuel hindurchgegangen und hat noch nicht einmal wahrgenommen, daß es Greuel sind, zumal vom Standpunkt seiner Lehre aus, die Mitleid und Menschenliebe über alle anderen menschlichen Gefühle stellt. Es ist immerhin ein starkes Stück, wenn ein Vertreter dieser Lehre adselzend erklärt: „Daß das (ein neuer Krieg) zunächst vermieden wird, ist nicht meine Aufgabe.“ Diese Geste erinnert an Pilatus, der seine Hände in Unschuld wäscht. Doch wir werden Herrn Eckert wohl nicht begreiflich machen, daß es gerade seine Aufgabe wäre, auf Vermeidung des neuen Krieges hinzuwirken. Er wird es nicht begreifen, weil dies die Aufgabe des wirklichen, des innerlichen Christen wäre.

Recher gegen Hugenberg.

Deutschnationale Stimme gegen Diktaturräume.

Die „Kreuzzeitung“ hat kürzlich sehr scharf gegen die Diktaturräume Hugenbergs polemisiert. Diese Polemik wird fortgesetzt in den „Hamburger Nachrichten“. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Treviranus, dem man nachsagt, daß er bei Hugenberg in Ungnade gefallen sei, veröffentlicht dort Gedanken über „Staatsführung“, in denen er einen deutschen Faschismus für unmöglich erklärt:

„In Deutschland ist kein Raum für einen Faschismus.“

Der Deutsche ist durchaus abgeneigt, einem Führer unbeschränkte Vollmacht zu geben. Er bräunt zur Selbstverwaltung, will Auffassungen und Beschlüsse der Führer begründet leben.“

Das ist rund und nett eine Abfrage an alle diktatorischen Geistes des „Reichs Hugenberg“ wie an das militärische Führerideal des Stahlhelms. Das höchste der konservativen Gefühle von Treviranus ist eine erste Kammer, in der namentlich die Vertreter geistigen Schaffens sich und Stimme haben müßten. Wer will, kann in dieser Formulierung eine weitere Abfrage an Hugenberg, den Industriellen erblicken. Alles in allem: eine Kezeler gegen Hugenberg, eine Verneinung des Stahlhelmsbegehrens, ein Zeichen dafür, daß nicht einmal mehr in der deutschnationalen Volkspartei die Diktatur Hugenbergs unbestritten ist.

Braun-Belcidigung. Die Redakteure v. Medem und Njeming vom „Tag“ sind wegen Belcidigung des Ministerpräsidenten Otto Braun zu 600 M. und 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Trochki erläutert sein Einreisegesuch.

Er war 1926 in Berlin. — Gesundheitliche Gründe.
Keine politische Betätigung.

Die Entscheidung über das Einreisegesuch Trochki's ist noch nicht gefallen. Trochki läßt inzwischen bekannt werden, daß er aus Gesundheitsgründen in Deutschland leben möchte. Er hat einem Korrespondenten der „Bosnischen Zeitung“, der ihn in Konstantinopel aufsuchte, dargelegt, daß er schon im Jahre 1926 in Berlin von drei Berliner Ärzten behandelt worden sei. Er sei zwar nicht totkrank, aber doch sehr leidend. Besonders mache ihm ein altes Darmleiden zu schaffen. Er möchte in Deutschland sich von den gleichen Ärzten wie im Jahre 1926 behandeln lassen. Trochki erklärte gleichzeitig, daß er mit seinem Gesuch politische Garantien geboten habe:

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß Deutschland mein Gesuch ablehnt. Ich habe bei Einreichung des Gesuches ausdrücklich versichert, daß ich nicht öffentlich herportreten und in keiner Weise mich in die deutsche Politik mischen werde, sondern als Kranker ganz isoliert leben möchte. Ich möchte mich durch Berliner Ärzte behandeln lassen und in einem Badeort, etwa Wildungen, wohnen, um meine literarischen Arbeiten zu vollenden.“

Es ist nicht ersichtlich, welche Gründe gegen die Bewilligung eines solchen Einreisegesuches sprechen könnten. Der Mann, der in der Nacht nach Deutschland kommen durfte, wird als politischer Flüchtling erst recht nicht abgewiesen werden dürfen. Es wäre blamabel, wenn Rücksichten auf Empfindlichkeiten der Sowjetregierung bei der Verzögerung der Entscheidung eine Rolle spielen sollten. Die Sowjetregierung, die ganz großzügig politisches Asylrecht gewährt, hat noch niemals derartige Rücksichten genommen, und im übrigen hängen die deutsch-russischen Beziehungen nicht davon ab, ob Trochki sich in einem deutschen oder einem anderen Badeort kurier.

Kommunistentheater nach Schema F.

Revolutionäre Tribünenaktion auf Bestellung.

Stuttgart, 14. März. (Eigenbericht.)

Der Württembergische Landtag behandelte am Donnerstag eine kommunistische Anfrage über die vielfach unzulänglichen Verhältnisse auf den württembergischen Arbeitsämtern. Im Verlauf der Besprechung verließen zwei junge Leute auf der Tribüne eine rote Leinwand zu entfalten, deren Aufschrift für die Erwerbslosen Seht und Arbeit und für die Saisonarbeiter eine bessere Unterstüßung forderte. Als einer der von den Kommunisten beauftragten Jünglinge dann eine Ansprache halten wollte, wurde er von der Tribüne verwiesen.

Die Diskussion wurde mit der einstimmigen Annahme eines von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrages abgeschlossen, in welcher die Regierung ersucht wird, bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und beim Landesarbeitsamt Südwesdeutschland auf befriedigendere räumliche und abwärtungstechnische Verhältnisse in den württembergischen Arbeitsämtern hinzuwirken. Das kommunistische Theater verpuffte völlig wirkungslos.

Partei der Vorbestraften.

Kein Mitglied mehr ohne Parteivorfraße.

Stuttgart, 14. März. (Eigenbericht.)

In der kommunistischen Partei Württembergs hat die Moskau ergebene Bezirksleitung, um, wie sie bekannt gibt, mit den „Fraktionsmachern“ Schluß zu machen, wieder eine größere Zahl leihender Mitglieder teilweise sofort aus der Partei ausgeschlossen, teilweise zunächst mit anderen Strafmitteln bedacht, die aber wohl nur als Vorläufer des endgültigen Ausschlusses anzusehen sind. Wegen fortgesetzter Mißachtung der Disziplin, bewusster schwerer Parteischädigung und fortgesetzter Fraktionsarbeit werden neun Mitglieder davon gejagt, darunter die Stuttgarter Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes Kraus, Dangel und Keller. Wegen der gleichen Delikte wird gegen 15 weitere Mitglieder eine scharfe Rüge und die Anerkennung aller Parteifunktionen auf ein Jahr ausgesprochen. Fünfzehn andere Mitglieder kommen zunächst noch mit einer scharfen Rüge davon. Unter ihnen befinden sich die Mitglieder der Bezirksleitung Ludwig Beder und Otto Weidenbach. Sie werden aus der Bezirksleitung ausgeschlossen, Beder ist württembergischer Landtagsabgeordneter. Ueber die Frage, ob er sein Mandat fortführen darf, soll der Bezirksparteitag entscheiden. Schließlich wurde dem der Stuttgarter Gemeinderat Wöhner ausgesprochen, weil er der Aufforderung, sein Mandat niederzulegen, nicht entsprochen hat.

Wenn es so weitergeht, wird in Württemberg der „Diktator“ Scheidt sehr bald allein auf weiter Flur stehen und die kommunistische Partei repräsentieren.

Zehn kommunistische Stadtverordnete legen ihre Mandate nieder.

Dulburg, 14. März.

In der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch legten 10 kommunistische Stadtverordnete ihre Mandate nieder. Eine Erklärung zu dieser Mandatsniederlegung wurde in öffentlicher Sitzung nicht gegeben, es scheint jedoch, daß die kommunistischen Stadtverordneten dem Druck ihrer eigenen Parteigewissen sind, da man ihnen zum Vorwurf machte, daß sie die Arbeiterinteressen nicht energisch vertreten hätten.

Billige Schimpfworte.

Lump und Schuft — ein Monat Gefängnis.

Der Schriftsteller Ernst Friedrich hatte vor einem Jahre in einem unbekanntem anarcho-sozialistischen Blättchen den Oberpräsidenten des Reiches Gustav Roske als Lumpen und Schuft bezeichnet. Gleichzeitig hatte er ihn unter die Stufe des Raubmörders Horst Riebach gestellt, dessen unmündiges Verhalten vor Gericht Aufmerksamkeit und Entsetzen der Öffentlichkeit erregte. Roske stellte durch die Staatsanwaltschaft Strafantrag, die Verhandlung hierüber fand gestern vor dem Erweiterten Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Sponer statt.

Der Verteidiger wollte aus dem Schöffengericht ein Forum zur Erforschung der Geschichte der letzten fünfzehn Jahre machen und stellte einen überflüssigen Antrag nach dem anderen. Das Gericht war

Methode.



Jaroslowsky: „Trochki behauptet, nur unter dem Zwange der Gewalt die türkische Grenze zu überschreiten. Er beschimpft also Sowjetrußland!“

Die Korruption in Polen.

Zimmer neue Affären.

Warschau, 14. März.

Die beiden radikalen Bauernparteien haben im Sejm beantragt, einen Bericht des Staatsrechnungshofs binnen fünf Tagen einzufordern über die Mißwirtschaft beim Neubau des Postministeriums. Dieser Bau war seinerzeit gegen den Widerspruch einzelner Minister dem zuständigen Arbeitsministerium entzogen und einer Baukommission des Postministeriums übertragen worden.

In Warschau wurde die Verwaltung der dortigen Abteilung des Verbandes ehemaliger Aufständischer aus Oberhessen aufgelöst, der Vorsitzende und mehrere Mitglieder verhaftet. Die Unterschlagungen von gesammelten Propagandageldern sollen beträchtlich sein.

Auch der Senat gegen Pilsudski.

Warschau, 14. März.

Bei der Abstimmung über das Budget im Senat wurden alle vom Sejm gestrichenen Etatposten wiederhergestellt, mit Ausnahme

des Zwei-Millionen-Flottille-Dispositionsfonds des Kriegsministers Pilsudski. Eine dreimalige Wiederholung der Abstimmung brachte kein anderes Ergebnis. Die Vorlage geht jetzt wieder an den Sejm zurück. Dabei werden jedoch nur die Etats berührt, die der Senat abgeändert hat. Der Etat des Kriegsministeriums, der von beiden Häusern gekürzt wurde, kann in der ursprünglichen Form nicht wieder hergestellt werden. Es wird gewiß noch schwere Auseinandersetzungen geben, wenn sich Pilsudski die Kürzung seines Etats nicht gefallen läßt.

Wenn Offiziere streiten, kommt allerhand heraus.

Im Heeresauschuß des polnischen Landtags kam es gestern zwischen dem Bauernabg. und General Roja und dem regierungsfremden „sozialistischen“ Abg. Major Burda zu einem überaus heftigen Wortwechsel. General Roja hatte seinerzeit dem Major Burda vorgeworfen, sich 1923 während der Kämpfe um Pryemysl unter einem Bett versteckt zu haben. Burda versuchte, diesen Vorwurf zu entkräften und behauptete, daß General Roja die Gemohnheit gehabt habe, die ihm unterstellten Soldaten zu ohreizeigen. Der ausführenden Abg. Major Koszalkowski, rief die Streitenden zur Ordnung und legte ihnen als Abgeordnete und Offiziere nahe, in den Sitzungen nicht persönlichen Streit zu treiben.

eingebbracht worden. Der zuständige Ausschuß des Reichstags hat der Abänderung der Verordnung zugestimmt, und ebenso entschieden eine Mehrheit der Vollversammlung. Baden enthielt sich der Abstimmung.

Wer schändet Friedhöfe?

Widerlegte Hakenkreuzermärchen.

Die zahllosen Schändungen jüdischer Friedhöfe — man zählt bereits an sechzig — haben in weitesten Kreisen Entrüstung hervorgerufen. Obwohl es sich hier zweifellos um die Folgeerscheinungen hakenkreuzerischer Verheerung handelt, suchen nationalsozialistische Führer und Zeitschriften das Märchen zu verbreiten, daß die Juden selber durch begahlte Subjekte diese Schändungen vornehmen ließen, um sie dann den armen unschuldigen Nationalsozialisten in die Schuhe zu schieben!

Naturngemäß bleibt eine große Zahl dieser Taten unaufgeklärt, da sie sich zur Nachtzeit an menschenleeren Orten abspielen. Wo es aber bisher gelungen ist, der Täter habhaft zu werden, haben sie sich regelmäßig als wahre Antisemiten entpuppt. So auch jetzt im jüngsten Fall von Gladbeck. Dort haben die Täter verabschiedlich auf dem Friedhof gehaust und sogar Grabsteine umgeworfen, die durch eingeleitete Eisenstäbe auf dem Fundament befestigt waren. Der Kriminalpolizei gelang es, die Täter zu ermitteln. Der Haupttäter Marzinal ist eingekerkertes Mitglied der nationalsozialistischen Ortsgruppe und eifriger Besucher der Hakenkreuzerversammlungen. Der zweite Täter Masebrink steht auf dem Standpunkt der Nationalsozialisten und ist ihrer Organisation nur deswegen noch nicht beigetreten, weil seine Eltern — M. ist minderjährig — es ihm verboten hatten.

Das Bild ist hier im wesentlichen das gleiche wie bei der Friedhofschändung in Erfurt, wo die drei Täter Mitglieder des Wiking waren, wie in Callies, wo der Täter Mitglied des Stahlhelm, wie in Geroldshofen, wo der Haupttäter Nationalsozialist und Bahnhofsvorverkäufer örtlicher Zeitungen war. — Die nationalsozialistischen Lügen über die von den Juden selbst angeführten Friedhofschändungen haben kurze Beine.

Neuer Regierungssieg in Mexiko.

4000 mexikanische Aufständische in Gefangenschaft geraten.

New York, 14. März.

Nach Meldungen aus Mexiko-Stadt haben die mexikanischen Regierungstruppen bei der Einnahme Saltillos 4000 Aufständische gefangen genommen.

Wer Fez trägt, wird verhaftet! Eine Anzahl Türken sträubt sich noch immer gegen das seit vier Jahren durch Gelehen zur Pflicht gemachte Tragen des Hutens an Stelle des traditionellen türkischen Kopfbedeckung. Die Polizei hat am Mittwoch in Konstantinopel etwa 40 Männer, die ostentativ gegen das Gelehen verstießen, verhaftet und dem Gericht zugeführt.

verständnis genug, sich dem Antrag des Staatsanwalts anzuschließen, der an Hand reichsgerichtlicher Entscheidungen nachwies, daß bei so großschätigen und unbeweisbaren Verunglimpfungen eine Beweisaufnahme nach der bestehenden Judikatur nicht statzuhaben hätte. Der jugendliche Rechtsanwalt setzte darauf die Miene eines getränkten Schulknaben auf und erklärte, nicht mehr das Wort zu ergreifen. Dies war nicht unerfreulich.

In seinem Vädger führte Staatsanwaltschaftsrat Kirchner aus, daß so grobe Beleidigungen gegen einen Mann, der sich in schwerer Zeit um Volk und Vaterland große Verdienste erworben habe und noch heute dem Staate in verantwortlicher Stellung diene, schwer geahndet werden müßten. Er beantragte gegen Friedrich vier Monate Gefängnis.

Das Gericht blieb bei seinem Urteil weit unter dem Antrag des Vertreters der Anklagebehörde. Es erkannte auf einen Monat Gefängnis.

Lambach klagt gegen Hugenberg.

Ein Nachspiel zum Fall Lambach.

Während der Blütezeit des Falles Lambach hatte eine ober-schlesische Zeitung, die inzwischen in den Besitz Hugenbergs übergegangen ist, die persönliche Ehrenhaftigkeit Lambachs bezweifelt. Lambach klagte. Wie der „Deutsche“ mitteilt, ist die Zeitung zur Zahlung der Prozeßkosten verurteilt worden und mußte an erster Stelle eine Berichtigung bringen, in der es heißt:

„Soweit der Artikel (Aufschluß und Ausschluß vom 9. August 1928) geeignet ist, die Ehrenhaftigkeit des Herrn Lambach in Zweifel zu ziehen, stehen wir nicht an, ihn mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.“

Herr Lambach hat also auf dem Klagewege eine Zeitung seines Parteichefs gezwungen, ihre ehrenrührigen Annährer gegen ihn zu widerrufen.

Ausländische Landarbeiter.

Mehrzulassung von 40000 Landarbeitern.

Der Reichsrat besprach gestern die Zulassung ausländischer Landarbeiter. Am 29. Dezember hat der Minister für Landwirtschaft und Ernährung über die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter für das Jahr 1929 eine Verordnung erlassen, wonach zunächst 60000 ausländische Arbeiter und dann vom 15. April ab weitere 40000 in der Landwirtschaft beschäftigt werden dürfen. Außerdem ist eine Reserve von 10000 ausländischen Arbeitern vorgesehen. Jetzt hat der Landwirtschaftsminister den Reichsrat ersucht, einer Abänderung jener Verordnung dahin zuzustimmen, daß 40000 ausländische landwirtschaftliche Arbeiter mehr bereits vom 1. April d. J. ab beschäftigt werden dürfen. Wegen des anhaltenden Frostes werden sich nämlich die Frühjahrsarbeiten in der Landwirtschaft stark zusammendrängen und der Bedarf an Arbeitern wird größer werden als sonst. Im Reichstag ist auch bereits ein entsprechender Antrag

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

- Schweinebauch u. Rücken, mit Beilage 1.10
- Schweinekamm u. Blatt, mit Beilage 1.15
- Schweineschinken Pfund 1.20
- Kalbskamm u. Brust Pfund 0.65
- Kalbsnierenbraten Pfund 0.75
- Rinderkamm u. Brust Pfund 0.80
- Gulasch Pfd. 0.85 Querrippe Pfd. 0.78
- Schmorfleisch u. Roastbeef m. Knochen 1.00
- Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1.25
- Lieser Pfund 0.80 Gehacktes Pfd. 0.78
- Kabler, Speer u. Kamm Pfund 1.25
- Selbst auszufassener Taie Pfd. 0.56

- Frische Kinderzungen Pfund 1.20
- Schweinekotelett Pfund 1.30
- Kalbsschnittel Pfund 2.00

Prima Gefrierfleisch

- Schmorfleisch mit Knochen Pfund 0.80
- Hammelvorderfleisch Pfund 0.92

Fische

- Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische 0.14 0.22
- Seelachs ohne Kopf, ganze Fische, Pfd. 0.18
- Schellfische ohne Kopf Pfund 0.30
- Filet von Kabeljau Pfund 0.32
- Lebende Karpfen Pfund 1.25 an
- Grüne Heringe 5 Pfund 0.62

Geflügel

- Gänse gefroren Pfund von 0.95 an
- Große Tauben Stück von 0.98 an
- Suppenhühner Pfund von 1.10 an
- Puten gefroren Pfund von 1.15 an
- Enten gefroren Pfund von 1.15 an
- Wolgahühner Pfund von 1.20 an
- Masthühner ungarische, Pfund von 1.40 an
- Schneehühner Stück von 1.90 an

Obst u. Gemüse

- Ital. Feigen Pfund 25 Pl
- Mandarinen Pfund 35 Pl
- Amerikaner Pfund 38 Pl
- Bananen Pfund 38 Pl
- Apfelsinen 50, 75, 1 M
- Apfelsinen Halbbild, Dp. 50, 95, 1.20
- Zitronen Dupend 55 Pl
- 1 a Tafeläpfel Edelrot, Champ. Ref. nell., Kall., Aep. el, Pfd. 48 Pl
- Messina-Apfelsinen Halbbild, Kiste 100 u. 150 Stück 18 75
- Rote Rüben Pfund 10 Pl
- Weißkohl holl. Pfd. 15 Pl
- Wirsingkohl holl. Pfd. 15 Pl
- Rotkohl holl. Pfund 18 Pl
- Möhren gewaschen, 2 Pfund 35 Pl
- Sellerie Pfund 28 Pl
- Blumenkohl Kopf von 40 an

Käse u. Fette

- Camembert vollfett, Schachtel 25 Pl große Schachtel 85 Pl
- Emmentaler ohne Rinde Schachtel 92 Pl
- Harzer Kiste ca. 8 Pfund netto 1.25
- Limburger Allg. halbfett Pfund 48 Pl 55 Pl vollfett Pfund 98 Pl
- Steinbuscher halbfett Pfund 70 Pl vollfett Pfund 1.15
- Edamer halbfett Pfund 70 Pl vollfett Pfund 1.15
- Holländer halbfett Pfund 75 Pl vollfett Pfund 1.15
- Tilsiter vollfett Pfund 1.30
- Schweizer dän., dreiviertelfett Pfd. 90 Pl bayr., vollfett, Pfund von 1.40
- Tilsiter Art Pfund 88 Pl Schweizer Art Pfund 98 Pl
- Speisefalg 1-Pfd.-Pk. 50 Pl Tafelbutter Pfund 2 M
- Margarine Pfd. 52, 58 Pl Dän. Butter Pfund 2.20

Räucherwaren

- Makrelen-Bücklinge Pfund 23 u. 28 Pl Schellfische Pfund 54 Pl
- Kieler Bücklinge 45 Pl Dorsdörren Pfund 55 Pl
- Seelachs 1 Stück, Pfd. 50 Pl Seeal ohne Haut, Pfd. 92 Pl
- Spikade stark, Pfd. 2.45 an 32 Pl

Konfitüren

- Teekuchen Pfd. 1.30 Tee-Schnitte mit Schokolade Pfund 1.50
- Tee-Gebäck Pfund 1.80
- Olympia-Vollmilch-Schokolade 9 Tafeln & 100 Gramm 75 Pl
- Olympia-Kakao 800 Gramm 1.00
- Gold-Bonbon mit Schokolade-Creme-Füllung Pfund 0.75 1/2 Pfd. 0.20

Sämereien und Blumenzwiebeln

- Blumen- und Gemüsesämereien 3 Pakete 40 Pl
- Montbretien 10 Stück 40 Pl Begonien einfach 10 Stück 90 Pl
- Gladiolen II 10 Stück 45 Pl Begonien gefüllt 10 Stück 1.25
- Anemonen 10 Stück 75 Pl Primeln blühend Topf 40 Pl
- Gladiolen I 10 Stück 85 Pl Azalien blühend Topf von 1.75

Backartikel

- Olympia-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.10 1.18 1.25
- Olympia-Mehl 2-Pfund-Beutel 52 Pl 55 Pl
- Rauheif-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.25
- Auszug-Mehl Pfund 20 Pl 22 Pl 24 Pl 26 Pl
- Kartoffelmehl Pfd. 23 Pl
- Maispuder Pfund 28 Pl
- Mandeln aus 2.20 2.80
- Mandeln bitter 2.40 2.90
- Kokosnuß geschält Pfund 58 Pl
- Vanillinzucker 20 Pl
- Sultaninen 38, 52, 65 Pl
- Rosinen Pfund 54, 68 Pl
- Korinthen Pfd. 60, 75 Pl
- Zitronat Pfund 1.35
- Mandelio Pfund 65 Pl
- Backpulver 8 Beutel 30 Pl

Konserven

- Gemüse-Erbsen 50 Pl Bruderspargel stark 2.85
- Jg. Erbsen mittelfein 78 Pl Stangenspargel 3.00
- Junge Erbsen fein 1.25 Pflaumen mit Stein 70 Pl
- sehr fein 1.50 Apfelsmus 5 Pl 3.70 75 Pl
- Gemisch. Gemüse 83 Pl Ananas 8 Stück 1.05
- Delikatess-Gemüse Konsum 1/2 65 Pl 1.12 Mirabellen 1/2 62 Pl 1.10
- Gemisch. Gemüse sehr fein 1.65 Saure Kirschen 1.20
- Jg. Erbsen mit Karotten 46 Pl 78 Pl Kalif. Aprikosen 1.45
- Karoten klein 48 Pl 80 Pl O.sardinen 52 Pl
- Spinat klein 38 Pl 60 Pl Brat-u. Bismarck-hering, Rollmops 82 Pl
- Hering in Gelee 82 Pl

Konfitüre

- Aprikosen 1.10 Orange, Johannisbeeren 1.15
- Himbeeren, Kirschen 1.35

Wein

- San Antonio lieblicher, spanischer Rotwein 1.00
- 1927 Wölsteiner süßer Tisch- und Bowlenwein 1.10
- 1927 Grünstädter Röth süßiger Pfälzwein 1.40
- 1927 Wellener Riesling guler Trachmoos 1.90
- 1922 Chät. Reysson eleganter Bordeaux 1.90
- 1926 Niersleiner Berg kerniger Rheinhesse Mosel, genitiv 2.25
- 1926 Trillenheimer Laurentiusberg Mosel, genitiv 2.25
- 1927 Zellinger Himmelreich beatech. Moselart 2.25
- 1926 Rüdeshelmer Berg duftig. Rheingauer 1.60
- 1926 Casillio Romero leinlich, d. Seuternes Rhinl. 1.60
- Dtsch. Weinbr. * u. Halb & Halb Hausmarke 3.40
- Vom Faß zu Extrapreisen, per Liter: Johannisbeerwein reinblutige, erstrefine Qualität 0.80
- Weitere 7 Sorten Südwein u. Spirituosen.

Wurstwaren

- Rot-u. Dampfurst 1.05
- Landleberwurst Pfd. 1.20
- Fleischwurst Pfund 1.20
- Mettwurst Braunschw. Art, Pfund 1.45
- Mortadella Pfund 1.45
- Jagdwurst Pfund 1.55
- Filetwurst Pfund 1.55
- Schinkenpolnische 1.60
- Landmettwurst Pfd. 1.60
- Zervelat u. Salami holsteimische, Pfund 1.75
- Leberwurst feine, Pfd. 1.80
- Pökelfleisch gekocht 1.80
- Speck 1.30 mager 1.50
- Schinkenspeck Pfd. 1.95
- Nußschinken ca. 2 Pfd. schwer, Pfd. 2.10
- Knoblauchwurst Pfd. 1.20
- Bierwurst Pfund 1.75
- Teewurst Pfund 1.75

Kaffee

- frisch gebrannt, eigene Rösterei
- Konsum-Misch. Pfd. 2.40
- Haushalt-Misch. 2.60
- Sonder-Misch. 3.00
- Olympia-Misch. 3.40
- Globus-Misch. 3.80
- Residenz-Misch. 4.20
- Spezial-Mischung mit 20% Bohnenkaffee 0.67 40% 1.10

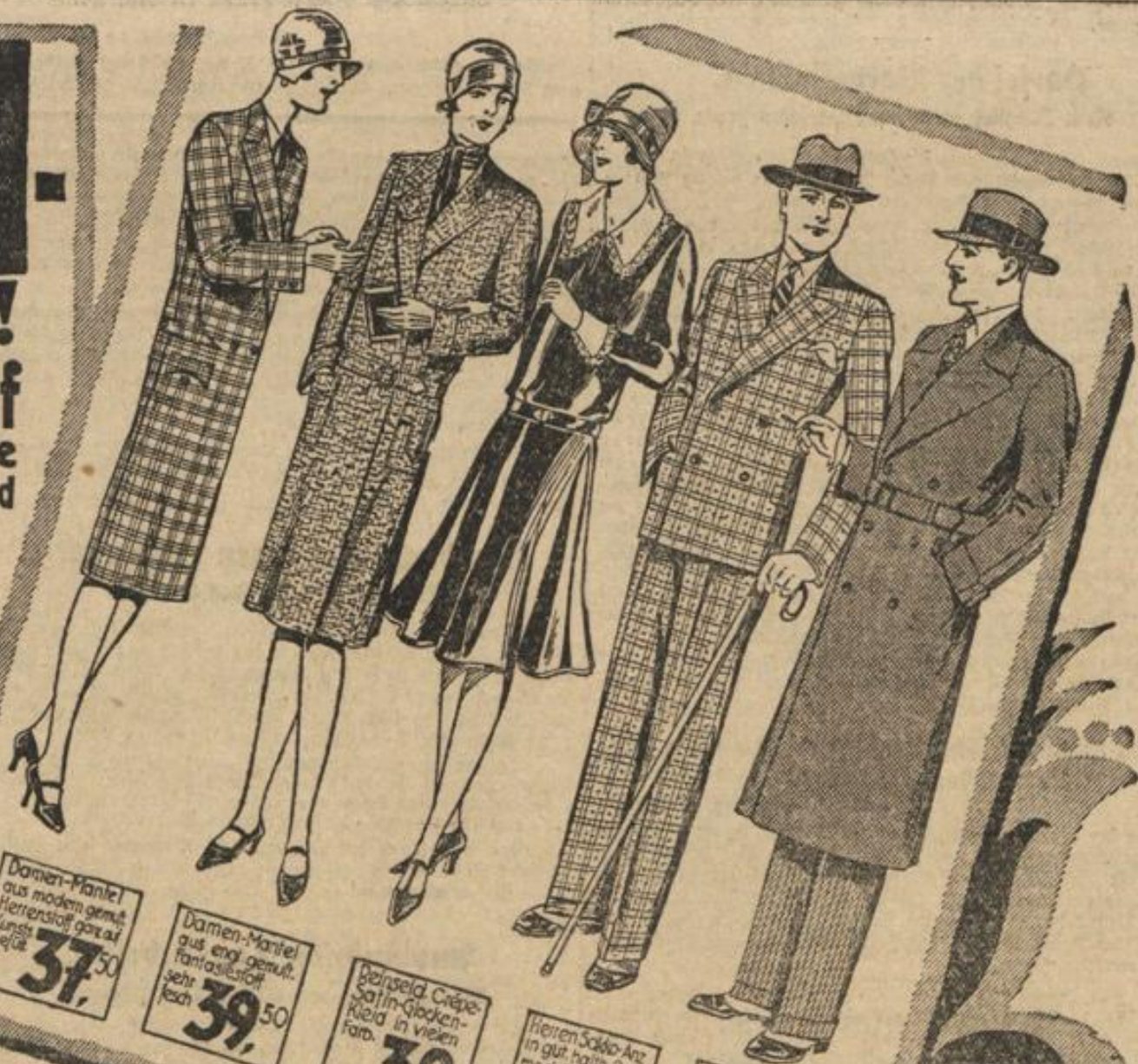
Tee

- eigene Mischungen 1/4 Pfd.
- Ceylon II 1.25
- Indien 1.55
- China 1.70
- Ceylon 1.85
- Darjeeling 2.00

Teil-Zahlung!

Der Frühjahrsverkauf ist in vollem Gange! Alle, die unsere Neuheiten sehen, sind entzückt davon! Unsere Zahlungsbedingungen sind spielend leicht!

WIR FÜHREN: Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion, Wäsche, Weiss- u. Baumwollwaren, Frickkotagen, Wollwaren, Oberhemden, Teppiche, Läuferstoffe, Gardinen, Bettfedern, fertige Betten, Schuhwaren.



Damen-Mantel aus modernem gem. Herrentoff ganz auf Kunst gefä. 37,50

Damen-Mantel aus engl. gem. Fantasiestoff sehr fech 39,50

Reiseld. Crêpe-Satin-Glücken-Kleid in vielen Farb. 39,-

Herren-Sacko Anz. in gut. harter Qual. mod. Frühjahrs-farben 59,-

Herren-Ülster aus gut. Schottland vorzügl. Puffform 68,-

KAUFHAUS
Modern
IM OSTEN: Gr. Frankfurter Str. 101
ECKE KRAUTSTR. AM STRAUSSBERGER-PL.
IM SÜDEN: Kottbuserdamm 72
ECKE LENAUSR. NAHE HERMANN-PL.

Wohnungsfürsorge und Deutschnationale.

Ein „Baulöwe“ ihr Führer im Rathaus.

Ueber die Wohnungsfürsorgegesellschaft berzu- ziehen, versuchte gestern in der Stadtverordnetenver- sammlung als Redner der Deutschnationalen der Architekt Fedler. Für den geeignetsten Mann hierzu hielt er ihn, der nicht nur als Stadtverordneter in der Wohnungsfürsorge- gesellschaft mitwirkte, sondern auch durch seine Berufs- und Erwerbstätigkeit in engere Beziehung zu ihr kommen kann. Herr Fedler geriet diesmal an den Unrechten und holte sich bei dem Stadtrat Czerninski, dem Delegierten für Wohnungswesen und Wohnungsfürsorge, eine gründliche Abfuhr. Auch dem kommunistischen Redner Lischer, der darauflos geschimpft hatte, gab Stadtrat Czerninski gehörig eins auf den Mund. Herr Lischer hielt es dann für geraten, sich aus der blamablen Nachbarschaft des Herrn Fedler zurückzuziehen.

Bei dringlichen Protestanträgen der kommunistischen Fraktion gegen das Verbot des Theaterstücks „Giftgas über Berlin“ und gegen das Demonstrieren unter freiem Himmel erfolgte Einspruch.

Eine längst schon nötige

Abrechnung mit gewissen Bauinteressenten.

Die bestimmte Stadtverordnete als ihre Interessenvertreter im Rath- hause benutzen, hielt Stadtrat Genosse Czerninski, der Delegierte des Hauptwohnungsamts. Anlaß dazu bot die Kritik des deutschnationalen Stadtverordneten Architekten Fedler an den neuen Richtlinien, nach denen die Wohnungsfürsorgege- sellschaft bei Erledigung des Bauprogramms 1929 arbeiten soll. Genosse Czerninski konnte die Berührung Fedlers auf die Ab- weisung eines Wohnungsbauprojekts einer Gesellschaft zurückführen, an der Fedler selbst stark beteiligt ist. (Hört! hört! links.) Die

Wohnungsfürsorgegesellschaft sei doch keine Versorgungsanstalt für Stadtverordnete

und gegen ihre Tätigkeit könne man nicht mit Wigen und Mäßen angehen. Ueber die „Mitwirkung“ gewisser Stadtverordneter und ihrer Hintermänner an der Wohnungsfürsorgegesellschaft liegen sehr viele Beschwerden vor, die gegen Leute, die glauben an den Quellen zu sitzen und dort ihre Geschäfte machen zu können, auf das heftigste protestieren. Wenn man sich über die hohen Verwaltungs- kosten der Wohnungsfürsorgegesellschaft aufgeregt hat, so sei dem- gegenüber festzustellen, daß die Gesellschaft nur etwa ein Drittel des ihr geleglich zustehenden Verwal- tungsprozentfahes verbraucht hat. Sie hat seit 1924 580 Millionen Hausinspektorgelder ausgegeben, wovon ihr einhalb Prozent Verwaltungskosten zustünden, das sind also 2 1/2 Millionen. Verbraucht wurden aber tatsächlich nur 900 000 M. In der- selben Zeit sind aber beispielsweise allein für Architekten- honorare um das Vielfache höhere Beträge ausgegeben worden. (Hört! hört! links.) Bei den geringen Verwaltungskosten sind aber noch sehr viele Aufstellungen, Berichte, Enquêtes, Auszüge aus dem Betrieb gemacht worden, wozu nicht zuletzt die Leute um Herrn Fedler die Veranlassung geben. Genosse Czerninski nahm für seine Ermahnung in Anspruch, daß sie sehr billig arbeitet und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Annahme der Richtlinien der Woh- nungsfürsorgegesellschaft Gelegenheit gebe, ihre Aufgaben zu er- ledigen. (Lebhafter Beifall bei den Sos.) Nach einigen anderen Rednern beantragte Stadtr. Fedler (Dnat.) für sich als Architekt das Recht, sich — auch als Stadtverordneter — an den durch die Stadt vergebenen Arbeiten zu beteiligen.

In der Erledigung einer großen Anzahl Vorlagen des Magistrats bewilligte die Versammlung 452000 Mark für die Beschaffung der Aus- stellung „Gas und Wasser“ in den Ausstellungshallen in Bismarckpark. Dem Ersuchen der Versammlung vom 25. Oktober 1928, den „König Wilhelm-Turm“ auf dem Kottbusberg im Grunewald an der Havel umzubauen, ist der Magistrat be- gegnet. Er schlägt die Bezeichnung „Grunewald-Turm“ vor und bat um die Genehmigung der Versammlung. Darüber gab's nun

eine kurze, aber inhaltschwere Debatte, in der der Redner der Deutschnationalen keine Ursache sah, den Namen zu ändern, während der Demokrat Dulo für die Beilegung des vorliegenden Namens eintrat. Frau Hoffmann-Gwiner (SPD.) beantragte die Bezeich- nung „Karl-Liebknecht-Turm“, Dr. Caspari (D. Sp.) wollte es sich — scheinbar im Ernst — überlegen, ob seine Freunde nicht dem kommunistischen Antrag zustimmen würden. — Der zweiten Be- ratung widersprach die Rechte des Hauses, sie findet später statt, man kann also überlegen! — Ohne Debatte an den Anschlag ging die Vorlage wegen des Baues neuer Untergrundbahnen. — Die über das Explosionsbrandungsglück in der Radiofabrik Schön- leinstraße fortgesetzte Debatte benutzte ein kommunistischer Stadtverordneter zu heftigen Angriffen auf — die Sozialdemokraten. Was er an Anträgen zur Verhütung solcher Unglücksfälle vor- zubringen hatte, war auf der Tribüne nicht verständlich — so laut sprach der Mann. Schließlich wurden die im Auszug bereits mit- geteilten Ausschlußbeschlüsse gutgeheißen.

1776-1929.

Die Spittelkolonnaden waren einst Brüdenschmuck.

Die jetzt, wie mitgeteilt, nach dem soeben abgeschlossenen Ber- trag des Berliner Magistrats mit dem preussischen Staat der Spitz- haken verfallenen sogenannten „Spittelkolonnaden“ zwischen Dän- hoffplatz und Spittelmarkt in der Leipziger Straße gehörten ursprünglich zu einem Bauwerk, das dem Verkehr diente. Als unter der Regierung Friedrichs II. die unmodern gewordenen Festungs- werke des Kurfürsten Friedrich Wilhelm beseitigt wurden, wurden neue Brücken über die Festungsgräben gebaut und alte erneuert, um dem wachsenden Verkehr Berlins Erleichterungen zu verschaffen. Gleichzeitig sollte das Stadtbild verschönert werden, und so wurden die Brücken mit monumentalen Aufbauten versehen. Zu diesen er- neuerten Brücken gehörte auch die Spittelbrücke, die kurz hinter dem Spitalplatz (Spittelmarkt) den alten Festungsgraben über- querte. Diese Brücke wurde verbreitert und zu beiden Seiten im Jahre 1776 jene Brüdenschmuck errichtet, die wir heute Kolonnaden nennen. Die Entwürfe der halbkreisförmigen Säulengänge stammen von Goulaud, der auch die Türme auf dem Gendarmen- markt errichtete. Besonders bemerkenswert sind die Basen auf der Mittel- und der Lebensollen Kindergruppen über den Mittelbauten und die Aufsätze der quadratischen Capavillons. Als die Spittelbrücke mit der fortschreitenden Entwicklung Berlins zur Großstadt und Weststadt und der Zuschüttung aller ehemaligen Festungsgräben in den achtziger Jahren abgerissen werden mußte, blieben die Kolon- naden bestehen und wurden mit Nebenausbauten versehen.

Strafanträge gegen Band und Genossen.

In dem großen Banderolenschwindelprozeß, der das Schöff-engericht Berlin-Mitte seit einigen Tagen beschäftigt, bean- tragte am Donnerstag nach Schluß der Beweisaufnahme Staats- anwaltschaftsrat Dr. Jacoby II gegen Benno Band ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, gegen Erich Kättner ein Jahr sechs Monate Gefängnis, gegen den Arbeiter Wozniak, der den falschen Boten gespielt hatte, wegen Beihilfe drei Monate Gefängnis, gegen den Zigarettenfabri- kanten Finkels ein Jahr Gefängnis wegen Hehlerei und gegen den Kaufmann Lothar Brieger sechs Monate Gefängnis. Den Mitan- geklagten Oberzolldirektor Eugen Obst beantragte der Staats- anwalt mangels ausreichenden Beweises seiner Mitbeteiligung an dem Banderolenbetrag freizusprechen. Bei den übrigen An- geklagten wurden Geldstrafen, teilweise auch Freisprechungen be- antragt. Das Urteil ist am Freitag nachmittag zu erwarten.

Berhör der Kinoräuber.

Ein gut vorbereiteter Plan.

Wie bereits in der Abendausgabe mitgeteilt, ist es schnell ge- lungen den Raubüberfall auf das Kino in der Kantstraße aufzuklären und die Räuber zu verhaften.

Im Laufe der weiteren Vernehmung am gestrigen Tage haben der 18jährige Kleist und der drei Jahre ältere Bogner zwar den Ueberfall in der Kantstraße zugegeben, sie bestreiten jedoch, in der Kandelhardt-Garage aufzutreten zu sein. Es hat sich herausgestellt, daß Kleist bei dem Ueberfall die treibende Kraft war, während Bogner nur den Mitläufer spielte. Kleist, der früher schon Einbrüche in Kinos verübt hat, wußte mit den Verlichtungen der Lichtspielhäuser und den Geplögenheiten der Kassierer ziemlich Bescheid. Er hatte schon die Absicht, die Kant-Lichtspiele heim- zuzufinden, ehe er nach der Anstalt Seehof gebracht wurde. Als er von dort entwich, war er entschlossen, seinen Plan auszuführen. Die Nacht der Flucht war aber so grimmig kalt, daß er mit er- starrten Fäßen in Berlin ankam und längere Zeit ge- braucht, um wieder auf den Damm zu kommen. Inzwischen meinte er Bogner, seinen neuen Freund, in den Plan ein. Bogner bargte sich von einem Bekannten die Pistole und gab sie an Kleist weiter. Dieser wiederum stattete den Bogner mit einer Schreckschuß- pistole aus. Die Rollen waren vorher besprochen und verteilt. Kleist wollte das Geld fordern und Bogner sollte an der Tür stehen bleiben und nur, wie Kleist sagte, „losfunken, wenn es brenzlich würde“. In dieser Weise handelten sie dann auch, und ihre Angaben darüber werden von dem Geschäftsführer und den Angestellten bestätigt.

Mit der Beute führen die beiden nach Westend hinaus, wo sie das gestohlene Auto an der Ecke der Gotsched- und Soorstraße stehen ließen. Das geraubte Geld brachten sie sofort in Begleitung von Räubern in verschiedenen Lokalen durch. Hier waren sie durch ihre Juchereien, bei denen es sogar Sekt gab, bereits aufgefallen, weil diese Ausgaben zu ihrem Kaufvermögen nicht recht stimmten. Das gestohlene Auto, das zu dem Ueberfall benutzt wurde, ist unterdessen spurlos verschwunden. Wahrscheinlich ist es von Mitgliedern der Diebeskolonne wieder gestohlen worden und wird weiter zu Schwarzfahrten benutzt.

Wieder einmal der „Pfaffenpiegel“.

Gotteslästerungsprozeß in Lichtenberg.

Der Pfaffenpiegel, jenes Buch Otto von Corvins, hat mannig- fache Schicksale gehabt. Es ist vor dem Kriege wiederholt beschlag- nahmt, dann aber wieder freigegeben worden. Durch ein Urteil der Strafkammer des Landgerichts Berlin mußten jedoch im März 1927 verschiedene Sätze, die Anstoß erregen haben sollten, entfernt werden. Nach Streichung dieser Stellen konnte das Buch wieder erscheinen. Der Verlag Bartels in Weiskensee ging nun daran, den „Pfaffenpiegel“ erneut herauszugeben. Für die Neubearbeitung des Buches wurde ein — Landge- richtsrat L. K. ausersehen, der auch die beanstandeten Stellen wegließ. Nur die Ueberschrift eines Kapitels ließ er stehen. Als der „Pfaffenpiegel“ fertig gedruckt war, legte die Öffentlichkeit antrag, wurde er erneut beschlagnahmt. Nicht weniger als 5000 Exemplare wurden in dem Verlag in Weiskensee vorge- funden und abgeholt. Die katholische Kirche fühlte sich durch die Kapitelüberschrift „Die heilige Trüdelbude“ beleidigt. Befremdet hat die katholische Kirche Reliquien, deren Verehrung sie hehlt, und das Kapitel, das sich mit solchen Gegenständen be- faßt, nennt dies eine „heilige Trüdelbude“. Außerdem wurde gegen den Inhaber des Verlages und dessen beide Söhne ein Verfahren wegen Beschimpfung der katholischen Kirche eingeleitet, mit dem sich das erweiterte Schöffengericht Lichtenberg zu beschäf- tigen hatte. Der Inhaber des Verlages Bartels ist wegen eines schweren Herleidens verhandlungsunfähig, so daß nur die beiden Söhne als Angeklagte erschienen. Sie bestritten, sich strafbar ge- macht zu haben. Das Gericht sprach sie auch frei, weil es die An- geklagten nicht als Drucker und Herausgeber des Werkes ansah; dafür konnte lediglich der Inhaber des Verlages in Frage, der aber

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heilmann Mostat

„Beeh ich doch!“ sagte Frau Kniephade eifertig und hätte vor der Erbin des reichen Fabrikbesizers beinahe einen Knick gemacht, was allerdings bestimmt zu ihrem Zu- sammenbruch geführt hätte. „Wo wär ich denn die Tochter von Herrn Dellendahl nich kenn'n!“ Sie fuhr sich verlegen über den Bauch; Gott sei Dank hatte sie das Schwarzzeidene an, denn sie wollte gerade zum Trauergottesdienst für den Herzog in die Schloßkirche.

„Kann ich Herrn Hofböttchermeister Kniephade sprechen?“ fragte Gerda Dellendahl und zapfte, nun ihrerseits geziert, an ihrem ungebärdigen Schwarzhaar.

„Kniephade!“ schrillte es aus dem gewaltigen Stüd Fleisch statt jeder Antwort nach hinten, „Kniephade, komm emma vor!“ — und das vornehm erzogene Kind blieb seinem Erstaunen über diese Anredeform zwischen Ehegatten über- lassen, bis die hagere Gestalt des Meisters auftauchte.

„Die Kleene — das Freilein Dellendahl will was von dich!“ — Träten Se man näher, Freilein!“

Und Gerda landete mit Kniephade in der guten Stube auf den schmutzgedeckten gepolsterten Staatsmöbeln, während Frau Luise sich zur Kirche begab — ihr Mann hatte wieder mal nicht mitgemollt.

„Na, womit kann ich dienen?“ fragte der Meister.

Sie sah eine Weile verlegen auf ihre Beine, hielt sich mit den Händen an der vorderen Sesselfante fest, hob dann die sehr klaren, blauen Augen und erklärte: „Ich wollte Ihnen man sagen, Herr Kniephade — Ihr Sohn hat auf der Straße meinen Großvater beschimpft.“

Die Wirkung dieser Mitteilung auf den Vater schien der Kleinen merkwürdig intensiv. Kniephade stand jah auf, seine Zähne bißen aufeinander, seine Brauen sanken tief, seine breiten Fäuste ballten sich. So ging er zur Tür, riß sie auf und rief: „Karl!“ Zum großen Schmerz seiner Frau nannte er seinen Jungen nie Alexander.

Das blaße, schmale Bürschchen mit der hohen Stirn er- schien, ebenfalls zum Kirchgang fertig, und starrte das Mäd- chen grüßlos und nichts Gutes ahnend an.

„Du hast Herrn Calm ausgeschimpft?“ fragte Kniephade lauern.

„Die ändern —“ begann Alexander Carl verlegen. Aber der Vater schnitt ihm die Entschuldigung mit einer Hand- bewegung ab. Und dann geschah etwas Wertwürdiges, etwas für den gutmütigen, weichen Meister Unerhörtes. Er zog die Geldtasche, nahm eine Münze heraus und drückte sie Gerda in die Hand: „Tu mich ma an Zefallen, Kleene. Zeh ma nitwer zu 'n Koosmann Rostoden und hole mich an Rohrstof. Zeh hinien rum. Rostoden wird schon noch da find.“

„Aber Herr Kniephade — das — das wollte ich doch nicht!“ wandte Gerda peinlich betührt ein.

„Du hast's mich nu jesat, also mußt de mich oo helfen!“ jagte der lange Meister so bestimmt, daß jeder Widerstand zwecklos schien.

„Ich muh in die Kirche!“ fuchte sich Alexander Carl, jeder Würde bar, zu reiten.

„Du jehst nich in de Kirche. Der klewe Gott will jar nicht von dich wissen!“ behauptete Kniephade, während Gerda verschwand.

Sie blieb ziemlich lange. Die ganze Zeit über starrte der Meister, seinen Spröbling wortlos und finster an, ohne auf eines seiner vielen gestammelten Argumente einzugehen — nur als Alexander, die Hände bereits schühend über die Er- ziehungsfläche gebreitet, beinahe heulend bat: „Aber doch nich, menn die dabei is!“ — kam es kurz und schlagend zurück: „Du hast oo nich jesrat, mör dabei war, wie'n du Calm ausjeshimpft hast.“

Gerda kam zurück. Alexander sah sie mit einem ent- täuscht und einem haherfüllten Auge an — sie brachte wirk- lich das Gewünschte, die dumme Gans, die alte heze, das ge- meine Frauenszimmer!

Kniephade ließ sich den Stof geben. Der Junge retirierte zur Tür. Die Hände rieben verzweifelt den Hosenboden.

„So an Feigling!“ höhnte der Vater, „un so was will zu Oftern uffs Lehrerseminar!“ Und als dieser Appell an den Mut des Dulders nichts half: „Herkommen!“

Alexander näherte sich, kreisend und tänzelnd wie eine weiße Maus.

„Bücken!“ Es war zu ersehen, daß der kleine Kniephade

seine künftige pädagogische Begabung von seinem Alten ge- erbt hatte. Der Ton war einwandfrei energisch, und das Opfer bückte sich wirklich. Das schmale Beden, das vom roten Kopf an Größe fast überboten wurde, bibberte.

„Hände runner!“ Hier wandte Gerda sich ab. Es ist traurig zu sagen: leider nicht aus Mitleid oder Mitleiden, sondern weil sie sahen mußte, als die mageren Arme her- unterjankten und in den Schultern hingen wie zwei baumelnde Stricke. Aber die schmalen Knabenlippen waren fest ge- kniffen und entschlossen, es zu bleiben, was auch kommen würde: nur nicht heulen vor der da!

„Herr Kniephade“, wollte Gerda noch einmal inter- venieren, halb flehend, halb prustend — zu spät.

Ein Pfeifen, ein Sausen, ein zischender Schlag — — und das eine Ende des mit großer Kraftanstrengung geführten Stoakes flog in hohem Bogen durch die Luft und schlug ans Perpendikel der Wanduhr, die entsetzt ihren Lauf einstellte.

„So'n Mist!“ lautete des Vaters erste Reaktion, während er während das in seiner Hand verblichene eine Stockende be- trachtete. „Wie kann Rostoden bloß somas verlooßen!“

„Dabei hat er doppelt soviel gekostet als woanders!“ entrüstete sich Gerda. Alexander sprach im geheimen ein Dantgebete an Herrn Rostoden.

Kniephades Zorn war indessen nach dieser einmaligen physischen Auswirkung veriraucht. „Dein Blut!“ sagte er faustdrohend. Und dann schloß er seine Erziehungsarbeit psycho- logisch ab. „In jehst bringste Freilein Dellendahl nach Hause. Un menn de nich heestlich bist un se nich richtig hinbringst, denn jollste ma sähn! Denn hole ich an Stof von Meyern, da wern se schon besser find!“

„Auch das noch!“ knirschte Alexander bei sich. Aber da war nun nichts zu machen. Wenn sie jetzt nicht so anständig war und selbst verzichtete —

Fiel ihr aber gar nicht ein. Sie bedankte sich bei Kniephade, bedankte sich, das Luder! Und ehe man sich verah, stand man mit ihr draußen auf der Straße.

Hier hielt es der Bierzehnjährige trotz seiner todenden Mut nun doch für geraten, die Sache nach außen hin von der optimistischen Seite und auf die überlegen leichte Achsel zu nehmen. „Pech hat der Olke gehabt, daß der Stof so schlecht war!“

„Es war ja auch der billigste!“ sagte Gerda.

„Ich denke, er war teurer als woanders?“ fragte Alexander misstrauisch.

(Fortsetzung folgt.)

vorläufig nicht zur Verhandlung gezogen werden kann, da er ja verhandlungsunfähig ist.

Stärker sichern konnte sich der Verlag doch wohl nicht als dadurch, daß er einen leidhaftigen Landgerichtsrat als Bearbeiter annahm, und nun soll ihm auch das nichts nützen?

Kommender Millionenprozeß in Halle. Bisher zwei Zimmer voll Akten.

Halle an der Saale wird noch in diesem Sommer der Schauplatz eines Kiefenbetrugsprozesses werden, der an Umfang, Zeit der Ermittlungen und Größe des bisher zusammengebrachten Beweismaterials in mancher Hinsicht mit dem Wormal-Prozeß verglichen werden kann. Die Voruntersuchung gegen Schönfeld und Genossen wegen der Millionenbetrügereien zum Schaden der Beuna-Werke steht unmittelbar vor ihrem Abschluß, nachdem der hallerische Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Jacoby, mehr als 1 1/2 Jahre zur Vorbereitung dieses Verfahrens tätig gewesen ist. Bis jetzt füllen die Akten, in denen das Ermittlungsergebnis niedergelegt ist, zwei Zimmer des Landgerichts Halle, so daß man schon hieraus mit Sicherheit prophezeien kann, daß die kommende Anklageschrift ein stattliches Buch darstellen wird. Wie erinnerlich, handelt es sich um die Schwindelkisten, die von dem Malermeister Schönfeld mit Hilfe von Angestellten der Beuna-Werke bei den regelmäßigen Bauaufträgen für das gewaltige Unternehmen begangen worden sind und die Schönfeld damals zu einem schätzbaren Mann gemacht haben. Grundstücke und Fabriken neben sonstigen Sachwerten sind aus seinem Besitz beschlagnahmt worden, um nach Entscheidung des schwebenden Straf- und Zivilprozesse zur Wiederergänzung des Schadens mit herangezogen zu werden. Das Hauptverfahren dürfte, falls nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten entstehen, im Laufe des Sommers vor der Strafkammer des Landgerichts Halle durchgeführt werden.

An der Stätte der Sorgen.

Das Hauptversorgungsamt in der General-Pape-Strasse ist heute ein wichtiger Faktor im Wirtschaftsleben der Kleinsten, Witwen und Waisen. An dieser Stelle hielt vor kurzem vor Berliner Pressevertretern Ministerialrat Dr. Hartzold einen Vortrag über „Versorgungswesen und Versorgungsrecht“.

Nach einem Ueberblick über die Entstehungsgeschichte des Reichsversorgungsgesetzes, das die Grundlage für alle Arten Versorgungsansprüche bildet, führte er u. a. aus: Wesentlich ist, daß das Reichsversorgungsgesetz neben der Geldleistung in Form einer Rente die Sachleistung der Heilbehandlung gebracht hat. Zum erstenmal in der deutschen Gesetzgebung hat das Reichsversorgungsgesetz den Rechtsanspruch auf Heilbehandlung festgelegt. Als Nebenleistungen sind Krankengeld und Hausgeld zu erwähnen. Die Hinterbliebenenversorgung gliedert sich in „Witwen-, Waisen- und Elternrente“. Beim Tode von Hinterbliebenen wird Sterbegeld gezahlt. In der letzten Novelle zum Reichsversorgungsgesetz sind auch besondere Erziehungsbeihilfen für Kriegswaisen geschaffen worden. Statt einer Rente kann auch eine Kapitalabfindung gegeben werden. Das Reichsversorgungsgesetz erkennt ferner einen Anspruch aus sozialer Fürsorge an, und zwar sowohl für Kriegsbeschädigte wie für Hinterbliebene. Die Gesamtzahl der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten betrug im Jahre 1928 791 291. Unter den versorgungsberechtigten Hinterbliebenen waren 1928 372 001 Witwen, 797 531 Waisen und 261 229 Eltern. Versorgungsberechtigte Kapitalisten gab es im gleichen Jahr 58 917. Die Zahlen für Beschädigte, Kapitalisten und Eltern sind, verglichen mit den gleichen Zahlen der Jahre 1924 und 1926, nach im Steigen begriffen. Eine Abnahme zeigt sich lediglich bei den Waisen. Eine sichtbare finanzielle Erleichterung ist jedenfalls in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Das Versorgungsverfahren ist in durchgreifender Weise neu geregelt und vereinfacht worden. Der Schwerpunkt der Versorgung liegt bei den Ortsbehörden, bei den für die Beteiligten am leichtesten zu erreichenden Versorgungsämtern. Als besondere Erleichterung ist von den versorgungsberechtigten die Einrichtung der Versorgungsgerichte mit dem Reichsversorgungsgesetz als oberster Instanz empfunden worden.

Die Sachausgaben in Gestalt von Renten, Ruhegehältern, Hinterbliebenenbezügen, Kosten des Heilverfahrens belaufen sich auf 1 433 284 000 M., der Gesamtverwaltungsaufwand auf 57 937 000 M.

Ueber „Zuständigkeit und Gliederung des Hauptversorgungsamts Berlin“ sprach Direktor Freydt. Das Hauptversorgungsamt Berlin ist zuständig für die versorgungsberechtigten in Berlin, der Provinz Brandenburg und den außereuropäischen Ländern. Die Zahl der zum Hauptversorgungsamt Berlin zuständigen versorgungsberechtigten beträgt über 300 000, der monatliche Geldbedarf 19 Millionen Mark. Rund 1200 Personen sind als Beamte, Ärzte, Arbeiter und Angestellte im Hauptversorgungsamt Berlin tätig. Die Zahl der im verflochtenen Jahr eingegangenen Anträge betrug 60 000, die der täglichen Eingänge 5500. Dann gab Oberregierungs-Medizinalrat Professor Dr. Danzauer einen Ueberblick über den ärztlichen Dienst und die versorgungsarztlichen Einrichtungen im Bereich des Hauptversorgungsamts Berlin. Der ärztliche Dienst bei den Versorgungsämtern ist in erster Linie gutachtlicher Natur. Unter dem ärztlichen Gutachterstab befindet sich seit kurzem auch eine Ärztin. — An die Referate schloß sich ein Rundgang durch das Kranken-

Ideale Großsiedlung vor Potsdam?

Projekt von Professor Gropius.

Der Leiter des Bauhauses, Professor Gropius, hat mit Dipl.-Ing. Fischer bei dem Wettbewerb der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen den ersten Preis für einen Entwurf erhalten, der jetzt durch eine neu zu bildende Gesellschaft „Großsiedlung G. V.“ Wirklichkeit werden soll. In einer Pressebesprechung haben die beiden Architekten ihre Pläne vorgelegt.

In der Nähe Berlins, an der Potsdamer Bahnstrecke, soll eine Siedlung für 5400 Familien gebaut werden. Neuartig an diesem Bauvorhaben ist der Versuch einer Verbilligung der Mieten. Die Architekten haben die Wohnungsmieten nicht nach den Baukosten gestaffelt, sondern nach genau errechneten Einkommensverhältnissen. So ist für den kleinsten Wohnungstyp von zwei Zimmern eine Miete von 460 M. pro Jahr eingelegt. Nach ihren Berechnungen kostet der Bau der Siedlung und die Einrichtung aller notwendigen Verkaufsstellen und Betriebseinrichtungen, wie Kraftwerk, Heizwerk und Warmwassererzeugung 44 Mill. M. Jährlich sind für Zinsenlast, Amortisation und Verwaltungskosten 4 480 000 M. aufzubringen. Durch Mieten werden nur 1,7 Mill. M. einkommen, 2,7 Mill. M. sollen die Wirtschaftsbetriebe, Reingewinn des Heizwerks, des Kraftwerks, die Wäscherei, die Lebensmittel-, und anderer Geschäfte aufbringen.

Die niedrigen Mieten sind nur möglich, wenn die Mieter bei den in der Siedlung eingerichteten wirtschaftlichen Unternehmungen ihren Bedarf an Lebensmitteln und sonstigen zum täglichen Bedarf gehörenden Gegenständen decken. Die Läden werden alles enthalten, was die Mieter brauchen. Die Siedlung soll ferner noch Kino, Theater, Gesellschaftsräume, Restaurationen, Regelbahnen, ein großes Schwimmbad,

Sport- und Turnhallen, bekommen und es sollen auch sonst alle Einrichtungen geschaffen werden, die die Bewohner der Siedlung von dem Verkehr mit der Großstadt unabhängig machen. Das Ganze soll eine Stadt von etwa 23 000 Einwohnern werden, die in sich geschlossen ihr eigenes Dasein führen kann. Damit auch ein Anreiz besteht, in diesen Verkaufsbetrieben den Warenbedarf zu decken, erhält jeder Bewohner der Siedlung einen bestimmten Rabatt. Die Rabatimarken sind innerhalb der Siedlung valid, sie können bei Mietzahlungen oder anderen Einkäufen verwandt werden. Die Architekten nehmen nun an, daß die Siedler 50 bis 75 Proz. ihres Einkommens in den Warenvertriebsstellen ausgeben. Nach genauen Statistiken wollen sie errechnet haben, daß mindestens ein Reingewinn von 2,7 Mill. M. zu erzielen wäre. Wenn das Elektrizitätswerk soll dadurch, daß die erzeugte Dampfmenge als Heizung für die Wohnungen verwandt wird, einen Ueberschuß von 1,4 Mill. M. bringen. Die Siedlung wird besonders Kleinstwohnungen von 2 bis 2 1/2 Zimmern haben. Die Küchen werden heißwasser erhalten, ferner modernste elektrische Küchenherde. Gefocht, gebraten und gebacken wird mit billigem Strom, sieben Pfennige für die Kilowattstunde. Der Strom wird in einem eigenen Kraftwerk erzeugt. Jede Wohnung der Siedlung hat Fernsprechananschluß. Innerhalb der Großsiedlung kann jeder Bewohner kostenlos über die Zentrale der Siedlung sprechen.

Die Siedlung soll mit deutschem und amerikanischem Kapital erbaut werden. Verhandlungen mit Banken sind schon eingeleitet.

Man braucht nicht zu zweifeln, daß die Siedlung entstehen wird. Was aber von der in Aussicht gestellten weitgehenden Wohnungskultur in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann, wird die Zukunft lehren. Das Rabatimarken-Experiment erscheint ganz undiskutabel. Warum keine Konsumgenossenschaft? Das Ganze ist beinahe zu schön, um wahr zu werden.

Arbeiterbildungsschule

Sonntag, den 17. März, vormittags 10 Uhr, im Berliner Rathaus, Eingang Königstraße, erster Vortrag im Rahmen der

Kommunalsocialistischen Vortragsreihe,

Verfassung und Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Berlin. Bürgermeister Paul Hirsch, M. d. L., Dortmund. Mitgliedsbuco SPD, legitimiert. 145 Geld nicht erhoben.

buchlager, in dem allein über 30 Millionen Krankenpapiere aufbewahrt werden, und die Untersuchungsstelle an, bei dem man Gelegenheit hatte, sich von den Ärzten über die Einrichtungen näher unterrichten zu lassen.

Benzineexplosion im Kanalschacht.

Altentkochen (Westerwald), 14. März.

Durch eine heftige Explosion ist hier der innere Stadteitel stark erschüttert worden, so daß sich der Bevölkerung eine große Aufregung bemächtigte. Von einer Tankstelle war Benzol in den Kanal gepumpt worden, da man offenbar glaubte, es mit eingedringendem Wasser zu tun zu haben. Dieses Benzol war in Brand geraten und auf einer Strecke von etwa 500 Metern im Kanalschacht explodiert. Zahlreiche Fensterscheiben wurden zertrümmert. Die zentnerschweren Deckel der Kanalschächte flogen meterhoch in die Luft, um im nächsten Augenblick auf der Straße zu zerplatzen. Wie durch ein Wunder sind Menschenleben nicht zu beklagen. Lediglich ein junges Mädchen und ein junger Mann sind leicht verletzt worden. An zahlreichen Häusern ist erheblicher Sachschaden entstanden.

Feuer in einer Gemeindeschule.

Die Feuerwehr wurde am Mittwoch kurz nach 14 Uhr nach der 107. Gemeindeschule in der Genhiner Str. 4 alarmiert. Dort war in einem Klassenzimmer des zweiten Stockwerks Feuer entstanden, das größeren Umfang anzunehmen drohte. Wegen der sehr starken Verqualmung war es zunächst nicht möglich, den Umfang des Brandes zu erkennen. Das Klassenzimmer mit sämtlichen Bänken und Schränken brannte völlig aus. Ein Uebergreifen auf die anderen Stockwerke konnte glücklicherweise rechtzeitig verhindert werden. Die Aufräumungsarbeiten dauerten mehrere Stunden und eine Brandwache blieb an der Brandstätte zurück. Die Entstehungsurache konnte noch nicht geklärt werden.

Der Stiefblindbezirk Lichtenberg.

Man schreibt uns: Zu Ihren in Nr. 121 erschienenen Ausführungen „Lichtenberg, das Stiefblind Berlins“ möchte ich mich auch einmal äußern. Die Verkehrsverhältnisse in der Boghagener Straße haben seit Verlegung der Linie 13 nach Klingenberg einen geradezu katastrophalen Charakter angenommen. Die einzige Verbindung nach Neu-Lichtenberg ist die Linie 76, deren Wagen aber zu jeder Tageszeit überfüllt sind. Die Betriebsaufseher und Schaffner verteidigen die Fahrgäste, daß im Frühjahr wieder die alte Linie 26

verkehren soll, aber diese Versprechungen wurden schon im Jahre 1923 gemacht, und es sind seitdem bereits volle vier Jahre vergangen. Auch die Berliner Verkehrs-Gesellschaft scheint sich nicht um die unhaltbaren Zustände im 17. Bezirk zu kümmern. An wen sollen wir Lichtenberger uns noch wenden, wenn diese Verkehrs-Gesellschaft für diese Fragen taub ist?

Ein Opfer des brüchigen Eises.

Am Dienstag nachmittag lief der 11jährige Zögling des Kinderheims Ralchow, Bruno Schubert, auf das nasse Eis des Ralchower Sees. Dabei geriet das Kind auf eine dünne Stelle und brach ein. Passanten wurden auf die Hilfe rufe aufmerksam, konnten aber selbst keine Hilfe bringen. Als die freiwillige Feuerwehr anrückte, war der Junge bereits untergegangen. Unter großen Schwierigkeiten gelang es, den verunglückten Knaben zu bergen, doch blieben Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. Dieser neuerliche Fall sollte allen Eltern und Erziehern eine Mahnung sein. Kindern vor Betreten von Eisflächen, die sich in ihrer Beruhigungsperiode überall eine große Gefahr bilden, zu warnen.

Der Schwermertliche Mörder, der vom Landeshauptamt Berlin als ein Lastertrüge verurteilt wurde, anerkannt ist, gibt am Sonntag, 17. März, nachmittags 4-6 Uhr, im Kongressaal der Hochschule für Musik, Charlottenburg, Potsdamerstraße, ein Violinliedertongert unter Leitung seines Vormehlers Vinhard Klau.

Viele glauben

daß der milde Geschmack des Kaffee Hag auf die Entziehung des Coffeins zurückzuführen ist. Das ist aber ein Irrtum. Das Coffein hat mit dem Geschmack des Kaffees nichts zu tun.

Milde Kaffees gelten beim Kaffeefachmann als die feinsten. Kaffee Hag schmeckt besonders mild, weil das auf den Bohnen befindliche überreichende und unverdauliche Kaffeewachs mit entfernt wird. Zu dieser Milde im Geschmack gesellt sich beim Kaffee Hag das wundervolle Aroma. Außerdem ist er vollkommen unschädlich.

Machen Sie noch heute einen Versuch. Sie werden auf das angenehmste überrascht sein.

Überall

Rama butterfein

Margarine

die meistgekauften Margarine-Marke Deutschlands. Gibt es einen besseren Beweis für Qualität?

1/2 Pfd. 50 Pfg.

Zweifler heraus!

Ein herrlicher moderner, gut
verarbeiteter, tadellos sitzen-
der Anzug kostet bei uns

M. 59⁰⁰

Sorgen Sie sich nicht darum,
wie wir das machen, aber über-
zeugen Sie sich davon, daß Sie
bei uns mehr bekommen, als Sie
für Ihr Geld erwartet hätten!

Ganz besonders an alle
Zweifler richten wir
die Aufforderung:



GEHEN SIE ZU C&A

Königstraße 33 **Chausseestr. 113**
Am Bht. Alexanderplatz **Beim Berliner Bahnhof**

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Am 10. März, früh 2 1/2 Uhr, verschied
plötzlich und unerwartet mein lieber, herzenguter
Mann, unser Sohn, Bruder, Schwieger-
sohn, Schwager und Onkel

Bruno Heinrich

Schliemannstr. 13,

im blühenden Alter von 29 Jahren.
In tiefer Trauer

Die Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet am Montag, dem
18. März, 10 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichte-
straße 37-38 statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Schloffer

Martin Heusterberg

geb. 7. Dezember 1884, am 11. März
1927 gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag,
dem 16. März 1929, nachm. 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Himmelstempel-
Kirchhofes in Nordend aus statt.

Am 11. d. M. verstarb unser Kollege,
der Zulager

Hermann Wegner

geb. 16. Februar 1870, an Scharlach.

Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, dem 16. März 1929, nachm.
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Thomasfriedhofes, Neuteltow, aus statt.

Am 10. d. M. verstarb unser Kollege,
der Klempner

Artur Schmidtke

geb. 5. April 1892, an Unfall.

Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, dem 16. März 1929, nachm.
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Städtischen Kirchhofes, Reinickendorf,
Dumboldstraße, aus statt.

Am 10. d. M. verstarb ferner unser
Kollege, der Schloffer

Bruno Heinrich

geb. 26. April 1900.

Die Beerdigung findet am Montag,
dem 18. März 1929, 10 1/2 Uhr, im
Krematorium Berlin, Gerichtstraße,
statt.

Gere ihrem Rabenfen!
Kege Beteiligung wird erachtet.

Die Osterwölfe

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, d. 15. 3. **Staats-Oper**
Unter d. Linden
A.-V. 68
18 1/2 Uhr

Siegfried

Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
R.-S. 62
20 Uhr

**Der fliegende
Holländer**

Staats-Schiller-Theater, Charlth.
20 Uhr
Kalkutta, 4. Mai

Komische Oper (8 1/2)
Die große Revue
**Paradies der
süßen Frauen!**
100 Mitwirkende.

**Winter
Garten**

8 Uhr Rauchen erlaubt
Internat. Varieté.
Sonnabend und Sonntag
je 2 Vorstellungen
3^o und 8 Uhr. 3^o kleine Preise.

Gr. Schauspielhaus 8 | Metropoltheater 8
Künstlerische Leitung:

ERIK CHARELL

**Der liebe
Augustin**

von Bernauer und Welich
**Alfred Braun
Mady Christians**

Trude Lieske
Siegr. Arno
Paul Morgan
Paul Westermeyer
Gustav Matzner

Nazimane Winkelstern
Irene Brink
Grete Walter / Hans Sommer
Katharina Gierl
Johanna Gierl

Assistenten:
Professor
Ernst Stern

Sonntag 3 Uhr ungek.
Vorstellung
Kleine Preise
Nachm. 3 Uhr
New auf Elektro

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr

Kreuznahme

Theater am
Schillhauerdamm
8 Uhr

**Die Krankheit
der Jugend**

Thalia-Theater
8 Uhr

Oelrausch

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr

**Kalkutta,
4. Mai**

Staatsober am Platz
der Republik
8 Uhr

**Der fliegende
Holländer**

Theater am
Schillhauerdamm,
Norden 1141 u. 281.
Täglich 8 1/2 Uhr

Krankheit der Jugend
von Ferd. Bruckner
insz. Gust. Hartung.

**Die lustigen
Weiber von Windsor**
von Shakespeare
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
D.L. Norden 12310
8 1/2 U., Ende geg. 10

Die Ursache
Schauspiel
v. Leonhard Frank
Regie: Hans Deppe

Die Komödie
11 Bismck. 2414/7516
7 1/2 U., Ende geg. 10

**Wann kommt
Du wieder?**
Komödie
von S. Maugham.

Regie:
Gustaf Gründgens
Bühnenbilder:
Erich E. Stern

Barnowsky - Bühnen
Theater in der
Königsplatz Straße
Täglich 8 1/2 Uhr

**Revolte im
Erziehungstraum**

Komödienhaus
Täglich 8 Uhr

**Die Drei-Groschen-
Oper**

Theater am
Kollenderplatz
Täglich 8 1/2 Uhr

**Das Geld auf
der Straße**

Thalia-Theater
Irsdenser Str. 72-77
8 Uhr

„Oelrausch“

SCALA

8 Uhr 8 1/2 Barbarossa 9256
Joana Selim / Gr. Ralph Benatzky
Berthoff u. Eulalia / Jack Stanford
und die übrigen Attraktionen!!

**Sonnabends u. Sonntags
je 2 Vorstellungen**

3^o und 8 Uhr — 3^o zu ermäßigten
Preisen das ganze Programm

PLAZA
Am Köstritzer Platz

Alex. 8666 68
Täglich 5 und 8 1/2
Sonntags 2, 5 und 8 1/2

Sonnabend und Sonntag
4 Mittliche Vorstellungen
ausverkauft.

Karten 8 Tage im voraus

Reichshallen-Theater
Steffiner Sänger

Das neue März-Programm!
Komponisten im Olymp.
Anfang 8, Sep. Nachm. 3 U
Billetbestellungen
Telephon: Zentrum 11263.
Nachm. halbe Preise.

Dönhoff-Brettli:
Familien-Varieté / 10 große Nummern.

Berliner Ulk-Trio
Neukölln, Lahnstr. 74/76

ASPHALT

Ein Joe-May-Film der
Erich-Pommer-Produ-
ktion der Ufa

Regie: **Joe May**
Hauptdarsteller:
**Gustav Fröhlich
Betty Amann**
Hans Adalbert Schietow
Albert Steinrück
Elio Heller

Ein großer Film — groß im
Spiel, groß im Wert, in der
Knappheit der Herstellung, pak-
kend und mitreißend...
mit Wucht erzählt, groß und
berechtigt der Beifall.

Beri. Lokalanzeiger
Wochentags: 7¹⁵ 9¹⁵
Sonntag: 5¹⁵ 7¹⁵ 9¹⁵

UFA-PALAST AM ZOO
Neukölln 12-0 im Uh-Palast (S. S. Barbara 977) und bei S. Wehler

Berliner Theater
Direkt. Heinz Herald
Charlottenstraße 90
A. T. Dönhoff 170

Letzte Vorstellungen
8 Uhr 8 1/2 Uhr
3 X Hochzeit
(Able's Irish Rose)

Lessing - Theater
Täglich 8 1/2 Uhr

**Maria Orska in
„Das Veilchen“**

**Die Medaillen
einer alten Frau**

Trianon-Th.
Täglich 8 1/2 Uhr

**Der Herzog und
die Sünderin**
mit Erka Silbner
und Martin Kettner

Rundfunkbüre
nahe
Sonntg. nichm. 4 Uhr
zu kleinen Preisen

Rosa-Theater
Lustigstr. 9-13
8 1/2 Uhr

Der Obersteiger

**CIRCUS
BUSCH**

Tägl. 8 Uhr
12 neue 12
Circustrakt.
und
„Ital. Nächte“
Cliff Aeros
kommt.

**8 1/2 Theater
des Westens**

Sonntag
auch 10 1/2 Uhr

**Der größte
Erfolg Berlins
Friederike**

Wulf von Ceder
Erika
v. Zehlmann

**Kari Siegler,
„Das Veilchen“**

Stoosover, Wilbur,
Dora, Foster,
Bosermann, Ber.
Halle ununterbr.
Steinpl. 931 u. 7150

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:

Kurt Goetz,
Valerie v. Martens
Paul Otto

in
„Trio“

Lustig v. Leo Lenz
Regie: Friedmann-
Friedrich.

Planetarium
am Zoo
Januar, November etc.
Noll. 1578

16 1/2 Uhr Sternbilder
des Frühjahrs
18 1/2 Uhr Sternbilder
und Weltbau
20 1/2 Uhr Wunder des
südlichen Himmels
Tägl. außer Montags
u. Mittw. Erwach.
1 Mk., Kinder 50 Pl.
Mi. tw. Erwachene
50 Pl., Kinder 25 Pl.

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr
wiederaufzutreten

Guido Tielscher

**Weekend
im Paradies**

Renaissance - Theater
Hardenbergstr. 8. Tel.: Steinf. 901 u. 3583 84

8 1/2 Uhr. Zum 85. Male: 8 1/2 Uhr:
„Das große ABC“
von Marcel Pagnol

Reg. Gust. Hartung. In Premierbestg.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lottaringer Straße 37.

Neu! **„Eine ungeliebte Frau“**

und ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutschein 10r 1—4 Pers.
Fauspiel nur 1.15 M., Sessel 1.65 M.,
sonstige Preise: Parkett u. Rang 4.00 M.

Theater a. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 8. Tel. Mpt. 18077

Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm. 3 Uhr (ermäßigte Preise)

Elite-Sänger
u. a. „Die Schönheitskönigin“
verbunden mit Modenschau.
Allgem. Preisersatzung auf allen Plätzen

Otsch. Künstler-Th.
8 1/2 Uhr

Der Zinker
v. Edgar Wallace

durch Rita Hellas
Preise 1—10 Mark

Rind- u. Schweine-Schlächtere

Max Jobski
Putbusser Straße 6
Qualitätsware / Billigste Preise

Kupferhauffe / Mansfeldgewinne.

Neue Leistungssteigerung der Belegschaften. / Der drohende Lohnkonflikt.

Die Mansfeld A. G. für Bergbau und Hüttenbetriebe in Eisleben ist als Besitzer eigener Kupferbergwerke eines der wenigen Unternehmungen in Deutschland, die an der sprunghaften Preissteigerung des amerikanischen Kupfermarktes wirkliche Freude haben mußten. Schon in der kürzlich veröffentlichten Mitteilung der Verwaltung, die die wichtigsten Abschlußziffern für 1928 enthielt, bemühte sich die Gesellschaft, den in der Öffentlichkeit bestehenden Eindruck hoher Sondergewinne zu verwischen. Diese Politik, die in dem bestehenden Lohnkonflikt mit den Belegschaften ihren besonderen Grund hat, legt die Verwaltung in dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht und der Bilanz konsequent fort.

Der ausgewiesene Gesamtertrag hat sich von 12,6 auf 13,2 Millionen erhöht, dem bemerkenswerterweise eine Senkung der Unkosten von 6,2 auf 6,1 Millionen Mark gegenübersteht. Der ausgewiesene Reingewinn liegt mit 2,8 Millionen nur unwesentlich über dem des Vorjahres, da die Jahr für Jahr herausgehobten Abschreibungen auch diesmal wieder um etwa 700 000 Mark auf 4 Millionen erhöht worden sind. Was in den letzten beiden Jahren nicht eine Dividende von 7 Proz. verteilt. Diese Gewinnrechnung wird von der Verwaltung im Geschäftsbericht dahin ergänzt, daß die Mehrgewinne aus der Kupferpreissteigerung größtenteils durch Erhöhung der Selbstkosten infolge gestiegener Löhne, Gehälter und Soziallasten aufgezehrt worden sei und sich der Mehrertrag nur auf 600 000 Mark belaufe. Die Mansfeldverwaltung ist bei der

Begründung verschwundener Mehrgewinne

von jeder großzügig vorgegangen. Auch diesmal wird sie die Öffentlichkeit und ihre Belegschaften kaum davon überzeugen, daß ihre etwa 4 Millionen Mark Mehrgewinne aus der Kupferpreissteigerung in erhöhten Selbstkosten aufgegangen sind. Dem steht einmal entgegen, daß die allgemeinen Unkosten sich infolge der Rationalisierung gesenkt haben und ferner, daß die Gesellschaft im vergangenen Jahr, als ihr das Sondergeschenk der Kupferhauffe noch nicht in den Schoß fiel, nicht weniger gut verdient hat.

Der größte Teil der Mehrgewinne muß daher in stillen Reserven verschwunden sein, die besonders in dem sehr niedrig ausgewiesenen Vorratsposten ruhen dürften. Der Vertreter von Mansfeld war auf einer Pressebesprechung auch so offen, zuzugestehen, daß die Bilanz soziale Reserven und Rückstellungen aufweise, daß größere Verluste bei Beteiligungen der Gesellschaft, so z. B. die Millionenforderung bei der pleite gegangenen chemischen Fabrik Johannisthal ohne weiteres gedeckt werden können.

Aus dem Betriebsbericht geht hervor, daß die Rationalisierung sich auch im letzten Jahr in einer bedeutenden Steigerung der Belegschaftsleistung ausgemerkt hat. So ging u. a. die Streibauer-Belegschaft um fast 7 Proz. zurück, während die Förderung von Kupfererz von 582 700 Tonnen auf mehr als 600 000 Tonnen stieg. Die Kupfererzeugung aus Mansfelder Erzen ging im Berichtsjahr auf 20 716 Tonnen gegen 23 038 Tonnen im Vorjahr zurück, was darauf zurückzuführen ist, daß in den Zahlen für 1927 die Erzeugung aus dem beim Abbruch der alten Hütten vertriebenen Rückständen enthalten war. Die Kupfererzeugung aus fremden

Erzen belief sich auf 24 675 gegen 25 280 Tonnen. Aus dem gleichen Grunde wie bei der Kupfererzeugung lag auch die Silberproduktion mit knapp 113 000 Kilo etwas unter dem Ergebnis des Vorjahres.

In den Kupfer- und Messingwalzwerken des Konzerns konnten Erzeugung und Umsätze bedeutend gesteigert werden. Zum Jahresende lag ein gegen 1927 verdoppelter Auftragsbestand vor, der eine Beschäftigung der Betriebe auf vier Monate hinaus sicherstellt. Die Förderung der Steinkohlenzechen blieb mit 1,16 Millionen Tonnen stabil, während die Kohlenförderung in den Braunkohlenwerken von 1,9 auf 2,19 Millionen Tonnen stieg und sich die Produktion von Bricketts um mehr als 100 000 auf 670 000 Tonnen steigerte.

Trotz dieser Produktionssteigerung hat sich die Belegschaft auch im letzten Jahr von fast 23 000 auf 22 641 Mann vermindert. Berücksichtigt man, daß Mansfeld schon im Jahre 1925 trotz eines Belegschaftsabbauens um 2000 Mann so gut wie keinen Produktionsrückgang aufzuweisen hatte, und daß sich in den letzten drei Betriebsjahren trotz Jahr für Jahr gewachsener Produktion die Gesamtbelegschaft nochmals um rund 2000 Mann verringerte, so wird die enorme Leistungssteigerung der Belegschaft in den sämtlichen Mansfeldbetrieben ersichtlich.

Der Kampf um die Löhne.

Die Mansfeldverwaltung darf es also nicht riskieren, gegenüber den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiterschaft das Argument der wirtschaftlichen Notlage auszuspielen. In ihrem Geschäftsbericht weist die Direktion darauf hin, daß der Durchschnittslohn der Streibauer seit Dezember 1927 von 7,56 M. auf 8,61 M. im Dezember 1928 gestiegen sei. Für die Gesamtbelegschaft seien die entsprechenden Zahlen 6,08 M. bzw. 6,77 M.

Bei diesen allgemein hingeworfenen Durchschnittszahlen übergeht die Mansfeldverwaltung bewußt die Tatsache, daß heute noch Förderleute im Prämiengebäude 5,40 M. pro Schicht verdienen, und daß sie einem Teil ihrer Belegschaften Tariflöhne von 4,70 M. je Schicht zahlt. Daß eine Anzahl Arbeiter durch Unfortspitzenleistungen mehr verdient, wollen wir der Mansfeldverwaltung nicht abstreiten. Jedoch wird sie andererseits die Tatsache nicht magelnen wollen, daß sie mit die schlechtesten Löhne im mitteldeutschen Bergbau zahlt und daß besonders bei dem Stamm ihrer qualifizierten Arbeiterschaft die Abwanderung in andere Betriebe fast bedrohliche Formen angenommen hat. Die Vertretung der Arbeiterschaft wird bei den kommenden Verhandlungen der Gesellschaft auch die Rechnung der Kupfergewinne für das neue Jahr 1929 vorlegen, die sich bei Mansfeld aus der seit Januar laufenden sprunghaften Erhöhung der Kupferpreise auf mindestens zwei bis zweieinhalb Millionen Mark Sondergewinne belaufen dürften.

Ein Mitglied der Mansfeldverwaltung hat kürzlich erklärt, daß der Mansfeldkonzern es bei den kommenden Verhandlungen an gutem Willen nicht fehlen lassen werde. Die Belegschaften von Mansfeld haben in den letzten Jahren oft schöne Worte von der Verwaltung zu hören bekommen, auf Taten warten sie aber heute noch.

Ein kleines Beispiel.

Wie Bauern und Verbraucher zusammenkommen können.

Während der Reichslandbund immer wieder durch neue Forderungen Stimmung unter der Landbevölkerung zu machen versucht, haben sich viele Landwirte zu einer anderen Auffassung über die Natur der landwirtschaftlichen Krise durchgerungen. Der Gedanke, die in vielen Fällen gedrückten landwirtschaftlichen Erzeugerpreise durch Verminderung der Handelsgewinne zu steigern, ohne die Kleinverkaufspreise zu erhöhen, gewinnt immer mehr an Boden. Erklärlicher Weise sind es die Tatkräftigsten in der Landwirtschaft, die sich zu den neuen Wahrheiten bekennen und die den Mut aufbringen, sie zu verwirklichen. Vorläufig handelt es sich immer noch um Versuche, um ein Abtaufen der ganzen Lage. Der Erfolg dieser Bestrebungen ist aber das ausschlaggebende, denn er wirkt als erzieherisches Beispiel. Wie sich die neuen Ideen allmählich in der Landwirtschaft durchzusetzen beginnen, darüber berichtet ein Schreiben, das uns aus einem landwirtschaftlichen Bezirk in Mitteldeutschland zugegangen ist. Wir geben die wichtigsten Stellen deselben wieder:

„In unserem Bezirk kommt die Landwirtschaft für ihr Vieh von den Händlern bzw. den Fleischern nur außerordentlich schlechte Preise erhalten. Sie lagen in der Regel 10 M. unter der Marktnote. Besonders litt die Kleinbauern unter diesem Mangel. Um dem Uebel abzuhelfen, verhandeln die in Frage kommenden Landwirte mit der Fleischerinnung der nächsten größeren Industriestadt; sie wollten durch direkte Verkäufe an die Verbraucher oder das verarbeitende Gewerbe Preisverbesserungen erreichen. Die Annahme wollte aber das von ihr gebrauchte Vieh nicht direkt von der genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft abnehmen und lehnte ein entsprechendes Angebot der Landwirtschaft rundweg ab.

Darauf gingen die Landwirte zu den Konsumgenossenschaften. Diese erklärten sich sofort bereit, wöchentlich einige hundert Stück Großvieh abzunehmen, und zwar zu denselben Bedingungen, die den Konsumgenossenschaften bisher von den Viehaukäufern gestellt wurden. Die Tiere werden nach dieser Regelung nach Schlachtgewicht und Qualität bezahlt.

Die zwischen Landwirten und Konsumgenossenschaften vereinbarte Organisation klappte von Anfang an, und die Landwirte unseres Kreises verkaufen jetzt ihr Vieh durch eine Viehverwertungsgenossenschaft direkt an die Konsumgenossenschaften. Der Zwischenhandel ist ausgeschaltet.

Der Erfolg zeigte sich sofort. Früher lagen die Viehpreise in unserem Kreis weit unter der Berliner Note. Heute stehen sie über Berliner Note. Eine vorgenommene Umrechnung ergab, daß sich die Viehpreise durch bloße bessere Organisation um einen Betrag steigerten, der einer Zollerrhöhung von mindestens

12 bis 20 M. pro Doppelzentner Lebendvieh entspricht. Das ist mehr, als unsere gegenwärtigen Zölle betragen. Dabei sind die Fleischpreise für die Konsumenten nicht erhöht worden. Man kann die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise steigern, ohne die Konsumentenpreise zu erhöhen; notwendig ist dann aber die Ausschaltung eines ungesunden Zwischenhandels. Daron wird man nicht vorbeikommen.

Aber das Vorgehen der Landwirtschaft hat auch noch andere Folgen gehabt. Dafür nur ein Beispiel: In einer Versammlung von Landwirten wurde ein Abrechnungsbuch der Viehverwertungsgenossenschaft verlesen und gezeigt. Als ein Landwirt, der bisher der Viehverwertungsgenossenschaft noch nicht angeschlossen war, die gezahlten Preise hörte, stellte er fest: „Nach diesen Rechnungen habe ich vorige Woche meine Schweine um 40 M. zu billig verkauft.“ Die Versammlung stimmte ihm bei. So geht dem Bauer ein Licht auf, welche unbedeutend hohen Profite der Handel aus seiner Arbeit zieht. Auch die oben erwähnte Schlächterinnung hat sich nach dem Vorgehen der Konsumgenossenschaft eines besseren besonnen; vor kurzem erklärte sie sich nämlich bereit, ihren Viehbedarf bei der Viehverwertungsgenossenschaft zu decken.“

Soweit das uns zugegangene Schreiben. Gewiß, es handelt sich nur um ein Beispiel, aber man kann daraus ersehen, daß eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise ohne verbraucherfeindliche Maßnahmen, wie Zollerrhöhung und Einfuhrdrosselung, möglich ist. Würde die ganze deutsche Landwirtschaft dem Beispiel folgen, so könnte sie dadurch wirtschaftlich mehr erreichen als durch unsinnige und überpannende Zollforderungen. Diese wirken sich vielmehr als schwerste Verbraucherbelastung aus und verringern die Abgabemöglichkeit der Landwirtschaft!

Zusammenarbeit Preußen-Hamburg.

Hofengemeinschaft mit 10 Millionen Kapital.

Der Ende vorigen Jahres zwischen Preußen und Hamburg geschlossene Aufbaupakt für den Hamburger Hofen trägt die ersten positiven Früchte. Die „Hamburgisch-Preussische Hofengemeinschaft G. m. b. H.“ wird durch ein der Hamburger Bürgerschaft vorliegendes Gesetz begründet. Das Kapital der Gesellschaft wird 10 Millionen betragen, wozu die Partner je die Hälfte beitragen. Preußen bringt als Gegenleistung für seinen Kapitalanteil die zur Hofengemeinschaft gehörenden Gebiete und Anlagen ein. Hamburg zahlt zu den eingebrachten feinen Gebieten und Anlagen 30 Millionen Mark in bar hinzu. Ein vierzehnköpfiger Verwaltungsrat, auf drei Jahre berufen, wird von Preußen und Hamburg je zur Hälfte besetzt.

Karstadt-Riese wächst weiter.

Zur Warenhausfusion Karstadt-Lindemann.

Der größte deutsche Warenhauskonzern, die Karstadt-A. G., die in den letzten Jahren eine sehr aktive Rechtspolitik getrieben hat, hat jetzt auch den bekannten Berliner Warenhauskonzern, die Lindemann-A. G., aufgelesen.

Die Lindemann-A. G., die seit 1887 besteht und trotz ihrer Aktienform ein reines Familienunternehmen geblieben ist, konnte sich in den letzten sieben Jahren gleichfalls stark ausdehnen und ihren Waren- und Kaufhäuserbestand von 8 auf 14 Niederlassungen erhöhen. Der Aufbau der Lindemann-Organisation paßt sich in der Verteilung der provinziellen Niederlassungen der Karstadt-Organisation sehr gut an, so daß nur in zwei Fällen, in Spanbau und in Frankfurt a. M., durch eine Ueberführung eine Zusammenlegung von Niederlassungen notwendig wird.

Der Rechtszuwachs, den Karstadt durch diese Verschmelzung erhält, ist bedeutend. Karstadt selbst erzielte 1927 einschließlich seiner Einheitspreisläden einen Gesamtumsatz von 300 Millionen, zu dem jetzt noch der Lindemann-Umsatz mit etwa 60 Millionen hinzutritt. Bemerkenswert ist der hohe Preis, den Karstadt für die Uebernahme zahlt. Der Konzern gibt Lindemann 9,1 Millionen Aktien, die bei dem heutigen Börsenkurs einen tatsächlichen Wert von 26 Millionen herfordern, so daß Karstadt das übernommene Lindemann-Kapital von 8,8 Millionen mit rund 300 Proz. bewertet.

Mit dieser Verschmelzung ist Karstadt der weitaus größte Warenhauskonzern in Deutschland geworden. Die Umsatzziffern der letzten drei Jahre kennzeichnen die sprunghafte Entwicklung dieses Unternehmens. Während noch 1925 die Umsätze sich auf 165 Millionen beliefen und im folgenden Jahre auf 175 Millionen stiegen, betragen sie 1927 bereits infolge der damaligen Ausdehnungspolitik rund 300 Millionen. Für das Jahr 1928, dessen Abschluß noch aussteht, dürfte der Gesamtumsatz Karstadt-Lindemann die 400-Millionen-Grenze bei weitem übersteigen. Das Kapital von Karstadt, das 1926 von 34 auf 51 Millionen, sodann im vorigen Jahre auf 70 Millionen erhöht wurde, wird zur Durchführung der Lindemann-Fusion erneut, und zwar auf 80 Millionen, heraufgesetzt.

Konzentration des Tonfilm-Kapitals.

Die Gründung eines deutschen Tonfilmtrusts beschlossen.

Die Kapitalkonzentration in der jüngsten Industrie, der Tonbildfilmindustrie, macht rasche Fortschritte. In Deutschland bestanden bisher in diesem neuen Industriezweig zwei große Interessengruppen. Unter der Führung des Siemenskonzerns schlossen sich die A.G. und die gleichfalls kapitalstarke Schallplatten-Gesellschaft Polyphon A. G. in Leipzig in der Klangfilm G. m. b. H. zusammen, die den Apparatebau für die Tonfilmherstellung vereinigte, und auf der anderen Seite stand das Deutsche Tonbildsyndikat (Tobis), das die wichtigsten Weltpatente erworben hat und erst vor einem halben Jahre mit 10 Millionen Mark Kapital gegründet wurde.

Wie jetzt bekannt wird, haben sich diese beiden Gruppen zu gemeinschaftlicher Arbeit auf allen in Betracht kommenden Gebieten zusammengeschlossen. Mit dieser Konzentration sind die wichtigsten Weltpatente und Erfahrungen auf dem Gebiete des Tonfilms sowie die Apparatefabrikation in einer Hand vereinigt. Bei der Stärke der hinter diesen beiden Gruppen stehenden Kapitalmächte ist durch den Zusammenschluß das bisher stärkste Tonfilmunternehmen der Welt entstanden.

Trotz Kälte hohe Februarziffern für Roheisen.

Der Monat Januar hatte mit einer Roheisenerzeugung von 1 098 380 Tonnen eine überraschende Steigerung der Hochofenproduktion in Deutschland gebracht. Sie übertraf sogar die monatlichen Durchschnittsziffern in der Hochkonjunktur von 1927 um rund 6380 Tonnen.

So mußte für den Februar mit einem größeren Produktionsausfall gerechnet werden, um so mehr, als die Frostschäden mit ihrer geringeren Erzeugerleistung sich erst im Februar in ihrer ganzen Schärfe auswirkten und die Januarerzeugung durch die Novemberausfälle manchen noch künstlich hoch erschienen. Diese Erwartung ist nicht eingetroffen. Nach den in der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ veröffentlichten Ergebnissen belief sich die Roheisenerzeugung im Februar auf 981 693 Tonnen (28 Arbeitstage), so daß die arbeitsmäßige Erzeugung mit 35 061 Tonnen nur 1 Proz. unter den Januarziffern liegt und die arbeitsmäßigen Produktionsziffern in den guten Monaten Januar bis Oktober 1928 noch immer um 132 Tonnen übertraffen werden. Auch für die Beurteilung der Konjunktur sind diese erfreulichen Ziffern wichtig.

Die Zementindustrie erntet. Der große ostbayerische Zementkonzern, die Schlesiische Portland-Zementindustrie A. G. in Oppeln, der sich im Laufe des letzten Jahres auch in Mitteldeutschland festgesetzt hat, zahlt, wie im vergangenen Jahr, wieder 12 Proz. Dividende. Geschäftsbericht und Bilanz des Unternehmens liegen noch nicht vor, jedoch läßt sich aus der Herausgabe der Abschreibungen von 2,6 auf 3 Mill. bereits ersehen, daß die tatsächlichen Gewinne des Konzerns noch weit über denen des Vorjahres liegen. — Zugleich wird bekannt, daß die Norddeutsche Portland-Zementfabrik in Wismar ihre hohe Jahresdividende von 14 Proz. auch in diesem Jahr wieder ausschüttet.

6 Proz. Dividende bei der National Film A. G. Wie in den letzten beiden Jahren zahlt die National Film A. G. auch für das Geschäftsjahr 1927/28 wieder 6 Proz. Dividende. Durch hohe Sonderabschreibungen — insgesamt mit 170 000 M. fast um das Fünffache erhöht — liegt der ausgewiesene Reingewinn mit rund 90 000 M. nur unwesentlich über dem des Vorjahres. Im abgelauenen Betriebsjahr hat die Gesellschaft mit dem amerikanischen Unternehmen Warner Brothers Pictures einen Vertrag abgeschlossen, der den Amerikanern entscheidenden Einfluß in der Produktion wie auch im Vertriebs- und Verleihgeschäft der Gesellschaft einräumt.

Starkes Vordringen der deutschen Einfuhr ins Saargebiet. Die deutsche Einfuhr nach dem Saargebiet ist nach der amtlichen deutschen Außenhandelsstatistik im Jahre 1928 gegenüber dem Vorjahre mengenmäßig um rund 10 Proz., wertmäßig um rund 45 Proz., gegenüber 1926 sogar um mehr als 100 Proz., gestiegen. Sie betrug im Jahre 1926 54,2 Millionen, 1927 80,8 Millionen und 1928 115,5 Millionen Mark. Die Entwicklung zeigt deutlich, daß der Saarmarkt entgegen den Behauptungen der französischen Propaganda hinsichtlich des Warenbezuges immer mehr von Frankreich abtrüdt.

Landstörzer: Dunkle Geschäfte

Am voraus müssen Sie wissen, daß ich kein vollkommen ehrlicher Mensch bin und schon mehrere Sachen verbrochen habe, die nicht mit den ordnungserhaltenden Prinzipien des geruhigen Bürgers kollidieren.

Die Geschichte stellt mir auch ein recht mieses Zeugnis aus, aber trotzdem werde ich sie Ihnen erzählen.

Im Berliner Büchepal, in der Rinzstraße, stieß ich, vor einem der vielen Kinos, ein zerlumpter Bursche an und raunte mir unauffällig ins Ohr: „Na, wie is denn, Brillontring loofen, — janz billich, komm, tick dir se an.“

Ich habe eine krankhafte romantische Veranlagung, und meine sich langsam erregende Psyche witterte ein Abenteuer. Ich folgte ihm in einen schwach erleuchteten Hausflur. Er muß mich sofort als einen „ungefährlichen“ erkannt haben. „Tick je dir an, alle durch de Bank achthundert Karat, echte Diamanten. Alle Ringe frisch geklaut, reelle Ware. Eben man erst rausgekommen. Zwoe Jahre Zuchthaus gehabt. Allet echte Steene, kannst dir druff valassen.“

Er holte ein Stück Glas aus der Tasche und rührte eine tiefe Rille hinein. Dann zeigte er mir seinen Abschiedsstempel vom „Keg“.

„W würde se dir ja nich so billich lassen, Kollege, aba ich muß mir wieda vaduffin und da brauch ich Jasta. Rimm man eenen, du wirst dir dein janzes Leben dran amessieren. For fünf Emm hastn weg.“

Fünf Mark waren mein ganzer Reichtum, aber in mir regte sich plötzlich ein seltsam bekanntes, uraltes Gefühl, was wohl schon im Mittelalter die Menschen bewegt hat, mit mutigem Kaufmannsgeist,

auf gebrechlichen Fahrzeugen weite Meere zu überqueren. Vielleicht kann ich den Ring wieder wo anders für doppelt so viel Geld „verklappen“. Ich bezahlte fünf Mark, und der Ring verschwand in meiner Manteltasche.

Ich sah ihn mir nicht genauer an, den Brillontring. Devot grinsend verschwand der Bude.

Dann ging ich in das erste große Juwelieregeschäft. Der Juwelier nahm den Ring aus meiner zitternden Hand in Empfang.

„Sie wollen also wissen, wieviel wert der Ring ist,“ fragte er mich, „es ist ein echter Brillontring, achthundert gestempelt.“

Wir blies für eine Sekunde das Herz stehen.

Dann stieg er mit einem Mal, betrachtete den Ring durch eine Lupe und brach in ein Gelächter aus.

„Das ist ja eine ganz plumpe Fälschung,“ sagte er, immer noch lachend, „die Steine sind Stimul und statt der „500“ sind drei „5“. Zeichen in das Doublee gedrückt. Das Ding wird nicht mehr wie eine Mark fünfzig Pfennig kosten.“

Errötend steckte ich den kostbaren Gegenstand wieder in die Tasche und wandte mich, eine Entschuldigung stammelnd, wieder zur Tür.

Auf der Straße philosophierte ich:

„Fünf Mark, gleich zweihundert Brötchen, gleich zehn Broten, gleich zwanzig Gebäck im Amalienstift, gleich fünf Theaterkarten, dritten Ring Stehplatz — Ich habe die Reihe noch meiterlang verlängert. Dann habe ich mir fest vorgenommen, wieder ein ehrlicher Mensch zu werden.“

Else Möbus: Bis ins dritte und vierte Glied

Grau und diesig liegt der Himmel über der Stadt. Schneeflocke auf Schneeflocke tangt herab, legt sich den Leuten auf Hüte und Kleider und verwandelt graue Dächer und schmutzige Straßen in glitzernde, weiße Flächen. Auch auf dem großen Schulhof machen sie sich breit. Sie hüllen die alten Kastanienbäume in zarte, weiße Schleier und schütten sie auf die breiten Fensterbänke der Klassenzimmer. Aus dem letzten Erdemitter tönen laute Jubelrufe: „Es schneit! Es schneit!“ Und Kinderhände greifen in die Luft, um eine Flocke zu ergötzen. Und dann beugt sich eine junge Lehrerin über die Brüstung. Sie hält ein kleines Mädchen auf dem Arm und läßt es hinusschauen. „Sieh nur, Venschen, wie weiß alles geworden ist!“ Die Kleine strahlt und glänzt vor Entzücken, aber die Sprache will ihr nur schwer gehorchen. „Ree, nee,“ rufst sie, „da und da und da!“ Mitnehmen, mitnehmen!“ Die Lehrerin läßt das Kind bereitwillig eine Hand voll Schnee fassen, sie greift selbst hinein und legt der Kleinen einige Flocken auf das Köschchen. Das Kind aber lacht und jubelt laut. Rechts und links reden sich blonde und dunkle Köpchen in die Höhe, und strahlende Kinderaugen begrüßen das große Wunder des Winters.

Sie sind alle irgendwie benachteiligt, die kleinen Mädchen der Hülfschule. Verkrüppelte, schwächliche Kinder, rachitisch, verkrüppelt, unterernährt. Kinder tuberkulöser oder geschlechtskranker Eltern, im Alkohol gezeugt, oft selbst von Bier und Schnaps genährt. Bedauernswerte, daher als unerwünschte Last empfundene Wesen. Die zarteste und schwächliche von allen ist die kleine Vene, ein hübsches, feingliedriges Kind, das aber trotz seiner 11 Jahre wie eine fünfjährige aussieht. Sie ist die Tochter eines Kohlenhändlers, der sich zurzeit in einer Trinkerheilstätte befindet. Der Grovator ist an Syphilis gestorben. Das Veran macht dem Kinde unendliche Mühe. Die Last, daß sie zwei Hände und zehn Finger und nicht umgekehrt zehn Hände und zwei Finger besitzt, ist für Vene ein Problem gewesen, das sie monatelang beschäftigte. Jetzt kann sie mit großer Mühe einen kleinen Satz niederschreiben, wenn er sehr einfach ist und nur kleine Buchstaben enthält. In der letzten Zeit aber hat sie kleine Fortschritte zu verzeichnen, denn die neue Lehrerin, die seit Ostern die Klasse übernahm, hat das Kind ganz für sich genommen. Sie hängt lustige Bilder an die Wände, sie erzählt dröckliche Geschichten und erfindet scherzhafte Spiele, bei denen die kleine Vene aus dem Staunen und Lachen gar nicht herauskommt. Das verschüchterte, vernachlässigte Kind lebt auf. Die gefürchtete Schule wird ihr zur Erholung und Feierstätte. Aber auch Fräulein Swendson, die neue Lehrerin, fühlt sich rasch mit ihren kleinen Pflegebefohlenen verwaschen. Immer mehr überwindet sie die Scheu vor Verhältnissen, denen sie anfangs vollkommen fremd gegenüberstand, immer sicherer plaudert sie mit den Müttern, die sie gelegentlich aufsuchen.

An einem freien Nachmittage führt Fräulein Swendson den Entschluß aus, ihre kleinen Schülerinnen aufzusuchen, um einen Einblick in die Umwelt der Kinder zu gewinnen.

Ihr erster Besuch führt sie nach dem Norden der Stadt, in das alte Hafenviertel, wo die kleine Vene wohnt. Ueber eine häßliche, unaußere Brücke führt der Weg. Dann wird die Gegend fast ländlich. Unmittelbar am Wasser stehen einige alte, kleine Fischerhäuser. Auf der Treppe des ersten Häuschens aber sitzt still ein kleines Mädchen. Als Fräulein Swendson plötzlich neben ihm steht, fährt es nerods zusammen. Dann aber steigt ein Freudenstrahl über das bloße Gesicht, stürmisch faßt es die Hand der Lehrerin und zieht sie in die Stube. Drinnen sitzt eine schmale, kleine Frau an der Nähmaschine. Berlegen erhebt sie sich, um den unerwarteten Besuch zu begrüßen. Sie hat die gleichen sanften, dunklen Augen, den gleichen Ausdruck von Leid und Müdigkeit wie das Kind. Scheu und gepreßt gibt sie Antwort. Aber sobald das Gespräch auf den Zustand der kleinen Vene kommt, die inzwischen in die Küche gelassen ist, preßt sie die Lippen zusammen und schweigt.

„Ich bin immer eine gute Schülerin gewesen — auch meine Eltern waren gute Leute. . . ich weiß nicht, woher sie das hat,“ murmelt sie endlich. Mein Mann, ja, er ist seit einer Woche wieder daheim und arbeitet. Wie das alles so weit kam mit ihm? Ach, er ist im Grunde kein schlechter Mensch. Er hat Kohlen stromaufwärts geführt, und auf den Schiffen trinken die Männer eben Branntwein und —, sie bricht unvermittelt ab und lachst. „So eben läuten sie Feierabend im Hafen,“ sagt sie hastig, „er wird gleich hier sein. Sprechen Sie nichts darüber, sonst muß ich und das Kind es hüben.“

Draußen tönen schwere Schritte. Dann steht die breite Gestalt des Kohlenfahrers in der Tür. Die Lehrerin beugt sich, zu erklären, wer sie sei. Der Mann lächelt höhnisch und meint, sie

wolle sich wohl bei ihm über das Kind beklagen. Fräulein Swendson versichert in warmen Worten das Gegenteil, aber der Gesichtsausdruck des Mannes verschärft sich noch.

„Na, ich möchte sie nicht einen ganzen Morgen um mich haben,“ meint er. „Über das ist Geschmacksache. Veran wird sie wohl nie was Rechts.“ Aber noch fünf, sechs Jahre — dann soll sie sehen, daß sie einen Mann kriegt. Wenn sie mal verheiratet ist, merkt man ihr die Dummheit nicht mehr an. In der Ehe sind die Weiber alle gleich.“

Als die junge Lehrerin auf die Straße tritt, da steht die kleine Vene ganz nahe an der Uferböschung und schaut still und unbeweglich in das dunkle Wasser. Fräulein Swendson zwingt sich zu einem heiteren Wort, obwohl ihr etwas plötzlich kalt ans Herz greift. „Aber das Kind antwortet nicht.“

„Aber Venschen,“ sagt sie endlich, „freust du dich denn gar nicht, daß ich auch nun alle kenne, dich und die Mutter und den Vater!“ „Vater,“ wiederholt das Kind und sieht sie an. Es sieht plötzlich vollkommen verändert aus. Das ist kein Kindergesicht mehr, das ist das Antlitz einer uralten Frau, der nichts verborgen blieb, die alle Zusammenhänge des Lebens kennt. Und plötzlich weint es lautlos. Unausgesprochen fließen die Tränen, unstillbar. Bergleich bemüht sich die Lehrerin, ein Wort aus dem Kinde herauszubringen. Bangsam beruhigt es sich. Aber es bleibt still und in sich gefehrt. Und als Fräulein Swendson endlich mit schwerem Herzen den Heimweg antritt, da packt sie auf halbem Wege eine solche Unruhe, daß sie — sie kann es sich selbst nicht erklären, warum — umkehrt und — sie kann, das noch immer an der gleichen Stelle am Wasser steht, nach Hause führt.

Fast ein Jahrzehnt ist seitdem vergangen. Fräulein Swendson ist längst verheiratet und wohnt fast eine Tagereise von der Stadt entfernt. Nun weiß sie zum ersten Male seit vielen Jahren in der alten Heimat. Vieles hat sich verändert, vieles ist nicht mehr wiederzuerkennen. Aber die alte Schule mit dem großen, von Kastanienbäumen beschatteten Hof sieht noch aus wie einst. Gedankenvoll sieht die Heimkehrerin zu den hohen Fenstern empor. Die Zeit, in der sie hier unterrichtet, steht plötzlich mit einer Lebendigkeit vor ihrer Seele, als sei nie etwas anderes gewesen. Sie sieht die Kleinen an Leib und Seele verkrüppelten Mädchen, Kinder des Glends, wieder vor sich, und vorn, aus der ersten Bank, schauen sie ein paar sanfte dunkle Kinderaugen müde und traurig an. Die kleine Vene. . . Was mag aus ihr geworden sein? Sie hat nie wieder etwas von ihr gehört. Und plötzlich fühlt sich die Frau von einem Bangen und einer Angst erfüllt, die sie schon einmal, vor vielen Jahren, empfunden hat. Halb unbewußt schlägt sie den Weg zum Hafen ein, mit immer schnelleren Schritten und unruhig klopfendem Herzen.

Die Fischerhäuschen stehen noch. Hier, hier war es. Sie zieht die atmatische Klingel. Die ihr öffnende Frau starrt sie verwundert an, als sie hört, wen die Fremde besuchen will. Dann beginnt sie unständlich zu erzählen. Sie ist eine Verwaandte und hat das Häuschen jetzt übernommen. Die Mutter ist schon seit fünf Jahren tot.

„Der Mann — ja —“ sie zögert. „Er muß noch ein paar Jahre abhien,“ sagt sie halb laut. Ja, das ist ein Unglück. Er hat viel auf dem Gewissen. Die kleine Vene? Na, die wäre jetzt schon längst verheiratet, wenn sie noch lebte.“

Sie weicht erschrocken einen Schritt zurück, denn die Fremde greift mit beiden Händen nach dem rostigen Türgriff, als wenn sie einen Halt suchte.

„Hier drüben, am Hafen ist es passiert. Man hat sie und das Kleine erst eine Woche später stromaufwärts gelandet. Ja, warum sie es getan hat, das weiß kein Mensch. Der Bursche wollte sie heiraten, denn sie war doch immer ein niedliches Ding gewesen. Und ein paar Tage vor der Hochzeit springt sie mit dem Kind ins Wasser. Sie war ja wohl nie ganz richtig gewesen.“

Hier drüben also. Von dieser Stelle hatte sie das kleine Mädchen einst nach Hause geführt. Was mochten diese Jahre an Leid und Qual für die Heranwachsende gebracht haben? Sie war Mutter geworden, sie hatte Leben geboren und es wieder vernichtet. Warum? War ihr Kind vielleicht noch mehr benachteiligt als sie selbst? War vielleicht eine Stunde hellseherischer Kraft, bitterster Erkenntnis über sie hereingebrochen, wie damals, als sie tröstlos und bitterlich an dieser Stelle weinte? Niemand weiß es. Das Wasser, das sich mit den grünen Wellen des mächtigen Stromes mischt, hat ihr dunkles Geheimnis auf immer bewahrt.

Dampf und einbüßig schlägt der Strom an die Uferböschung und steht dann unaussprechlich weiter, groß und still und schmelzjam, bis die Unendlichkeit ihn aufnimmt.

Kraftquellen der Zukunft Mittelmeer und Sahara

Immer neue Betätigungsgebiete erschließt sich die moderne Technik, immer neue Möglichkeiten entdeckt sie, und immer neue, großartigere Ziele setzt sie sich. Eine Aufgabe der Zukunft wird es sein, die tatsächlich vorhandenen technischen Rohstoffe in noch fernem Maß zum Wohl der Menschheit anzuwenden und auszubauen. Wenn man Wasserwerke von Kraftstufen mehrerer hundert Meter baut, warum sollte man diese Werke nicht auch zu solchen vieler Kilometer Breite vergrößern? Eine noch ungenützte Kraftquelle von riesigen Energien stellt das Mittelmeer dar. Es war einmal vor ungefähr 30 000 Jahren trodenes Land, bevor sich die geschmolzenen Eisrassen der letzten Eiszeit bei der Straße von Gibraltar einen Weg bahnten und — wie uns die Bibel von der Sintflut erzählt — alles fruchtbare bewohnte Land überschwemmten. Hier war die Wiege der bedeutendsten Kulturkreise: Die ägyptische, mesopotamische, arische, arabische und schließlich abendländische Kultur gingen daraus hervor.

Für eine technische Auswertung, die gleichsam den Naturvorgang „umkehren“ würde, ist von grundlegender Bedeutung, daß das Mitteländische Meer ein Verdunstungsmeer ist, d. h. es würde sich senken, wenn nicht ein ständiger Zufluß vom Atlantischen Ozean und vom Schwarzen Meer, das ein Ueberflutungsmeer ist, stattdände. So hat z. B. das stehende Wasser im 60 bis 70 Meter tiefen Bosphorus eine Stundengeschwindigkeit von 3 bis 4 Kilometer. Wenn man also die Zuflüsse bei Gibraltar und Konstantinapel abbröckelt, so werden neue Gestade aus dem zurückweichenden Wasser austreten, und dieser natürliche Vorgang kann durch die Bewässerung der unter dem Meeresspiegel liegenden Teile der Sahara noch erheblich beschleunigt werden. Die engste Stelle an der Straße von Gibraltar ist nicht ganz 12 Kilometer, die am Bosphorus nur 600 Meter breit. Die Wüstengebiete Nordafrikas in ein schiffbares Meer mit fruchtbaren Uferländern umzuwandeln, ist ja ein altes Projekt und würde im Zusammenhang mit der Senkung des Mittelmeeres von doppeltem Vorteil werden. Durch einen Kanal von der Kleinen Syrte könnten die Wassermengen in die Salzseen Lunessiens geleitet und von da durch große Kesselumpwerke, wie heute schon in Oberägypten, zur teilweisen Bewässerung der Sahara verwendet werden. Die fruchtbarsten Kolonien könnten hier wie im Mittelmeerboden entstehen und gleichsam mit dem Witterland Europa zusammenwachsen. An den Hauptzuflüssen bei Gibraltar, in der Dardanellen, an der Nil- und Rhonemündung würden, so schreibt Hermann Soergel in der illustrierten Wiener Monatschrift „Der neue Vltug“, neben den Schiffschleusen ungeheure Getriggierwerke entstehen, die ganz Europa, Nordafrika und Vorderasien mit Kraft versorgen. Die Eisenbahnen, die Fabriken, die Industrie usw. würden einen Ertrag für die verschwindende schwarze Kohle finden. Der wichtigste Gewinn für die Menschheit bei Durchführung eines solchen Riesprojektes, das durchaus im Bereich der technischen Möglichkeiten liegt, wäre aber zweifellos eine zwangsläufige Wirtschaftsvereinigung der heute sich bekriegenden Völker.

Maria mit dem Stupsnäschen Klostermuseum für antireligiöse Propaganda

In den Räumen des berühmten Donstol-Klosters bei Moskau besteht seit einiger Zeit ein historisch-kunstwissenschaftliches Museum, das sich neuerdings ganz auf die antireligiöse Propaganda eingestellt hat. Die Situation ist um so pikanter, als sich in den Gebäuden des Klosters, dessen Kirche die Großsäle des sonst feindseligen Patriarchen Tichon birgt, eine Tichon-Gemeinde der kirchlichgläubigen aufgetan und dort einen „Christlichen Kirchenrat“ begründet hat, dessen umgehende Auflösung die Sowjetpresse jetzt fordert.

Die Schaustücke dieses antireligiösen Museums sind mit ungeheurem Raffinement angeordnet. In der ehemaligen Klosterkirche liegen die Grundbücher und Inventarurkunden dieses reichen Klosters aus, das als Großgrundbesitzer ehemals 6985 leib eigene Bauern, 15 054 Desjatinen Weidland (1 Desjatine = 1,1 Hektar), 19 756 Desjatinen Wiesenland und 107,5 Desjatinen Forst, gewaltige Fischereien am Kama-Fluß, Mühlenbetriebe, Häuser und ganze Dörfer besaß. Ein anderer Raum birgt Andenken an die Liebesabenteuer des Priestermächdes Ignatius mit den Nonnen des Romo-Desjatich-Klosters, an die Zechelage des Hierodiatonus Caprian und sonstiger Klosterdrüben — und daneben den Platz, wo die leib eigenen Klosterbauern ausgeprügelt wurden, der Kerkerturm und die arnische Stubeneinrichtung eines Klosterbauern.

Im nächsten Raum ist eine Sammlung von holzgeschnitzten, buntemalten Heiligenstatuen zu sehen: ein Christus, der wie ein wohlgenährter Magnat aussieht, eine Muttergottes mit einem kranken Stupsnäschen und herausfordernd kokett blinkenden Augen, eine Magdalena mit mondän geschminkten Lippen, eine stark dekolletierte Heilige Barbara in reichem Brillantenschmuck usw. Die Klosterkirche mit den Gräbern zahlreicher hochtitulierter Herrschaften und des Patriarchen Tichon gehört ebenfalls zum Bereich der Museumswunderschätze.

Das Museum ist bisher von 15 000 Personen besucht worden, darunter Schüler, Werkstudenten, Rotarmisten und Arbeitergruppen aus allen Teilen der Sowjetunion — von Leningrad und Moskau bis Charkow, Erivan und dem sibirischen Berghne-Udinsk. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß — nach den Schilderungen des Moskauer Zentralorgans der Gewerkschaften „Trud“ — müden Schlägereien zwischen ungläubigen und gläubigen Besuchern, besonders an den Sonntagen, zum ständigen Unterhaltungsprogramm dieses einzigartigen Museums gehören.

Flaubert als Spießer. Nichts war Flaubert so in der Seele verhaßt wie der „Spießer“. In dem vor kurzem in Paris erschienenen Buch über Flaubert, das dessen unerschöpfliche Briefe an die Prinzessin Mathilde Bonaparte enthält, schreibt diese: „Dabei war er im großen und ganzen der Spießer in Person. Er hatte keine politischen Ueberzeugungen, bald verlangte er alle möglichen Unerdückungsmahnahmen, bald wollte er von keiner etwas wissen.“ Ueber seine sonstigen Gemohnheiten heißt es in dem Buch: „Er arbeitete ohne Pause, rauchte unablässig, aß viel und setzte sich unmittelbar nach dem Essen wieder an die Arbeit. Hatte er etwas geschrieben, so las er es mit lauter Stimme oder deklamierete es vielmehr. Gewöhnlich nahm er seine Halsbinde ab, um, wie er sagte, besser brüllen zu können.“

Billige Lebensmittel

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Strasse • Wilmersdorfer Str. • Brunnenstrasse • Kottbuser Damm • Andreasstrasse

Kontituren

Rumbomben	1/2 Pfund	25 Pf.
Gefüllte Honigkissen	1/2 Pfund	25 Pf.
Gemischte Bonbons	1 Pfund	50 Pf.
Vollmilch- oder Vollmilch-Nuss-Schokolade	3 Tafeln à 100 g	95 Pf.
Fruchtkreme-Schokolade	4 Tafeln	95 Pf.
Sandgebäck	1 Pfund	95 Pf.
Herrenkringel	1 Pfund	1,20

Obst und Gemüse sind vom Vorstand ausgeschlossen

Frisches Fleisch

Kalbshamm ohne Beilage	1 Pfund	62 Pf.
Kalbsbraten ohne Beilage	1 Pfund	72 Pf.
Kalbskeulen bis 9 PM. sehr gut od. gelb. PM	1 Pfund	82 Pf.
Kalbsbraten	1 Pfund	68 Pf.
Pa. Rinderhamm	1 Pfund	78 Pf.
Pa. Querrippe	1 Pfund	78 Pf.
Pa. Fehrippe	1 Pfund	96 Pf.
Pa. Schmorfleisch Kenia, o. Knochen	1 Pfund	1,22
Pa. Schabafleisch	1 Pfund	1,20
Pa. Hackfleisch gewürzt	1 Pfund	1,20
Pa. Roastbeef ohne Knochen	1 Pfund	1,46
Pa. Schweinebauch ohne Beilage	1 Pfund	1,10
Pa. Schweineschinken oder -Metz	1 Pfund	1,20

Pa. Schweinefleisch oder -Schul	1 Pfund	1,28
Pa. Schweinefleisch	1 Pfund	1,28
Pa. Kassler mild	1 Pfund	1,22
Pa. Rückenfilet bratfertig, o. Schwarz	1 Pfund	96 Pf.
Pa. Eisbrenn mit Spitzbrot gepökelt	1 Pfund	84 Pf.
Pa. Tofu ausgelesen	1 Pfund	56 Pf.

Gefrierfleisch

Pa. Schmorfleisch Kenia, ohne Kn.	1 Pfund	1,10
Pa. Uniaseh ohne Knochen	1 Pfund	88 Pf.
Pa. Suppenfleisch	1 Pfund	68 Pf.
Pa. Hammelfleisch	1 Pfund	92 Pf.
Pa. Schweinekopfe	1 Pfund	58 Pf.

Obst u. Gemüse

Amerik. Apfel	1 Pfund	38 Pf.
Champ. Reinetten	1 Pfund	48 Pf.
Kalif. Tafeläpfel	1 Pfund	52 Pf.
Bananen	1 Pfund	40 Pf.
Apfelsinen	3 Pfund	72 Pf.
Blutapfelsinen	3 Pfund	95 Pf.
Kokosnüsse	1 Stück	30 Pf.
Erdnüsse	1 Pfund	40 Pf.
Malta-Kartoffeln	1 Pfund	50 Pf.
Wirsing- o. Weisskohl	1 Pfund	15 Pf.
Rotkohl	1 Pfund	15 Pf.
Möhren gewaschen	1 Pfund	17 Pf.
Rote Rüben	1 Pfund	10 Pf.
Sellerieknollen g.	1 Pfund	32 Pf.
Kohlrüben	1 Pfund	8 Pf.

Wild und Geflügel

Gänse gefroren	1 Pfund	85 Pf.
Puten gefroren	1 Pfund	1,10 an
Wolgahühner gefroren	1 Pfund	1,05 an
Ungarische Masthühner	1 Pfund	1,40 an
Enten gefroren	1 Pfund	1,15 an

Fische u. Räucherwaren

Kablau große Fische	15 Pf.
Seelachs ohne Kopf im Ganzen	18 Pf.
Bothers	35 Pf.
Kablaufilet	32 Pf.
Grüneheringe	60 Pf.
Karbonadenschinken	40 Pf.
Norweg. Räcklinge	25 Pf.
Makrelbäcklinge Hamburg. Kiste 5 Pfd. Brutto	75 Pf.
Bundsaale	35 Pf.
Seelachs	48 Pf.
Fleckerlinge	60 Pf.
Fischrogen	60 Pf.

Wurstwaren

Blut- & Leberwurst	1 Pfund	70 Pf.
Sülzwurst	1 Pfund	95 Pf.
Dampfwurst	1 Pfund	98 Pf.
Speckwurst	1 Pfund	1,00
Hausmacher	1 Pfund	1,05
Jagdwurst	1 Pfund	1,20
Knoblauchwurst	1 Pfund	1,25
Schinkenpolnische	1 Pfund	1,30
Fleischwurst	1 Pfund	1,30
Mettwurst	1 Pfund	1,40
Hildesheimer	1 Pfund	1,45
H. Leberwurst	1 Pfund	1,60
Schinkenwurst	1 Pfund	1,65
Cervelat od. Salami	1 Pfund	1,70
Teewurst	1 Pfund	1,80
Schinkenspeck	1 Pfund	1,95

Konferven

Kaiserschoten	1,65
Jg. Erbsen sehr fein	1,50
Junge Erbsen fein	1,25
Junge Erbsen	72 Pf.
Gemüseerbsen	50 Pf.
Jg. Erbsen fein, m. Karott.	1,25
Jg. Erbsen mit Karotten	95 Pf.
Jg. Erbsen m. geoch. Kar.	78 Pf.
Gem. Gemüse sehr fein	1,65
Gemischtes Gemüse	62 Pf.

Käse und Fett

Allg. Romatour	25 Pf.
Delikatesskäse halbfest	25 Pf.
Allg. Stangenkäse	48 Pf.
Edamer	72 Pf.
Holländer	72 Pf.
Camembert	25 Pf.
Allg. Stangenkäse	98 Pf.
Edam od. Holländ.	1,10
Bayr. Schweizer	1,40

Räucherwaren

Tilsiter halbfest	88 Pf.
Margarine	52 Pf.
Rinderfett 1-Pfd.-Paket	52 Pf.
Kokosfett 1-Pfd.-Paket	62 Pf.
Rohsdmalz	78 Pf.
Bratensdmalz	82 Pf.
Griebensdmalz	85 Pf.
Molkereibutter	1,88
Tafelbutter	1,98
Dän. Tafelbutter	2,16

Kaffee

Frisch gebrannter Kaffee	2,40
Kunsthonig	32 Pf.
Bienenhonig	50,95

Bakartikel und Kolonialwaren

Weizenauszugsmehl	22, 24, 26 Pf.
lose	1,18, 1,25, 1,35
5-Pfd.-Beutel	1,18, 1,25, 1,35
Kartoffelmehl	23 Pf.
Kokosraspel	58 Pf.
Mandelio	65 Pf.
Rosinen	54 Pf.
Korinthen	60 Pf.
Sultonen	38 Pf.
Orangeade	1,20
Zitronat	1,35
Mandeln	2,20
Backpulver	30 Pf.
Vanillezucker	20 Pf.
Vanille	18, 22, 35 Pf.
Bosn. Pflaumen	48 Pf.
Backobst	40, 48, 62 Pf.
Kalif. Pflaumen	48, 32 Pf.

TEE

Bestries-Waage	70 Pf.
Ceylon	80 Pf.
Darjiling-Misch	1,70
Portugiesische Sardinen	95, 2 Clubes 85 Pf.

Preiswerte Angebote unserer WEIN-ABTEILUNG

Zur Konfirmation

1927er Oberhaardter Malkammer	1/2 Flasche	1,25
1927er Enshelmer, Rheinheide	1/2 Flasche	1,25
Manega Heide	1/2 Flasche	1,25
Valencia, vollst. Dessertwein	10 Pf.	12,00
1927er Wittlinger Misch	10 Pf.	12,00
1927er Erbacher Nüßfeld	1/2 Flasche	1,60
1927er Raderbacher Kirchberg	1/2 Flasche	1,60
1927er Senheimer Lay	1/2 Flasche	1,60
1927er Chateau d'Arins	10 Pf.	15,00
Sonnengüter, vord. Frühtr. Kew.	1/2 Flasche	2,25
1927er Erbacher Nüßfeld	1/2 Flasche	2,25
1927er Oestlicher Nüß.	1/2 Flasche	2,25
1927er Raderbacher Kirchberg	1/2 Flasche	2,25
1927er Zillinger Engländer	10 Pf.	21,00
1927er Erbacher Nüßfeld	1/2 Flasche	2,25
1927er Winkler Hasensprung	1/2 Flasche	2,25
1927er Zeller schwarze Katz	1/2 Flasche	2,25
1927er Chateau d'Arins	10 Pf.	21,00
Feiner alter Douro-Portwein	10 Pf.	21,00

Zur Bowle

10 Pf. Oberhaardter Malkammer	16,50
1 Pf. Ob. Star, Traubenschauwein	1,00
1 Dose Ananas, in Scheiben	ohne Fl.

Weine vom Fass

Rotr., süß	85 Pf.
Johannisbeerwein	4,00
l. Edel Sams	7,00
Deutscher Weinbrand	4,25

Konfitüre

Pflaumen	90 Pf.
Aprikosen	1,10
Johannisbeeren	1,15
Orangen	1,15
Erdbeer	1,30
Kirschen	1,35
Himbeer	1,35
Ananas	1,40

HAUSHALT-ARTIKEL

Pa. garantiert reine Kernseife	75 Pf.
Pa. garantiert reine Palmölseife	25 Pf.
Pa. Seifenflocken	80 Pf.
Scheuertücher	25, 35, 50 Pf.
Pollertücher	25, 35 Pf.
Wischtücher	18, 25 Pf.
Sämlisch-Fensterleder	75, 95 Pf.
Bohnerwachs	50 Pf.
Imprägnierte Putztücher	30 Pf.
Loofah-Gurken	20, 25, 35 Pf.
Bon-Ami-Putzstein	50, 95 Pf.
Artlex-Schmirgelblock	60 Pf.
Sidol-Metalputz	15, 20, 35, 55 Pf.

Große Trauring-Fabrik

verkauft fugenlose Trauringe direkt an Private

1 Ring 333 gestempelt	5 bis 8 Mk.
1 Ring 585	leicht 8,50
1 Ring 585	mittel 12,-
1 Ring 600	schwer 14,80
1 Ring 600	leicht 16,50
1 Ring 600	mittel 18,50
1 Ring 600	schwer 28,-

Katalog gratis

Hermann Wiese, Berlin

K. Artilleriestr. 30 / W. Passauer Str. 12

SANTA LUCIA

Der Wein zur Stärkung

Wahret eure Gesundheit trinkt feurigen Süßwein

Gen. geschützt

Kingros: J. F. Koch A.-G. Berlin W. 9, Potsdamer Str. 1

Käuflich in Apotheken, Drogen- u. Feinkosthandlungen

Gesunden Schlaf kräftige Nerven

verschafft bei längerer Kur

Baldovin

W.Z. 392681 Man achte auf den ges. gesch. Namen.

Zu haben in Apotheken und Drogerien. Wo nicht erhältlich, wenden wir Verkaufsstellen nach Otto Stumpf A.-G. Chemnitz

Sanatorium Altheide

erfolgreiche Herzkuren

Spezialbehandlung des Herzleidens

Leitend: Arzt Dr. Schreiber

Kurort Altheide, Schlesien

Küchen

Schlafzimmer

Berolina

Kommandantenstr. 57

Verkäufe

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Möbel

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Möbel

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Möbel

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Musikinstrumente

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Fahrräder

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Nähmaschinen

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Kaufgesuche

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Unterricht

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Arbeitsangebote

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Schlosser-Lehrlinge

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

Wenig getragene Radelgarnituren

30. Ziehungstag

14. März 1929

An der heutigen Schluss-Ziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne je 1000 M. und die beiden Einsteiger von je 500000 M. (Eisen) Nr. 297785

2 Gewinne je 10000 M. 260728

4 Gewinne je 3000 M. 71917 259245

10 Gewinne je 2000 M. 80461 129504 202318 212054 325169

12 Gewinne je 1000 M. 71259 83379 126855 129641 146347 270653

45 Gewinne je 500 M. 20292 21928 24594 25187 81381 84686 83655

100234 124122 129302 139610 158649 209985 207035 235079 236446

253854 282959 292634 333482 373307 388781 390621

118 Gewinne je 300 M. 8397 41061 47212 52312 57663 65797 68840

76850 84388 88300 90221 102902 105885 116388 123507 124339

131365 132988 189088 171005 189673 203675 207102 212823 214835

218331 219594 224304 227122 231248 231450 234956 238348 251715

283070 285765 287548 290445 292155 291486 294548 300183 301588

302318 309702 324577 335687 347150 348344 352748 356842 357189

358762 362169 384822 389390 375984 392393 393990

An der heutigen Schlussziehung wurden die beiden Prämien von 500000 M. der mit einem Gewinn von je 1000 M. gezogenen Lose Nr. 297785 zugefallen. Sie fielen in Abteilung I nach Berlin, in Abteilung II nach Berlin.

Sozialdemokratie und Reichshaushalt.

Erster Tag der Reichstagsdebatte.

Nach dem Reichsfinanzminister sprach in der gestrigen Reichstagsdebatte

Abg. Dr. Herß (Soz.):

Die wichtigste materielle Verbesserung in dem neuen Etat ist die Verminderung der militärischen Ausgaben um 31 Millionen. Die sozialen Ausgaben verlangen 68 Millionen mehr und erreichen damit den Höchstbetrag, abgesehen von den letzten beiden Jahren, wo noch die Kosten für die produktive Erwerbslosenfürsorge durch den Reichsetat liefen.

1913 wendete Deutschland für soziale Aufgaben 58 Millionen auf, die Republik aber gibt trotz ihrer schwierigen Finanz- und Wirtschaftslage fast 650 Millionen dafür aus!

Der gesamte Sozialaufwand in der Vorkriegszeit betrug 1371 Millionen, in der Gegenwart aber einschließlich Erwerbslosenversicherung 5155 Millionen. Der Reichsfinanzminister hat als Abgeordneter vor etwa einem Jahr die Erbschaft vorausgelagt, die wir inzwischen haben übernehmen müssen. Er sagte damals: „Sie hinterlassen eine Erbschaft, bei der von vornherein für den nächsten ordentlichen Etat ein Defizit von 1/2 Milliarden droht.“ So ist es auch gewesen, aber nicht so, daß die Reichsregierung einen ausgeglichenen Etat vorgefunden und durch ihr leistungsfähiges Verhalten die katastrophale Zuspitzung eingetretten sei. Seit 1926 haben wir Defizite in beträchtlicher Höhe mitgeschleppt, zuerst 284 Millionen, dann 192 Millionen und im vorigen Jahr 292 Millionen.

Das Defizit ist keineswegs durch die Lohnsteuererhöhung des vorigen Jahres hervorgerufen,

zumal dadurch höchstens 60 Millionen dem Reich verloren gingen. Die Etatspolitik der früheren Regierung ist auch von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und von Professor Schumpeter verurteilt worden.

Da wir ein Defizit von 600 bis 700 Millionen zu decken haben, ist die Hauptfrage: Sollen wir die Verantwortung für einen Defizit übernehmen, oder wollen wir verantwortungslos die Finanzpolitik treiben? Jeder offene oder verschleierte Defizit würde der Anfang einer unerlösten unaufhaltenden Defizitwirtschaft sein mit dauernder Beunruhigung des Wirtschaftslebens und allen damit zusammenhängenden Gefahren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir lehnen jede Scheindeckung ab und ebenso jede, die nur durch Verschleierung von Volkvermögen und Reichsvermögen möglich wäre. Weder die Streichung der 164 Millionen Reichsbeitrag zur Invalidenversicherung, noch die Berührung von Vorkriegsaktien der Reichsbahn können Diszussionsgegenstand sein. Man muß entweder ganz erhebliche Ersparnisse machen oder Steuererhöhungen zur Deckung bewilligen. Der Hanjand verlangt Streichung von mindestens 400 Millionen, aber seine Denkschrift sagt hierzu: „Für 1929 scheinen damit Steuererhöhungen vermeldbar.“ Ganz sicher ist man also nicht.

Diese Ersparnisvorschlüsse sind zum Teil grenzenlos leichtfertig, zum Teil von erstaunlicher Unkenntnis getragen.

Man übersieht, daß die 400 Millionen nicht von dem 10-Milliarden-Etat, sondern von einer wesentlich geringeren Summe gestrichen werden müßten, denn von den 10 Milliarden liegen 8 1/2 so fest, daß von Streichungen gar keine Rede sein kann. Weder an den Kriegsausgaben und unseren ausländischen Verpflichtungen, noch an einer ganzen Reihe anderer zwangsläufiger Ausgaben kann gespart werden, noch an den Ueberweisungen für Länder und Gemeinden. Wenn auch seit 1925 die Reichsausgaben um 1851 Millionen gestiegen sind, so sind 1665 Millionen davon zwangsläufig gewesen, hervorgerufen durch die Steigerung der Reparationszahlungen um 948 Millionen, durch die Steigerung des Schuldenzinses um 384 Millionen und durch die Steigerung der Kriegspferverförmung um 333 Millionen. Streichungen können nur dort in Frage kommen, wo der staatswirtschaftliche Nutzen größer ist, als der volkswirtschaftliche Nachteil. Dieser Zusammenhang wird bei den Ersparnisvorschlägen vielfach übersehen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge z. B., an der man 55 Millionen streichen will, ist ja keine Unterförmung an den einzelnen Erwerbslosen, sondern gibt öffentlichen Körperschaften Zinszuschüsse und Darlehen für produktive Arbeiten, die mit der Streichung weggelassen würden. Dasselbe gilt für Streichungen an notwendigen Kanalbauten oder an gar schon begonnenen. Ersparnisse lassen sich nur machen an dem Verwaltungsaufwand und an den verhältnismäßig nicht sehr großen Ausgaben für Verkehr, besonders Luftverkehr. Ausgiebige Ersparnisse aber könnte man nur bei den militärischen und theoretisch bei den sozialen Ausgaben erzielen.

Nach Abzug für Entlohnung, Beförmung, Verpflegung und Unterbringung betragen die Ausgaben für Heer und Marine mindestens 200 Millionen.

Ein erheblicher Teil dieser Ausgaben ist gesetzlich nicht gebunden und kann auf Streichungsmöglichkeiten untersucht werden.

Der Hanjand, der sogar Ausgaben von wenigen hundert Mark streichen will, hat selbstverständlich nicht gefunden, daß in dem Bau

des neuen Panzerschiffs eine überflüssige Ausgabe und für Streichung gegebene Möglichkeit besteht; an der zweiten Panzerschifftrate will der Hanjand nichts streichen, dafür aber will er die notwendigsten sozialen Ausgaben um 267 Millionen kürzen! Die sozialen Ausgaben sind zumeist gesetzliche Verpflichtungen des Reiches, auf die der einzelne Staatsbürger einen Rechtsanspruch hat. Außerdem sind die sozialen Ausgaben in höchstem Maße produktiv. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das erkennt auch die Begründung des Etats an. Unsere

Erwerbslosigkeit ist zum größten Teil die Folge mangelnder Kaufkraft der Volksmassen.

Die Produktionsmittelindustrie war im Januar d. J. zu 89 Proz. beschäftigt, die Verbrauchsgüterindustrie nur zu 79 Proz. In der Bekleidungsindustrie herrscht 43 Proz. Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit, bei den Lederarbeitern 38 Proz. und in der Schuhindustrie 74 Proz. Ohne die Ausgabe hundert Millionen für Unterförmung von Erwerbslosen und Rentnern wäre die Krise noch viel schwerer. Im Januar hatten wir einen Arbeitsverlust von rund 400 Millionen, wiewohl größer wäre er nach, wenn die 180 Millionen Erwerbslosenunterförmung nicht gezahlt worden wären. (Sehr wahr! bei den Soz.) Jede Einschränkung von Sozialausgaben wird der deutschen Wirtschaft schwer schaden. Ziel einer vernünftigen Ersparnispolitik kann der Verwaltungsaufwand sein, der einen unwirtschaftlichen Umfang angenommen hat. Aus dem verlorenen Krieg haben wir eine Last von 3 1/2 Milliarden jährlich. Solange die Reparationen nicht ermäßigt, die Kriegspferfürsorge nicht erheblich gekürzt ist, werden wir Ersparnisse im großen Ausmaß überhaupt nicht erzielen können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir werden es an Sporsparungen gegen unproduktive Verwaltungskosten nicht fehlen lassen.

Starke und berechtigte Mißstimmung herrscht im Volke gegen die Großenrenten und ihre allzu wohlwollende Behandlung durch die öffentlichen Körperschaften. Warum will die Deutsche Volkspartei nicht dort sparen, wo wirklich gespart werden kann ohne Härte für den einzelnen, ohne Einschränkung seiner Lebensführung und Lebenshaltung? (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Unter dem Ermächtigungsgesetz hat es eine

Pensionsfürsorge und Anrechnung von Privateinkommen

gegeben. Würde man das wiederum für Reich, Länder und Gemeinden einführen und auf Post und Eisenbahn ausdehnen, dann bekäme man eine Summe, mit der schon zu rechnen wäre. Die Deckung des Defizits wird aber nicht möglich sein ohne neue Steuern. Die Gesamtsteuerlast ist hoch und vom Standpunkt unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung aus bedenklich. Aber wir haben dabei die Folgen jener Politik auszutrotzen, für die wir die Verantwortung nicht tragen. (Abg. Dr. Beder (D. Sp.): Sie genau so wie die anderen.) Unter vier Augen würden Sie gewiß zugeben, daß wenn Sie den Ausgang und die wirtschaftlichen Folgen des Krieges vorausgesehen hätten, Ihre damalige Haltung eine andere gewesen wäre. (Abg. Dr. Beder (D. Sp.): Sie haben es doch mitgemacht, Sie denken nicht mehr an den 4. August 1914! — Gegenruf der Soz.: Was hat das damit zu tun?) Die Steigerung des Steuerertrages seit 1925 ist nicht die Folge von Tarifserhöhungen oder Steigerung des Steuerdrucks, sondern die Folge des wachsenden Volkseinkommens und der verbesserten Veranlagung. (Widerpruch rechts.) Sie haben ja 1925 und 1926 die Steuern ermäßigt! Ein richtiger Vergleichswert für die Steuerbelastung ist nur die Steuerleistung, gemessen am Steuerumsatz. Leider gibt es nur wenige Unternehmungen, die öffentlich in den Berichten der Aktiengesellschaften einwandfreie Zahlen darüber angeben. Wo das geschieht, ist überall zu verzeichnen, daß

1927 der Umsatz um 40—50 Proz. weniger belassen ist, als 1925.

(Der Redner führt eine Reihe Beispiele dafür an.) Warum bringt der Reichsverband der deutschen Industrie nicht eine neue Statistik darüber heraus? Dann würde das Gerüde von der Steigerung der Steuerlasten Lügen gestraft werden. Wir haben zwar nicht jene inländische Kapitalbildung, die entsprechend unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung als wünschenswert erachtet werden könnte, aber die Tendenz der Kapitalbildung geht zweifellos nach oben, und im Vergleich mit der Vorkriegszeit ist die Kapitalbildung weder subjektiv noch objektiv ungünstig. Wir wollen die Kapitalbildung fördern, aber im volkswirtschaftlichen Sinne ist sie nicht gleichbedeutend mit Kapitalbildung im Unternehmerinn. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir erkennen die Notwendigkeit der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung an, aber wir warnen auf das Entschiedenste davor, auf dem Wege über die Steuern zu einer wirtschaftlichen Entwicklung zu kommen, bei der eine Kapitalbildung nur bei den wenigen großen Konzernen möglich ist. (Lebh. Zustimmung links.)

Kapitalbildung ist notwendig, aber sie muß vom ganzen deutschen Volk ausgehen; an ihr muß das ganze deutsche Volk beteiligt sein.

(Wiederholte lebh. Zustimmung links.)

Deckungsprogramme haben im Parlament immer starke Änderungen erfahren, die Regierung kann daher auch nicht mit der unveränderten Annahme rechnen. Die Heranziehung der Länder

und Gemeinden mit 70 Millionen Mark zur Zubringung der Reparationslasten ist berechtigt, so sehr uns auch Ausbühlungsabsichten gegen die Länder und Gemeinden fern liegen. Wir wollen ihre Leistungen nicht beschränken,

lebensfähige Gemeindeförmung gehört zu den notwendigen Voraussetzungen einer gesunden Staatswirtschaft.

Gegen weitere Kürzungen des Einnahmanteils der Länder und Gemeinden würden wir die stärksten Bedenken haben. Die Gemeinden wären dann zur Anspannung ihrer Steuern und Bertschäfte gezwungen, was beides unerwünscht ist. (Sehr richtig, links!) Es entspricht der bisherigen Verteilung der Steuern, wenn von den Deckungsvorschlägen zwei Drittel auf Klassensteuern und nur ein Drittel auf Besitzsteuern entfällt. Die Verschärfung der Alkoholsteuer würde dauernde Wirkung haben, während die Erhöhung der Vermögenssteuer einstweilen nur eine einmalige Maßnahme wäre. In der Alkoholbesteuerung sind noch gewisse Reserven vorhanden. Hört, hört! b. d. Bayer. Sp.) Wir haben das auch schon früher immer gesagt und geschrieben. Der Biersteuerzuschlag der Reichsregierung stimmt überein mit dem Regierungsvorschlag von 1925, an dem die Bayerische Volkspartei beteiligt war. (Zwischenrufe der Bayer. Sp.) Wir haben damals nicht grundsätzliche Bedenken erhoben, sondern nur dagegen, daß man gleichzeitig mit einer Biersteuererhöhung die Besitzsteuer stark ermäßigen wollte. Die stärkere Ausschöpfung der Alkoholsteuern wird am besten bei einer Gesamtsteuerreform geschehen mit dem Ziel einer Entlastung des notwendigen Lebensbedarfs der Massen. (Sehr richtig! links.) Wir haben volles Verständnis für die Argumente gegen die Biersteuererhöhung.

Bei der Vermögenssteuer ist es fraglich, ob die daraus erwarteten Summen einkommen werden. Die als einfachstes Rezept empfohlene

Erhöhung der Umsatzsteuer kann bei der heuligen Situation in Deutschland nicht in Frage kommen,

denn sie würde die Gefahr von Preissteigerungen, von Konjunkturverschlechterung und Erhöhung der Arbeitslosigkeit bedeuten, sie würde die Konzentration der Unternehmungen begünstigen und damit die Lage des Mittelstandes noch mehr erschweren. Es wird zu prüfen sein, ob nicht durch andere Steuern und durch bessere Veranlagung und stärkere Einziehung das gleiche und noch mehr zu erreichen wäre. Zieht man den Wachsenstand schärfer heran, so mißte man auch den Augustanum der Wohlhabenden, z. B. bei der Schaumweinsteuer, berücksichtigen. In unserem Besitzsteuersystem gibt es noch verschiedene Lücken, deren Ausfüllung beitragen könnte, gewisse Härten in den Regierungsvorschlägen zu beseitigen. Solche Maßnahmen wären eine Verschärfung des § 59 bei der Einkommensteuer, eine höhere Bewertung des Aktienbesitzes als zum halben Kurs und die Aufhebung des Verzichts auf die Aufsichtsratssteuer, die 1925 von der damaligen Mehrheit ausgeprochen worden ist. Auch eine Staibilung der Körperschaftsteuer gäbe gewisse Möglichkeiten, um Härten für die kleinen Landwirte und den Mittelstand zu beseitigen, die mit der Erhöhung der Vermögenssteuer sicher verbunden sind. (Zustimmung b. d. Soz.)

Man überschätzt wesentlich die manchmal verlangte Besteuerung der öffentlichen Betriebe, und es ist

nichts kennzeichnender für die volksparteilichen Vorschläge, als das Verlangen: keine neuen Steuern, aber Besteuerung von Wasser, Gas, Elektrizität und Verkehr.

(Lebh. Sehr wahr! links.) Damit ist es nur auf die steuerliche Entlastung und Bevorzugung gewisser besitzender Schichten abgesehen. Die Deutsche Volkspartei hat nicht die Priorität für den Gedanken der Sparbarkeit, aber sie hat die Priorität für die diktatorische Form ihrer Forderungen. Sie sieht in der Regierung und stellt trotzdem an die anderen Regierungsparteien Forderungen, ohne deren Erfüllung sie ihre Mitwirkung zur Erledigung des Etats nicht in Aussicht stellen könne. Die Volkspartei verlangt Streichung von 400 Millionen, weigert sich aber, zu sagen, wo und wie gestrichen werden soll. (Widerpruch bei der Deutschen Volksp.) Ihr Parteigänger, die „Nationalistische Korrespondenz“, sagt wörtlich, daß Sie aus Gründen der Loyalität solche Vorschläge nicht machen, das sei die Aufgabe des Finanzministers und der Regierung. Wenn man wissen will, was Loyalität bei Ihnen ist, erkundigt man sich wahrscheinlich am besten bei Ihrem Führer Dr. Stresemann. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Und wenn man wissen will, was Zweckmäßigkeit ist, muß man wohl diejenigen volksparteilichen Führer fragen, die Steuerermäßigungen für die Besitzenden und sogar einen unabsehbaren Finanzstator auf vier Jahre verlangen. (Sehr gut! links.)

Die Volkspartei sagt, daß in den letzten Jahren eine verantwortungslose Finanzpolitik getrieben worden sei. Seit 1923 war die Sozialdemokratie an der Reichsregierung nicht beteiligt, ununterbrochen aber die Deutsche Volkspartei. Sie ist deshalb für alles verantwortlich,

was in dieser Zeit geschehen ist. Dr. Curtius und Dr. Stresemann sind Ihre Vertrauensleute in der Regierung. In derselben Zeit, in der Sie sich gegen neue Steuern erklären, waren Sie sehr gern bereit, Ausgaben zu bewilligen wenn sie Ihnen nahe stehenden Schichten zugute kamen. Gegen den lebhaften Widerspruch

GROSSE L & W

Unsere unübertreffliche Neueinförmung



LOESER & WOLFF



des Reichsfinanzministers haben Sie fast 10 Millionen Mark Subventionen an die Firma Mannesmann beschlossen. (Hört, hört! links.) Und in dem Augenblick, wo Sie gegen die Finanzpolitik weitern, erfährt man aus der vom Finanzministerium vorgelegten Uebersicht der überplanmäßigen Ausgaben, daß Dr. Stresemann im Auswärtigen Amt 8 Millionen Mark ohne Genehmigung des Reichstags ausgegeben hat. (Hört, hört! links.)

Gewundene Finanzen sind die Voraussetzung gesunder Wirtschaft.

Die Massen des wehrfähigen Volkes, deren Interessen wir in erster Linie schützen wollen, deren Existenz von gesicherter Arbeitsmöglichkeit abhängt, haben das starke Interesse daran, daß nicht eine finanzielle Katastrophe eintritt.

Wir sind durchaus bereit, die Verantwortung, die wir durch unsere Beteiligung an der Reichsregierung und durch die Stellung des Reichsfinanzministers übernommen haben, durchzuführen und zu verteidigen. Aber wie sich die Stellung der Arbeiter und Angestellten zum Staat von der der Unternehmer unterscheidet, so auch ihre Stellung zum Etat. Wir wollen einen leistungsfähigen Staat und sind bereit, die Lasten dafür mitzutragen. Für unsere Stellungnahme ist nicht entscheidend die Höhe der Steuern, sondern ob sie in ihrer Anlage und Verwendung dem Wohle des Volkes dienen. Produktive Staatsausgaben fördern die Wirtschaft, und diese Frage wird daher entscheidend sein für unser Verhalten in der Beratung und bei der Erledigung des Etats. (Beifall bei den Sozialisten.)

Wir sind uns der Verantwortung in jeder Beziehung bewußt. Wir haben die Erbschaft gekannt, als wir in die Reichsregierung eintraten und den Finanzminister stellten. Trotzdem haben wir dieses Erbe angetreten. Wir haben es getan, weil wir geleitet sind von dem hohen Verantwortungsgesühl gegen die deutsche Republik und das deutsche Volk. Wir können uns deshalb aber auch die Vorwürfe verbitten, die uns von anderen Parteien und von Wirtschaftskreisen wegen angeblich mangelnder Verantwortung gemacht werden. Der Etat ist das Kernstück jeder Regierungspolitik. Im Etat spiegeln sich alle Zweige der öffentlichen Wirtschaft und des öffentlichen Lebens wider. In einem parlamentarischen Staat wie dem deutschen und in der Lage, in der sich Deutschland heute befindet, wo die Regierungsbildung nicht vorgenommen werden kann von einer einzelnen Partei, sondern wo sie nur möglich ist durch das Zusammenwirken mehrerer Parteien, da muß

die Etatpolitik sich in Übereinstimmung befinden mit der Regierungspolitik.

Da muß die Regierungspolitik sich orientieren an der Etats- und Steuerpolitik. Der Etat ist nicht nur das Schicksalsbuch des deutschen Volkes, er ist auch das Schicksalsbuch für die heutige Regierung. (Lebh. anhaltender Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Dr. Oberjochen (Dnat.): Diese Einseitigkeit ist eine Bankrotterklärung des Reichskabinetts und ein äußeres Anzeichen dafür, daß sich die Reichsregierung weder allgemeinpolitisch noch finanzpolitisch den Schwierigkeiten gewachsen gezeigt hat. Der leichtfertige Schritt Reindolds in der Umsatzsteuerentlastung und die Lohnsteuerentlastung als erster und fast einziger politischer Akt der neuen Regierung sind Marktsteine auf dem Wege zu dem jetzigen Defizit. Die Methode der Geldbeschaffung, mit der der Reichsfinanzminister sich zu helfen sucht, kann nur als grandiose Pumpwirtschaft bezeichnet werden. Die Deckungsvorschläge lehnen wir ab. Wir fordern energische Ausgabenentlastung angesichts der tiefenhaften Uebersteigerung der öffentlichen Ausgaben und des Behördenapparates. Man muß auch den Mut zu Gesetzesänderungen aufbringen, um der Zwangsläufigkeit entgegenzutreten. Die Gegner werden an ihrer Ausraubungsabsicht um so mehr festhalten, wenn man die deutsche Wirtschaft für fähig hält, so gewaltige Steuererhöhungen aufzubringen. Die Detachmentale Volkspartei

wird berufen sein, eingeseht zu werden, um einen wahren Frieden im Sinne der Befreiung von diesen Lasten zu erlangen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Brüning (Z.): Der Vorredner hat ein sehr schlechtes Gedächtnis für die Zeit, in der die Deutschnationalen in der Regierung saßen. Schon seit Jahren haben alle Parteien betont, daß das Jahr 1929 der Kulminationspunkt der deutschen Finanznot zwangsläufig sein wird. Zu Vorwürfen gegen den jetzigen und den letzten Finanzminister liegt deshalb kein Anlaß vor.

Das Zentrum will neue Einnahmequellen nur dann bewilligen, wenn andere Mittel zur Deckung des Defizits nicht mehr zu finden sind.

Der Wettbewerb um die Reduktionsreicher an den Ausgaben führt freilich nicht zum Ziel, auch nicht die Vorschläge des Hanjabundes oder der in der D.M.Z. propagierte Vorschlag, die Halberationen der Reichswehr zu kürzen. (Heiterkeit!) Die Lösung wäre leichter zu finden, wenn die Deutsche Volkspartei zugleich mit ihrer Ablehnung der Steuern positive Vorschläge gemacht hätte. Streichungen wird das Zentrum vorschlagen bei den unverhältnismäßig hohen Umzugskosten der Diplomaten, beim Wehretat, besonders bei den Neuanforderungen der Marineleitung. Vor allem werden wir sehr kritisch die vielen Forderungen von Neubauten der Finanz- und anderer Verwaltungen prüfen. Durch die vielen Bauten des Reichs sind gelegentlich die Stoffe für den Wohnungsbau verteuert worden. Mit den 240 Millionen, die das Reich den Ländern durch Uebernahme der Kosten für die Erwerbslosenversicherung überließ, haben die Länder nicht die Realsteuern gesenkt, sondern Beamtengehälter erhöht. Streichungen an notwendigen sozialen Ausgaben lehnen wir ab.

Wir sind nicht dazu da, Agitationsanträge von Parteien, die noch in der Regierung sind, abzulehnen, um dadurch eine vernünftige Finanzpolitik zu ermöglichen.

Die Etatsberatung im Ausschuß kann erst beginnen, wenn eine Klärung zwischen den Regierungsparteien erreicht ist. Wir werden dem Reichsfinanzminister nicht Sulfurs leisten, wenn der Karren erst völlig verfahren ist. Dieser Etat ist schon beim Beginn seiner Beratung die Schicksalsfrage für die heutige Regierung. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Straffer (Ratsoz.): Den Reichshaushalt bestimmt die Pariser Tributkonferenz. Das heutige System ist der gewissenlose Zubehälter des internationalen jüdischen Weltkapitals.

Abg. v. Sebels (Chr. Nat. Bauernpartei): Wir lehnen die Deckungsvorschläge ab. Länder und Gemeinden müssen die Realsteuern senken. Die heutige Sozialpolitik erzieht große Teile des Volkes zur Faulheit.

Um 5 1/2 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf heute, Freitag, 12 Uhr; außerdem Notetat.

Ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsinnenminister wird von den Nationalsozialisten und der Christlich-nationalen Bauernpartei eingebracht und mit der — Nichtverbindlichkeit der Lösung Rechtsradikaler bei Zusammenstößen mit Kommunisten „begründet“.

Der Einspruch gegen die Ausweisung zweier kommunistischer Abgeordneter aus der vorletzten Sitzung wird abgelehnt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
Einfachungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin O 21 61, Lindenstraße 3

Die April-Vorlesungen müssen sofort eingeleitet werden! Uebernahme der Beiträge usw. heute zwischen 17 und 19 Uhr. Reichsleitungs- und Reichssekretariat sind noch von verschiedenen Abteilungen abzurechnen. Bewegungsmorgen, Sonnabend, 18 Uhr, Nebungsfunde; anschließend Probe für Regiebung, Schulaula Danziger Str. 2.

Heute, Freitag, 19 1/2 Uhr:

Kranenplatz: Schule Elisabethstraße 19. „Deutsche Jugend.“ — Rosenkötter Vorplatz: Schul der P.O.B. in der Halle Gartenstraße. — Zentrum: Heim Danziger Straße 50. „Wir und die Partei.“ — Danke: Heim Danziger Straße 50. „Wir und die Partei.“ — Raabitz 1: Schule Waldenstraße 20. „Güte, Scham, Adressen.“ — Raabitz 2: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 3: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 4: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 5: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 6: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 7: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 8: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 9: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 10: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 11: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 12: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 13: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 14: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 15: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 16: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 17: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 18: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 19: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 20: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 21: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 22: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 23: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 24: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 25: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 26: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 27: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 28: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 29: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 30: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 31: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 32: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 33: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 34: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 35: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 36: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 37: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 38: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 39: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 40: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 41: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 42: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 43: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 44: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 45: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 46: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 47: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 48: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 49: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 50: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 51: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 52: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 53: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 54: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 55: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 56: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 57: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 58: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 59: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 60: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 61: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 62: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 63: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 64: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 65: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 66: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 67: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 68: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 69: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 70: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 71: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 72: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 73: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 74: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 75: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 76: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 77: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 78: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 79: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 80: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 81: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 82: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 83: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 84: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 85: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 86: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 87: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 88: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 89: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 90: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 91: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 92: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 93: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 94: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 95: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 96: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 97: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 98: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 99: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“ — Raabitz 100: Heim Dehner Str. 15-19. „Freie Jugend und Republik.“

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Verbelegte Mittel: Aktion, morgen, Sonnabend, Vorabendkonferenz im Heim Danziger Str. 50 von 17-19 Uhr! (nicht Konting.)

Unübertrefflich in Passform und Preiswürdigkeit



- Zweireihiger Ulster aus hellmoderfarbigem und sehr strapazierfähigem Cheviot M. 63.-
- Einsreihiger Paletot aus reinwollenem steingrauem Cheviot M. 69.-
- Schlüpfer mit Ringsgurt aus reinwollenem dunkelblauen Gabardine Mark M. 69.-
- Zweireihiger Ulster aus apart gemustertem modebraunem Cheviot Mark M. 82.-
- Zweireihiger Ulster aus rostbraunem flott kariertem Cheviot, besonders dauerhaft M. 89.-
- Zweireihiger Ulster aus modebraunem feingemustertem Gabardine .. M. 97.-

Durch eigene Herstellung beste Gewähr für Zutat und Näharbeit

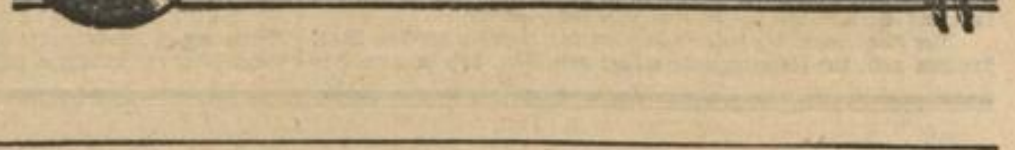
Feineweber
Das Haus das Jeden anzieht
BERLIN C KÜLLNISCHER FISCHMARKT

Wirkliche Osterstimmung BRINGT DAS MUSIKINSTRUMENT

»ELECTROLA«
IN JEDES HEIM.
VORSPIEL OHNE KAUFZWANG!
GERINGSTE ANZAHLUNG • BEQUEME MONATSRATEN



ELECTROLA GES. M. B. H. BERLIN
W. 8 LEIPZIGERSTR. 23 • W. 15 KURFÜRSTENDAMM 35
FRANKFURT 4/4 GOETHESTR. 5 • KÖLN 4/4 HOHESTR. 103
WEITERE AUTORIZIERTE VERKAUFSTELLEN WERDEN BEREITWILLIGST NACHGEWIESEN



Schützt Euch gegen Grippe und Ansteckungsgefahr

Alleinige Lebensmittel werden in den Haushaltungen abgetötet, abgewaschen und Brot, eines der wichtigsten Nahrungsmittel, ist davon ausgenommen. Es geht nach der Herstellung durch viele Hände und liegt in den Verkaufsstellen meist ungeschützt, bevor es zu den Verbrauchern gelangt. Dieses ist bei dem mechanisch hygienisch eingepackten

Wittler-Brot
Landbrot
Wittler-Brot-Fabriken, Berlin N., Maxstrasse 2-5.
Zu erhalten in ca. 6000 Verkaufsstellen. Auf Wunsch werden Verkaufsstellen nachgewiesen.



STADT DES VORWARTS

BEILAGE

Schafft Wohnungen!

Das Elend der Untermieter-Familien.

In den Jahren 1910 bis 1925 hat sich bei einer Bevölkerungszunahme von rund 8 Proz. die Zahl der Haushaltungen um rund 20 Proz. vermehrt; — ein Vorgang, der seine Erklärung findet in der Verschärfung des Altersaufbaus der Bevölkerung. Ganz klar: In demselben Maße wie sich im Verlaufe von 15 Jahren der Anteil der jünger als 15jährigen infolge des Geburtenrückganges verminderte, vermehrte sich der Anteil der 15jährigen und älteren. Die Zunahme der Älteren hat natürlich auch eine entsprechende Vermehrung der selbständigen Haushalte bei gleichzeitiger Verminderung der Kopfdahl je Haushalt zur Folge. Man findet jetzt in den Haushalten eben weniger Kinder. Somit erlebt man auch bei gleichbleibender oder langsam wachsender Bevölkerung eine Steigerung der Nachfrage nach Wohnungen.

Eine Million Untermieterfamilien.

Danach könnte man meinen, daß die Menschen sehr weitfichtiger leben. Es würde auch zweifellos so sein, wenn nicht die mit eigener Wohnung nicht versorgten Familien als sogenannte Untermieterfamilien hätten untergebracht werden müssen. Deren waren in Deutschland 1925 zur Zeit der Wohnungszählung 950 000 bis 1 Million. Annähernd die Hälfte dieser Familien besteht aus drei und mehr Köpfen. Sie sind die gedrücktesten von allen unter der Wohnungsnot leidenden Familien. Sie leben räumlich außerordentlich gedrängt. Dabei sind sie in ihren Wohnungen nur geduldet, sie werden nur zwangsmäßig ertragen von den Erstmietern, d. h. von denen, die die Wohnung doch ausschließlich für ihren eigenen Bedarf vom Hauswirt gemietet haben. Die Untermieterfamilie ist wohnungspolitisch das kümmerlichste Gewächs. Nach den Ergebnissen der Reichswohnungszählung vom Juni 1925 lebten von je 100 Untermieterfamilien 28 in Klein-, 57 in Mittel- und 15 in Großwohnungen. Unter Kleinwohnungen verstehen wir Wohnungen von 1 bis 3 Räumen. Mithin: Mehr als der vierte Teil der Million Untermieterfamilien sind Familien aufgefaßt, die für sich selbst nur 1 bis 3 Räume zur Verfügung hatten. In Großstädten hausen in jeder fünften, in Kleinstädten in jeder achten Wohnung Untermieter. Man schätzt an zufälliger Stelle, daß allein für die ordentliche Unterbringung der Untermieterfamilien mindestens 500 000 bis 550 000 neue Wohnungen erforderlich wären.

Überbelegte Wohnungen.

Im ganzen Reichsgebiet sind schätzungsweise 750 000 stark überbelegte Wohnungen vorhanden, in denen ungefähr 5 Millionen Menschen zusammengedrängt leben müssen. Am schlimmsten überfüllt sind die ländlichen Industriebezirke. Hier herrscht schreckliches Wohnungselend in den Klein- und Kleinstwohnungen. Von den einräumigen Reimwohnungen sind 47,4 Proz., von den

zweiräumigen 16,2 Proz. und von den dreiräumigen 6,7 Proz. überbelegt. Natürlicherweise leiden am meisten die kinderreichen Familien; denn sie sind meist auch zugleich die ärmsten und schon darum auf die billigsten Wohnungen angewiesen, die zugleich die schlechtesten sind. In München leben beispielsweise mehr als ein Fünftel aller kinderreichen Familien in Kleinst- oder Kleinstwohnungen, die sich oft auch noch in abbruchreifen Gebäuden in sanierungsbedürftigen Altstadtevielen befinden — in Räumen, die nach den Bestimmungen der Bauordnung überhaupt nicht mehr als Wohnungen benutzt werden sollen. Sollen! — eine papierne Bestimmung; denn unter dem ungeheuren Druck des Wohnungsmangels werden Keller- und Dachwohnungen, ja selbst ausrangierte Eisenbahnwagen nicht nur als sogenannte Behelfswohnungen geduldet, sondern sogar neu erstellt. Nicht weniger als 27 358 Baracken und Wohnlauben mit 49 489 bewohnten Wohnungen wurden bei der Wohnungszählung 1925 festgestellt.

Wohnungsneubedarf.

Man schätzt, daß allein für den Ersatz solcher abbruchreifen Altimwohnungen 300 000 Wohnungen Neubedarf und 30 000 jährlicher Neubedarf erforderlich sind. Hierzu kommt der bereits auf mindestens 550 000 geschätzte Bedarf für die Unterbringung der gegenwärtig unter den aller schlimmsten Verhältnissen lebenden Untermieterfamilien. Es ist aber auch erforderlich, für einen bescheidenen Bestand an Leerwohnungen zu sorgen, um die Verteilung und den notwendigen Austausch von Wohnungen zu erleichtern. Schon ein Leerbestand von 1 Proz. würde jedoch die Errichtung von weiteren 150 000 Wohnungen erfordern. Der Zusatzbedarf, der durch den Reinzugang von Haushaltungen (Haushaltsgründungen abzüglich der Haushaltsauflösungen) entsteht, wird für die Zeit von 1927 bis 1930 auf 225 000, 1931 bis 1935 auf 250 000, 1936 bis 1940 auf 190 000 je Jahr beziffert. Den Bedarf für Industrie- und landwirtschaftliche Siedlungen auf 160 000 und den für landwirtschaftliche Siedlungen auf 15 000 Wohnungen.

Einfamilienhaus und Mietkaserne.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß nach den Ergebnissen der Wohnungszählung von 1925 ein Drittel aller Wohngebäude Einfamilienhäuser, ein Fünftel Zweifamilienhäuser, ein weiteres reichliches Fünftel Gebäude mit drei und vier Wohnungen sind. In größeren Gemeinden überwiegt das größere Haus. Großhaus und Kleinwohnung treten am zahlreichsten im Osten des Reichs auf. Von den durch die Wohnungszählung von 1925 erfaßten 8,7 Millionen Wohnungen sind 48,8 Proz. Kleinwohnungen mit ein bis drei Räumen, 43,6 Proz. Mittelwohnungen mit vier bis sechs Räumen und 7,6 Proz. große Wohnungen mit sieben und mehr Räumen.

Wohnungselend überall.

Berlin braucht in 10 Jahren 500 000 neue Wohnungen.

Vor einer äußerst starken Mitgliederversammlung referierte am kürzlich im Schützenhaus Reinickendorf Genosse Hach über das Thema „Wohnungsbaufragen“.

Einleitend betonte er, daß diese Frage im nächsten Jahrzehnt für uns die größte politische Bedeutung hat; denn Krieg und Inflation haben es namentlich in Berlin so weit gebracht, daß heute noch zahllose Boden- und Kellerräume von Menschen bewohnt werden müssen. Häuser mit 90 Wohnungen sind in Berlin keine Seltenheit. Ein ähnliches Elend herrscht heute nur noch in den Proletariatsgebieten von London, Paris und Wien. Erst durch die durchgreifende Tätigkeit der österreichischen Sozialdemokratie ist es gelungen, den jammervollen Einzimmertyp zu beseitigen. Die ungeheure Zerstörung der Volkskraft kann man gleichstellen mit dem Ausbruch, daß auch Menschen durch Wohnungen gemordet werden. Als Beispiel dafür diene die Cholera des Jahres 1893 in Hamburg. Die letzte Wohnungszählung des Jahres 1927 ergab, daß im Gegensatz zu den Jahren 1910/1925 eine Zunahme der Bevölkerung um 8 Proz., der Haushaltungen dagegen um 22 Proz. eingetreten ist. In Berlin sind zurzeit 180 000 Wohnungssuchende vorhanden, davon 120 000 ohne jede Wohnung. Im Durchschnitt ist jede achte Familie wohnungslos, im Durchschnitt der Großstädte jede 17., und der Kleinstädte jede 38. Familie. Die Einwohnerzahl Berlins steigt jährlich um 100 000, was 32 000 Familien gleich kommt; hinzu kommen 40 000 Eheheftungen. Demnach dürfte Berlin in 40 bis 50 Jahren die Zahl von 9 000 000 erreicht haben. Erwähnung verdient noch, daß in drei Städten des Reichs keine Wohnungsnot herrscht, und zwar: Duisburg, Wilhelmshaven und Kiel. Bei den letztgenannten ist die wirtschaftliche Zerrüttung der Grund, da zum Beispiel von 44 000 Kieler Arbeitern 17 000 im übrigen Reich ihren Unterhalt suchen. In der Zeit der bürgerlichen Rathhausmehrheit in Berlin wurde eine großzügige Wohnungspolitik nicht betrieben, trotzdem die Jahre 1921 und 1922 bei Unterbringung der schulpflichtigen Kinder 50 Proz. Tuberkulose bzw. tuberkulöse Verdächtige ergaben.

Es standen im Jahre 1924 79 000 000 Mark Hauszinssteuer zur Verfügung, die nicht einmal von dieser Mehrheit verbaut wurden.

Bei nervösen Störungen, Erregungszuständen, unruhigem Schlaf, Schlaflosigkeit hilft Ihnen Baldrament Reichel, die natürliche Nervenmedizin. Fl. M. 1.50 u. 2.50, in Drogerien und Apotheken, sonst durch Otto Reichel, Berlin 48, SO, Eisenbahnstraße 4.

während im Jahre 1928 24 000 Wohnungen aus öffentlichen Mitteln und nach dem Plan des Genossen Czerninski 2080 Wohnungen aus Haushaltsmitteln zusätzlich gebaut wurden. Für das laufende Jahr sind 30 000 bis 32 000 Wohnungen geplant. Es müßten 10 Jahre lang 45 000 bis 50 000 Wohnungen gebaut werden; dazu müßte Berlin als Notstandsgebiet erklärt werden. Der Vermittlungsfeld für Auslandsanleihen muß klar gemacht werden, daß der Wohnungsbau eine produktive Ausgabe darstellt, keinen Ausdruck kommunaler Verschwendungslust. Die Stadt braucht zum Ausgleich für 10 000 Wohnungen 180 000 000 Mark weiteren Zuzusch. Wir müssen allerdings auch aus Haushaltsmitteln bauen. Trotzdem soll auch der Privatbau zugelassen werden. Es dürfen uns hierbei nicht nur moralische und ethische Momente leiten, sondern es müssen soziale Gedanken Platz greifen, um die jetzige Not zu mildern. 89,5 Proz. aller Eintragungen fordern kleine Wohnungen. Demnach müssen uns keine großen Prachtbauten, die niemals von der großen Masse der Bevölkerung bezogen werden können.

Zu äußerst günstigen Bedingungen wird demnach die Rustersiedlung an der Schillerpromenade von der städtischen Baugesellschaft „Primus“ in Angriff genommen. Die Kapitalbeschaffung bereitet für unsere Residenzstadt die größten Schwierigkeiten, wozu namentlich die bekannte Buchumer Rede des Reichsbankpräsidenten Schacht gegen die öffentliche Wirtschaft beigetragen hat. Es betragen zum Beispiel die Hypothekenzinsen heute 3 1/2 + 1 Proz. Amortisation gegen 4 Proz. vor dem Kriege. Die Sozialkosten der Stadt betragen heute 160 000 000 Mark pro Jahr, gegenüber einem Gesamteinkommen vor dem Kriege von 110 000 000 Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Berlin der Richtsatz der Wohnlohn 45 Mark im Monat, dagegen in Frankfurt a. M. 75 Mark beträgt. Hinzu kommt der Verlust der Besteuerung der toten Hand mit 14 000 000 Mark. Selbst die von den Kommunisten vorgeschlagene Wohnungszusatzsteuer würde nur 6 000 000 Mark pro Jahr einbringen, wozu nach den Angaben des Kämmers mindestens 4 000 000 Mark für die Verwaltung notwendig wären. Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft müßte unbedingt eine Katastrophe nach sich ziehen. Es müssen erst genügend Wohnungen vorhanden sein, da man heute auf Altimwohnungen circa zehn Jahre warten muß. Eine sozialdemokratische Mehrheit muß hier unbedingt Abhilfe schaffen. Um dieses Ziel wird der Wahlkampf im Herbst dieses Jahres geführt werden.

In der sehr regen Diskussion wurde in erster Linie gefordert, daß Landtag sowohl wie Reichstag für die Berliner Interessen künftig entschiedener eintreten. Der Wohnungsbau ist eine Angelegenheit der öffentlichen Wirtschaft. Der lebhafteste Beifall, den der Referent erntete, zeigte, daß auch in diesem Bezirk die Bedeutung der künftigen Kommunalwahlen richtig erkannt wird.

Überall Kommunistenfrach.

19. Bezirk — Pantow.

Die letzte Sitzung der Bezirksverordneten nahm dadurch, daß die Kommunisten es auf eine planmäßige Störung abgesehen hatten, einen äußerst stürmischen Verlauf.

Nachdem vom Bezirksamt die Beantwortung früher gestellter Anfragen erfolgt war und über den Bau der Berufsschule der Ausschussantrag, der die Bereitstellung der zum Bau benötigten Mittel für 1929 verlangt, einstimmig angenommen war, kam ein kommunistischer Antrag, der die Umbenennung des Elisabeth-Christinen-Lyceums in „Rosa-Luxemburg“-Lyzeum verlangte, zur Behandlung. Dieser Antrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt, die Ablehnung wurde von den Kommunisten, die ihren Antrag scheinbar selbst nicht ernst nahmen, ohne jeden Widerspruch ruhig hingenommen. Rummehr wurde von bürgerlicher Seite beantragt, von 17 Anträgen der Kommunisten 13 durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen, diesen Anträge gab auch unsere Fraktion die Zustimmung, weil sämtliche Anträge bereits von der Stadtverordnetenversammlung beraten und verabschiedet waren. Das war das Signal für die Tribünenbesucher, den vereinbarten Lärm aufzuführen, der sich nur gegen unsere Vertreter richtete. Die KPD-Bezirksverordneten halfen tüchtig dabei. Der Vorsitzende war nicht in der Lage, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, er mußte die Sitzung unterbrechen und die Zuhörer durch die Polizei entfernen lassen. Ein kommunistischer Antrag, die Polizei aus dem Saal zu entfernen, wurde abgelehnt, worauf die Kommunisten den Saal verließen, um — nach einigen Minuten einer nach dem anderen wieder zu erscheinen und, als wenn gar nichts geschehen wäre, wieder an der Verhandlung teilzunehmen.

Der ganze Verlauf der Versammlung hat wiederum gezeigt, daß es den Kommunisten nicht um sachliche Arbeit zu tun ist, sondern daß sie ihre Haupttätigkeit in der Verleumdung der Sozialdemokratie erblicken.

Um den Sport!

20. Bezirk — Reinickendorf.

Nach der Beantwortung der Anfrage wegen der Unterbrechung der Tuberkulosefürsorge während des Languges der Station wurde die Angelegenheit zur eingehenden Prüfung der Gesundheitsdeputation der Bezirksverordnetenversammlung überwiesen. Durch die Bautätigkeit in Reinickendorf-Ost geben für den Sport mehrere Spielplätze verloren. Ein Antrag, der das Bezirksamt ersucht, für Abhilfe zu sorgen, wurde in einer Form, wie sie Genosse Knuth vorschlug, einstimmig angenommen. In der Aussprache über einen Antrag der Kommunisten, der die Bildung eines Stadtcamtes für Leibesübungen im Bezirk verlangt, wandte sich Stadtverordneter Genosse Schäfer gegen die Refordirerei im Sport und wies auf den schon bestehenden Kompetenzstreit im Magistrat hin. Um solchen Streit nicht auch noch in den Bezirk zu tragen und um größere Unkosten zu vermeiden, sei der Antrag abzulehnen, was dann auch gegen die Stimmen der Kommunisten erfolgte. Den Ankauf einiger Grundstücke in Waldmannsflut empfahl Genosse Bollschläger, auch bei dem verhältnismäßig hohen Preis, weil die Grundstücke zur Erweiterung der Schule unbedingt gebraucht werden. Die Bezirksversammlung stimmte einmütig zu. Mit dem Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, der Oberbeihilfen für die Erwerbslosen verlangt, wird sich ein Ausschuss beschäftigen, in den von unserer Fraktion die Genossen Koch, Kreutlein, Reiser und Wildorf gewählt wurden.

Neue Siedlerlagen.

Der Verband der Siedlungsvereine und Genossenschaften veranstaltete kürzlich im Heinersdorfer Krug eine von mehreren hundert von Siedlern besuchte Protestversammlung, die sich gegen die Absicht des Magistrats richtete, ein jahrelang bestehendes Siedlungsgebiet als Industriegebiet auszuweisen. Der Beschluß des Magistrats, der diese Absicht kund gibt, hat darum so große Erbitterung unter den Siedlern hervorgerufen, weil davon auch die seit zehn Jahren bestehende Siedlung Heinersdorf-Ost betroffen wird. Die Siedler haben bereits, um ihr Gelände baureif zu machen, einen Pflasterstraßenvertrag abgeschlossen, auf Grund dessen auch bereits 220 laufende Meter Straßen gepflastert worden sind.

Mit aller Schärfe wandten sich die Referenten wie auch die Diskussionsredner gegen den Magistrat, der auf Grund des veralteten Fluchtliniengesetzes von 1875 und der unzulänglichen Bourgeoisien für Groß-Berlin von 1925 „jede Siedlungsstätte untergrabe“. Es wurde einstimmig eine aus sieben Personen bestehende Kommission beauftragt, beim Magistrat vorstellig zu werden. Die Siedler fordern Beseitigung des Beschlusses und weitestgehende Unterstützung ihrer Bestrebungen zur Errichtung gesunder Kleinwohnhäuser und erwarten von allen in Frage kommenden Behörden, daß sie sich nachdrücklich dafür einsetzen.

Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragend bewährtes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten! Schützen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Laut notarieller Bestätigung anerkennen über 500 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Togonal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis M. 1.40. 0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sat. ad 100 Amyl.

SALAMANDER

Neue aparte Modelle



Altbewährte Qualitäten

